



JOHANNES KEPLER
UNIVERSITÄT LINZ | JKU



Bedarfsanalyse
„Wünsche und Erwartungen
von StudentInnen an die Politik“

Forschungsprojekt im Rahmen der Lehrveranstaltung
Projektmanagement I und II

in Kooperation mit dem

Demokratiezentrum Wien

Impressum:

Ergebnisse der Lehrveranstaltung Projektmanagement I und II unter der Leitung von Dr.ⁱⁿ Angela Wegscheider und DDr. Paul Eiselsberg am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes Kepler Universität Linz (JKU) (Sommersemester 2013 und Wintersemester 2013/2014)

AutorInnen

Kerstin Augner, Manfred Dornetshumer, Alexandra Erhard, Yvonne Goldfuß, Sara Hochegger, Matthias Huber, Michael Klanner, Darja Kneißl, Sarah Koblmüller, Eva Liebmann, Sebastian Luger, Bettina Oplesch, Julia Redl, Johannes Rott, Marion Schlossgangl, Herbert Strasser, Ralf Streifert, Armin Wolf, Julia Zehetgruber.

Erhältlich bei:

Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

an der Johannes Kepler Universität Linz

E-Mail: Angela.wegscheider@jku.at

Linz 2014

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Forschungsdesign	2
1.2	Methoden der Forschung	5
1.2.1	Desk Research - Literaturanalyse	5
1.2.2	ExpertInnen	6
1.2.3	Fokusgruppeninterviews	7
2	Literaturanalyse	8
2.1	Einleitung	8
2.2	Begriffsdefinitionen	9
2.3	Ergebnisse der Sekundärliteraturanalyse	10
2.3.1	Vorstellungen und Wahrnehmungen Jugendlicher von Politik	11
2.3.2	Auswertungsergebnisse, die die individuelle Lebenssituation der Jugendlichen betreffen	15
2.3.3	Auswertungsergebnisse zu Themen, die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene für Jugendlichen von Interesse sind	16
2.4	Umfeldanalyse	19
2.4.1	Politische Bildung durch die Medien	19
2.4.2	Parteiahe Partizipationsmöglichkeiten in Österreich	22
3	ExpertInneninterviews	24
3.1	Methode und Vorgehensweise	24
3.1.1	Interviews	24
3.1.2	Die Transkription	25
3.1.3	Textanalyse mittels Auswertungsraster	25
3.1.4	Berichterstellung	26
3.2	Ergebnisse	26
3.2.1	Wahrnehmung der Politik	26
3.2.2	Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik	28
3.2.3	Prioritäre Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik	31
3.2.4	Explizite Wünsche und Veränderungen an die Politik	32
3.2.5	Erfüllte und nicht erfüllte Erwartungen	35
3.3	Zusammenfassung	37
4	Fokusgruppeninterviews	39
4.1	Methode und Vorgehensweise	39
4.2	Ergebnisse	44
4.2.1	Wahrnehmung der Politik	44

4.2.2	Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik	46
4.2.3	Prioritäre Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik	49
4.2.4	Gewünschte Veränderungen in der Politik – explizit die Wünsche.....	50
4.2.5	Zusammenfassung.....	53
5	Zusammenfassung und Fazit.....	55
5.1	Ergebnisse Dimension 1-4	55
5.2	Ergebnisse Dimension 5: Soll-Ist-Vergleich.....	58
5.2.1	Wünsche an die Person „PolitikerIn“	58
5.2.2	Einbeziehung von Jugendlichen und Partizipation.....	59
5.2.3	Politische Bildung.....	60
5.3	Fazit	61
6	Literaturverzeichnis.....	62
7	Anhang	67
7.1	Leitfaden zum ExpertInnen-Interview: „Wünsche und Erwartungen von jungen Erwachsenen an die Politik“	67
7.2	Kurzfragebogen.....	68
7.3	Auswertung des Kurzfragebogen	71

Abkürzungsverzeichnis

BJV	Bundesjugendvertretung
BMSG	Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreich
GZÖ	Generation Zukunft Österreich
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
JKU	Johannes Kepler Universität
JVP	Junge Volkspartei
ÖVP	Österreichische Volkspartei
RFJ	Ring Freiheitlicher Jugend
SJ	Sozialistische Jugend
SMF	Social Media Faktor
SoWi	Sozialwissenschaften
SozWi	Sozialwirtschaft
SPÖ	Sozialdemokratischen Partei Österreich
WIN	Wirtschaftsinformatik
WiPäd	Wirtschaftspädagogik
WiWi	Wirtschaftswissenschaften

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Dimensionen der Forschung	3
Abbildung 2:	Organigramm mit Zuständigkeitsbereichen	4
Abbildung 3:	Verteilung der Studierenden nach Studienrichtung	71
Abbildung 4:	Verteilung der Studierenden nach höchstem Abschluss	72
Abbildung 5:	Verteilung der Studierenden nach Berufstätigkeit	72
Abbildung 6:	Verteilung der Studierenden nach Studiendauer	73
Abbildung 7:	Verteilung der Studierenden nach politischem Interesse	73
Abbildung 8:	Verteilung der Studierenden nach Informationshäufigkeit über Politik	74
Abbildung 9:	Verteilung der Studierenden nach der Zufriedenheit der genossenen Politischen Bildung	74
Abbildung 10:	Verteilung der Studierenden nach der Häufigkeit des Wahlganges	75
Abbildung 11:	Verteilung der Studierenden nach Einschätzung der Qualität der Arbeit von PolitikerInnen	75
Abbildung 12:	Verteilung der Studierenden nach Zufriedenheit mit der Arbeit der österreichischen Bundespolitik	76
Abbildung 13:	Verteilung der Studierenden nach der Einschätzung der Behandlung von Jugendthemen	76
Abbildung 14:	Verteilung der Studierenden nach der Einschätzung des Informationsstandes über Politik	77
Abbildung 15:	Verteilung der Studierenden nach Einschätzung des Interesses von Jugendlichen über Politik	77
Abbildung 16:	Verteilung der Studierenden nach der Einschätzung ob direkte demokratische Elemente das politische Interesse von Jugendlichen erhöhen	78
Abbildung 17:	Verteilung der Studierenden nach Beurteilung des politischen Bildungsangebotes für die Jugend	78

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Übersicht der interviewten ExpertInnen	7
Tabelle 2:	zusätzliche Kurzfragen zum Politikverständnis	41
Tabelle 3:	Übersicht der Fokusgruppeninterviews	43
Tabelle 4:	Ergebnisse 1. Dimension: Wahrnehmung der Politik	55
Tabelle 5:	Ergebnisse 2. Dimension: Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik	56
Tabelle 6:	Ergebnisse 3. Dimension: Prioritäre Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik	57
Tabelle 7:	Ergebnisse 4. Dimension: Gewünschte Veränderungen in der Politik – explizit die Wünsche	58

1 Einleitung

Das Phänomen Politikverdrossenheit wird in zahlreichen Studien in unterschiedlichster Form vor allem Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugeschrieben (u.a. Albert/Hurrelmann 2010: online; Filzmaier 2008: 193; IVS/IFES 2012: 7; Jugendreferat Niederösterreich 2012: 11). So bezeichnen sich in der Studie „Was Jugendliche wollen – Studienbericht über Einstellungen und Erwartungen zur politischen Bildung“ beispielsweise nur 20 Prozent der Jugendlichen als „sehr interessiert“ am politischen Geschehen Österreichs (Filzmaier 2008: 193).

Im Gegensatz dazu gibt es verschiedenste Hinweise, die auf politisches Engagement hindeuten. Als Beispiele hierfür können die von StudentInnen initiierten Bewegungen wie „unibrennt“ (2009) oder „Occupy“ genannt werden. Auch politische Streitschriften wie jene von Bernhard Winkler (2013) „So nicht! - Anklage einer verlorenen Generation“ weisen auf ein reges politisches Engagement hin. In zahlreichen politischen Jugendorganisationen, SchülerInnenvertretungen oder auch der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH) - als studentische Interessenvertretung - sind Jugendliche und junge Erwachsene aktiv und setzen sich so für (hoch-)schulische und in einem nicht geringen Ausmaß für politische Belange ein. So forderten auch erst kürzlich JugendvertreterInnen „Politische Bildung“ als eigenständiges Unterrichtsfach in den Lehrplänen zu verankern (OÖNachrichten, 28.11.2013: o.S.).

Mit der in der Wissenschaft viel diskutierten Politikverdrossenheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen setzen sich auch vermehrt die Medien (u.a. derStandard.at, 03.09.2013: o.S.; Die Presse, 11.10.2010: o.S.) auseinander. Beim Lesen von Zeitungsberichten und Online-Medien konstatierten wir, dass WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und JournalistInnen über die Vorstellung der individuellen und kollektiven Handlungsspielräume der Jugendlichen unterschiedlicher Meinung sind. Daher stellten sich uns, der Studierendengruppe begleitet von zwei LehrveranstaltungsleiterInnen, folgende Fragen: Warum zeigen sich junge Erwachsene in den Umfragen als politisch wenig interessiert? Welche Erwartungen und Vorstellungen haben junge Erwachsene von der Politik? Welche Wünsche und Bedürfnisse haben junge Menschen an die Politik? Wobei die letzte Frage als forschungsanleitende Fragestellung und Grundlage für die Bedarfsanalyse diente.

Den Fokus der vorliegenden Untersuchung richteten wir auf StudentInnen der Johannes Kepler Universität Linz (JKU) im Alter von 20 bis 25 Jahren.

Einleitung

Der vorliegende Bericht wurde im Rahmen der Lehrveranstaltungen „Projektmanagement I+II“ unter der Leitung von Dr.ⁱⁿ Angela Wegscheider und DDr. Paul Eiselsberg von Studierenden der Studienrichtung Sozialwirtschaft erstellt. Das Forschungsprojekt: Bedarfsanalyse „Wünsche und Erwartungen von StudentInnen an die Politik“ wurde auf Anregung des Demokratiezentrum Wien an der JKU durchgeführt. Der Projektzeitraum erstreckte sich von März 2013 bis Jänner 2014. Die Aufgabe der Studierenden war es, eine Forschungsfrage zu definieren, ein Forschungsdesign zu entwerfen, Daten zu erheben und auszuwerten sowie einen Bericht zu erstellen.

1.1 Forschungsdesign

Die vorliegende Studie präsentiert die Ergebnisse einer qualitativen Bedarfsanalyse bei der die Wünsche und Erwartungen junger BachelorstudentInnen an die Politik erhoben wurden. Vorab wurden Forschungsdimensionen erstellt, die die Wahrnehmung und Vorstellungen der jungen BürgerInnen in den Mittelpunkt stellten. In nachfolgender Grafik werden die Forschungsdimensionen überblicksweise dargestellt. Es wurden vier Dimensionen formuliert, die eine Einteilung in eine Ist-Erhebung (Dimension 1) und eine Soll-Erhebung (Dimension 2-4) ermöglichten. Die fünfte Dimension hatte außerdem zum Ziel die erhobenen Wünsche und Erwartungen mit der Ist-Situation zusammenzuführen.

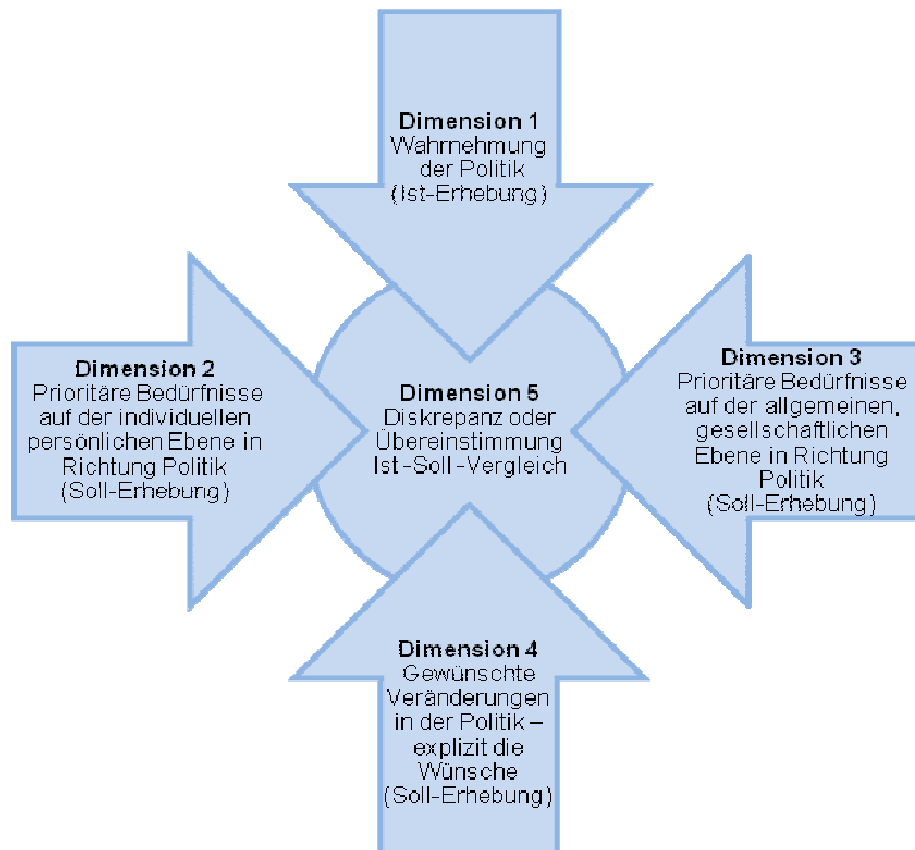


Abbildung 1: Dimensionen der Forschung

Die erste Dimension soll sichtbar machen, welche Wahrnehmung die Jugendlichen von der Politik haben. Dazu wurde der Ist-Zustand, d.h. die Vorstellungen, Erfahrungen und Wahrnehmungen der Zielgruppe erhoben.

Mit Hilfe der zweiten Dimension werden die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf einer individuellen, ganz persönlichen Ebene betrachtet. Als zentrale Aufgabenstellung diente hier die Erhebung der Bedürfnisse der Zielgruppe bezogen auf ihre eigene Lebens-, Bildungs-, Familien- und Arbeitssituation. Im Mittelpunkt stand die Ermittlung des Sollzustandes.

Dimension drei stellt das Pendant zur zweiten Dimension dar. Der Fokus ist auf die Wünsche und Bedürfnisse auf eine umfassende, gesellschaftliche Ebene gerichtet. Im Blickpunkt standen die allgemeinen Wünsche in Bezug auf ganz allgemein gesellschaftliche und politische Themen. Die Erhebung zeigt auf, wie es in der Vorstellung der Zielgruppe sein soll bzw. sein sollte.

Die vierte Dimension hat zur Aufgabe, explizit die Wünsche der Zielgruppe zu formulieren. Diese können sich an PolitikerInnen, Bildungsinstitutionen, Medien, politische Inhalte aber auch Prozesse richten.

Einleitung

Die fünfte und letzte Dimension soll die vorherigen Dimensionen zusammenführen und einen Soll-Ist-Vergleich anhand der gewonnen Erhebungsdaten ermöglichen. Ziel war es erfüllte und nicht erfüllte Erwartungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen darzulegen.

Das Forschungsteam bestand aus 19 TeilnehmerInnen und zwei LehrveranstaltungsleiterInnen. Frau Mag.^a Diendorfer, Geschäftsführerin des Demokratiezentrum Wien, gab uns hilfreiche Inputs und wies uns auf die Aktualität der Fragestellung hin. Außerdem war sie bei der Konzept- und Projektabschlusspräsentation anwesend.

Für die Umsetzung des Forschungsprojektes wurde folgende Organisationsstruktur gewählt:

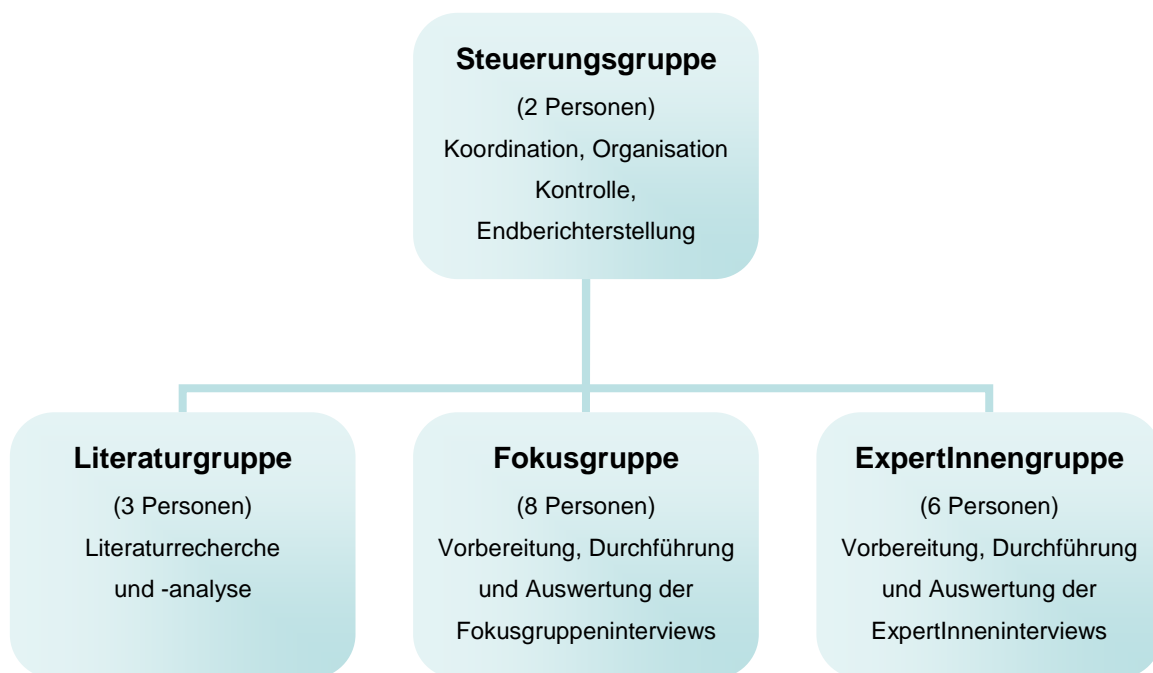


Abbildung 2: Organigramm mit Zuständigkeitsbereichen

Um unser Forschungsprojekt durchführen zu können, bildeten wir vier Teams mit unterschiedlichen Zuständigkeitsbereichen. Im Folgenden sollen die Aufgaben und die Zusammensetzung der Teams kurz umrissen werden.

Die Steuerungsgruppe bestand aus zwei Teilnehmerinnen und war zuständig für die Konzepterstellung und -präsentation, die laufende Koordination und Organisation des Projekts sowie die Endberichterstellung und -präsentation.

Die Aufgaben der dreiköpfigen Literaturgruppe lagen in der Literatur- und Datenrecherche, der Literaturanalyse und schriftlichen Zusammenfassung der Ergebnisse. Ein weiterer Tätigkeitsbereich war neben dem laufenden Briefings der KollegInnen, auch die abschließende Soll-Ist-Analyse.

Die Mitglieder der Fokus- und ExpertInnengruppe, bestehend aus acht bzw. sechs TeilnehmerInnen, hatten unter anderem die Vorbereitung der Interviews – dazu gehörte das Planen der Interviews, das Festlegen der InterviewpartnerInnen und das Organisieren der Interviewsettings zur Aufgabe. Des Weiteren waren sie für die Durchführung der Datenerhebung und die damit verbundene Transkription der Interviews zuständig. Die abschließende Datenanalyse und schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse in Form eines Berichts runden ihr Aufgabengebiet ab.

1.2 Methoden der Forschung

Die Forschungsfrage wurde mittels eines qualitativen Methodenmix bearbeitet, welcher eine Sekundärliteraturanalyse und eine empirische Studie mit Fokusgruppen-Interviews und ExpertInnen-Interviews umfasste. Aus den so gewonnenen Daten wurden dann die Wünsche und Bedürfnisse der Studierenden abgeleitet und in einem Soll-Ist-Vergleich gegenübergestellt.

1.2.1 Desk Research - Literaturanalyse

Durch die Literaturlauswertung wurde der derzeitige Forschungsstand über die politische Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgearbeitet und deskriptiv dargestellt. In der Literaturlausanalyse wurden folgende, nach Erscheinungsjahr geordnete, Literaturquellen und Vorträge analysiert:

- 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil A: Jugendradar 2003.
- Was Jugendliche wollen – Studienbericht über Einstellungen und Erwartungen zur Politischen Bildung.
- Jugend unter Druck. Das Leben der Jugend in der Leistungsgesellschaft und die Krise der Partizipation im Zeitalter des Posttraditionellen Materialismus.
- ePartizipation – Jugend aktiv; Das IKT Nutzverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation.
- Jugend und Politik: Ein schwieriges Verhältnis?
- Informationen zur Politischen Bildung Nr. 28, Jugend – Demokratie – Politik.
- Jugendpolitik aus Sicht der Zielgruppe. Was erwarten sich junge ÖsterreicherInnen von Jugendpolitik auf nationaler und europäischer Ebene?
- Jugendliche und ihr Verhältnis zur Politik: Rahmenbedingungen für innovative politische Bildung und Beteiligungsförderung aus Sicht der Jugendforschung.
- 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Jugend aus Sicht der Wissenschaft (Teil A), Jugendarbeit (Teil B).

Einleitung

- Passive DemokratInnen. Aktuelle Befunde zu Politikverständnis und Engagementbereitschaft Jugendlicher in den 10er-Jahren.
- Der neue Jugendmonitor. 9. Welle: Meinungen und Einstellungen Jugendlicher zu Beteiligung.
- Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011.
- Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke in Medien und Politik. Information zur Politischen Bildung Nr. 35.
- Jugendstrategie: Ziele. Erfolge. Pläne. 2012/2013.
- Welches Verhältnis hat die Jugend zur Politik? (Vortrag)
- Jugend Trend-Monitor 2013.

Mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse wurde die Wahrnehmung und Praxis anhand der Dimensionen wie in Abbildung 1 ersichtlich, erhoben.

1.2.2 *ExpertInnen*

Mit Hilfe eines Leitfadens¹, bestehend aus offenen Fragen, wurden sechs ExpertInneninterviews geführt. Bei der Wahl der ExpertInnen wurde darauf geachtet, Personen aus verschiedenen Berufsgruppen zu wählen, die im Bereich Jugend und Politik tätig sind. Tabelle 1 stellt eine Übersicht der interviewten ExpertInnen dar.

ExpertIn	Tätigkeitsbereich	Berufsgruppe
Markus Burgstaller B.A.	Parlamentarischer Mitarbeiter; M.A. Student der Politikwissenschaft in Wien	Politiker
Mag. ^a Gertraud Diendorfer-Ratzenböck	Geschäftsführerin des Demokratiezentrum Wien und Projektauftraggeberin	Wissenschaftlerin
Em. Univ. Prof. Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Irene Dyk-Ploss	1979 - 1996 Abgeordnete zum OÖ Landtag und emeritierte Professorin am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der JKU	Politikerin & Wissenschaftlerin

¹ Der Leitfaden ist dem Anhang beigelegt.

Mag. Dr. Franz Fallend	Senior Scientist am Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Salzburg	Wissenschaftler
Mag. ^a Dr. ⁱⁿ Beate Großegger	wissenschaftliche Leiterin und stv. Vorsitzende des Instituts für Jugendkulturforschung; seit 2002 externe Lehrende am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften der Universität Wien	Wissenschaftlerin & Lehrende
Mag. ^a Marlene Lentner	wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung	Wissenschaftlerin

Tabelle 1: Übersicht der interviewten ExpertInnen

Die ExpertInneninterviews wurden inhaltsanalytisch nach Lamnek (2010: 366-369) ausgewertet und die Ergebnisse im Bericht deskriptiv dargestellt.

1.2.3 Fokusgruppeninterviews

Mithilfe von fünf Fokusgruppeninterviews wurden 23 junge Bachelor-StudentInnen der JKU befragt und zur Diskussion angeleitet. Die Erhebung der demografischen Daten wurde vor den Interviews mittels eines Kurzfragebogens durchgeführt. Die Fokusgruppeninterviews bestanden aus drei bis fünf TeilnehmerInnen und dauerten zwischen 34 bis 57 Minuten. Die Datenerhebung fand an der JKU bzw. dem WIST Heim statt. Die wichtigsten Merkmale der Fokusgruppen sind im Kapitel 4, Tabelle 3: Übersicht der Fokusgruppeninterviews zusammengefasst.

Auch die Fokusgruppeninterviews wurden mit der inhaltsanalytischen Methode nach Lamnek (2010: 366-369) ausgewertet und die Ergebnisse im Bericht deskriptiv dargestellt.

2 Literaturanalyse

2.1 Einleitung

In einem ersten Schritt erläuterten wir relevante Begriffe für unser Forschungsvorhaben. Im Zuge des Forschungsprojektes wurde eine strukturierte Dokumentenanalyse (Kapitel 2.3) in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse von Mayring und eine Umfeldanalyse (Kapitel 2.4) durchgeführt.

Ziel der Strukturierung in der Literaturanalyse war es, unter vorher festgelegten Gesichtspunkten „bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen“ (Mayring 2003 z.n. Lamnek 2010: 471). Im Speziellen wurden Veröffentlichungen/Publikationen aus den Jahren 2003 bis 2013 analysiert. In der Dokumentenanalyse wurden nach umfassender Recherche schlussendlich zehn Veröffentlichungen als relevante Dokumente in Bezug auf Politikverdrossenheit von Jugendlichen identifiziert. Diese Publikationen wurden mit Hilfe folgender Forschungsdimensionen analysiert:

- Wahrnehmung der Politik
- Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik
- Prioritäre Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik
- Gewünschte Veränderungen in der Politik – explizit die Wünsche

Die Analyse wurde mit Hilfe eines Auswertungsrasters durchgeführt. In das Raster wurden interessante Textstellen und Informationen aus den einzelnen Texten aufgenommen. Anschließend wurden die Auswertungsergebnisse der Publikationen miteinander verglichen und versucht Unterschiede und Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. Es erfolgte außerdem ein Vergleich der Ergebnisse aus der Sekundärliteraturanalyse mit den Ergebnissen aus der empirischen Erhebung (Kapitel 5). Die Ergebnisse der Analysen werden im Bericht deskriptiv dargestellt.

Als Ergänzung zur Analyse der Literatur versuchten wir auch eine Umfeldanalyse zu den institutionellen Partizipationsmöglichkeiten und dem Medienverhalten der Jugendlichen in Bezug auf Politik in Österreich durchzuführen.

2.2 Begriffsdefinitionen

In einem ersten Schritt werden die für die vorliegende Studie relevanten Begriffe definiert und erläutert.

Jugendbegriff

Es ist zu beobachten, dass der Begriff „Jugend“ sehr breit verwendet wird. Zusätzlich hat er sich im Laufe der Jahre sehr stark gewandelt. Junge Menschen verbleiben im Gegensatz zu früher immer länger in Ausbildung (Heinzlmaier/Ikrath 2012: 18). Für die wissenschaftliche Auseinandersetzung benötigt der Begriff in der Folge eine Konkretisierung. Generell wird in der Jugendforschung von drei Jugendphasen gesprochen.

- Die frühe Jugendphase: beginnend mit zwölf Jahren bis 17 Jahre
- Die mittlere Jugendphase: von 18 Jahren bis 21 Jahre
- Die späte Jugendphase der 22- bis 30-Jährigen (gekennzeichnet durch den graduellen Übergang zur vollen Erwachsenenrolle) (Richter 2011: 29).

Eine Anwendung der vom Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) vorgeschlagenen Abgrenzungen der Zielgruppe konnte in den analysierten und eingangs erwähnten Studien nicht durchgängig wiedergefunden werden. So verwendet die Jugendwertestudie 2011 die Einteilung in die Alterskohorte 14- bis 19-Jährige, 20- bis 24-Jährige und 25- bis 29-Jährige. Die AutorInnen des Jugendmonitors unterteilen hingegen die Zielgruppe in die Altersgruppe 14- bis 17-Jährige, 18- bis 21-Jährige und 22- bis 24-Jährige. Im Zentrum der Jugendstrategie des BMWFJ steht die Zielgruppe der 14- bis 24-Jährigen. Anzumerken ist, dass jene Zielgruppe der StudentInnen nur sporadisch wenn überhaupt analysiert wird.

Politik

Auch der Politikbegriff wird im Alltagsverständnis sehr unterschiedlich verwendet. Laut Duden ist unter Politik folgendes zu verstehen:

1. auf die Durchsetzung bestimmter Ziele besonders im staatlichen Bereich und auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Handeln von Regierungen, Parlamenten, Parteien, Organisationen o. Ä.
2. Taktierendes Verhalten, zielgerichtetes Vorgehen. (Bibliographisches Institut GmbH 2013: online)

Literaturanalyse

Darunter werden also sämtliche Institutionen, Prozesse, Praktiken und Inhalte, die sich mit der Einrichtung und Steuerung von Staat und Gesellschaft befassen, verstanden. In der Politikwissenschaft wird der Begriff Politik in drei Dimensionen unterteilt:

- Polity (Form) – Politischer Handlungsrahmen
- Policy (Inhalt) – Inhaltliche Handlungsprogramme
- Politics (Prozesse) – Politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozess (Ammerer 2008: 54).

Jugendpartizipation

Barbara Tham definiert Jugendpartizipation als die aktive Beteiligung junger Menschen an den sie betreffenden Angelegenheiten in Politik und Gesellschaft. Die Formen sind mannigfaltig und erstrecken sich dabei vom Engagement im lokalen Jugendzentrum und Vereinen über die Teilnahme an Demonstrationen und Protestkundgebungen bis zur Beteiligung an Wahlen oder Jugendparlamenten (Tham 2008: 33).

ePartizipation

Das BMWFJ definiert ePartizipation als Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung über elektronische Kommunikationswege. Hierbei wird jede Form von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) (Internet, SMS,...) verstanden. Auch Online Plattformen die Missstände und Lösungsvorschläge aufzeigen werden hierunter subsumiert. Zu unterscheiden ist der Begriff von dem des eVotings (BMWFJ 2013b: online).

Medien

Medien (lat. Medium = Mittel) sind die Instrumente, mit denen Informationen zwischen Sender und Empfänger ausgetauscht werden können. Medien lassen sich in Druckmedien (auch Printmedien), audiovisuelle Medien und elektronische Medien klassifizieren. (Medienkultur o.J.: online)

2.3 Ergebnisse der Sekundärliteraturanalyse

In der Literaturanalyse wurden zehn Publikationen mit dem Fokus Politik, Jugend und Politikverdrossenheit mithilfe der fünf Forschungsdimensionen analysiert. Die Ergebnisse der Sekundärliteraturanalyse nach der Methode der strukturierten Dokumentenanalyse bzw. qualitativen Inhaltsanalyse werden deskriptiv dargestellt.

Ein Schwerpunkt der Literaturrecherche bzw. -auswertung lag auf den in Auftrag gegebenen und vorhandene Wertstudien und Statistiken aus der Jugendstrategie² des Bundes. Die Studien des Bundes sind deshalb von Bedeutung, da aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages³, wiederkehrende Analysen⁴ durchgeführt werden und somit Veränderungen in den Werten und der Einstellung zur Politik der Jugendlichen abgebildet werden. Unter anderem wurde in der neunten Auflage der Erhebung, die im Oktober 2012 erschien, ein Fokus auf die Partizipation – Jugendbeteiligung gelegt (BMWfJ 2012). Das Bundesministerium als Auftraggeber hat unter dem Titel „Jugendstrategie on Tour“ mit qualitativen Methoden Jugendliche nach Ideen und Forderungen zur Jugendpolitik befragen lassen (BMWfJ 2013a: 20).

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Publikationen verschiedenster Forschungseinrichtungen, die im Bereich Jugendkultur bereits große Reputation erlangen konnten. Diese Grundlagenstudien wurden auch deshalb von uns ausgewählt, da auch die Jugendberichte des Bundesministeriums auf diese referenzieren. Hierzu sind die Studien des Instituts für Jugendkulturforschung⁵ genauso zu nennen wie die Studien der Donau Universität⁶ und der Universität Salzburg⁷.

2.3.1 Vorstellungen und Wahrnehmungen Jugendlicher von Politik

In den vorliegenden Studien wurde angemerkt, dass Jugendliche die Politik als getrennte Bereiche wahrnehmen. Die Jugendlichen teilen den Begriff viel eher in drei Gruppen ein:

² Die Jugendstrategie des BMWfJ ist ein Prozess zur Stärkung und Weiterentwicklung der österreichischen Jugendpolitik. Ziel ist es, Jugendliche aktiv miteinzubeziehen. Durch permanente Forschung und dem ständigen Austausch mit den Jugendlichen und deren VertreterInnen wird die Jugendstrategie laufend angepasst und modernisiert.

³ Diese Berichte müssen dem Nationalrat in Form eines „Berichts zur Lage der Jugend in Österreich“ mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten in jeder Legislaturperiode vorgelegt werden (BMWfJ 2013: online)

⁴ Im Bericht „Jugendmonitor“ erfasst das BMWfJ seit 2010 in regelmäßigen Abständen die Meinungen, Einstellung und Wünsche der Jugendlichen zu vielschichtigen Themen.

⁵ Studien von Beate Großegger: Jugendpolitik aus Sicht der Zielgruppe. Was erwarten sich junge ÖsterreicherInnen von Jugendpolitik auf nationaler und europäischer Ebene?
Wo sind die jungen WutbürgerInnen? Auf den Spuren protestbewegungsorientierter Jugendlicher der 2010er Jahre.

⁶ Studie von Peter Filzmaier und Cornelia Klepp: „Was Jugendliche wollen – Studienbericht über Einstellungen und Erwartungen zur Politischen Bildung“

⁷ Studie von Maier-Rabler, Ursula/Hartwig, Christiana: ePartizipation – „Jugend aktiv“

Literaturanalyse

- die institutionalisierte Schiene der Parteien, PolitikerInnen und des Parlaments,
- das demokratische System und
- in gesellschaftliches, individuelles Engagement und Aufgaben

(Zentner 2003: 212; Lentner 2013: o.S.; Filzmaier/Klepp 2008: 192).

Peter Filzmaier und Cornelia Klepp stellen unter anderem fest, dass die Politik von den Jugendlichen primär top down also aus Sicht der Regierenden, als weniger aus Sicht des regierten Volkes verstanden wird. Jugendliche unterscheiden bewusst und weisen dem Begriff die verschiedensten Bedeutungen wie Parteien, PolitikerInnen, Parlament und den gesellschaftlichen Aufgaben zu (Filzmaier/Klepp 2008: 191).

Bernhard Heinzlmaier und Philipp Ikrath stellen zudem die Frage, ob zusätzlich zur begrifflichen Trennung das traditionelle Lagerdenken (rechtes Lager, Mitte, linkes Lager) überhaupt noch von Bedeutung für die Jugendlichen ist. Jugendliche haben damit große Probleme sich in diesen Schemata wiederzufinden bzw. einzuordnen (Heinzlmaier/Ikrath 2012: 61).

Dennoch wird die Demokratie von Jugendlichen überwiegend positiv gesehen, der Begriff aber lediglich in Verbindung mit der Teilnahme an Wahlen interpretiert. Wobei die Teilnahme als besonders wichtig angesehen wird. So führt der Jugendmonitor des BMWFJ an, dass 60 Prozent das Nichtwählen aus Protest ablehnen (BMWFJ 2012). Alternative Beteiligungsformen werden hingegen außen vor gelassen (Filzmaier/Klepp 2008: 189). Peter Filzmaier und Cornelia Klepp führen dazu weiter aus, dass Studierende eher unzufriedener sind als SchülerInnen, Lehrlinge und berufstätige Jugendliche (ebd.: 190). Diese Differenzierung wird in der Literatur durch die Veränderung des bekundeten Interesses an Politik aufgrund des zunehmenden Alters und Bildungsgrad erklärt (u. a. Lentner 2013: o.S.; Zentner 2003: 228; BMWFJ 2013: online).

Marlene Lentner (2013: o.S.) spricht in ihren Ausführungen von einer stark informierten und reflektierenden Jugend, wobei Ursula Maier-Rabler und Christiana Hartwig in ihrer Studie „ePartizipation – Jugend aktiv“ andeuten, dass für einige Jugendliche das Interesse steigen würde, wenn sie sich in politischen Belagen mehr auskennen würden. Jugendliche stehen dabei kritisch den traditionellen politischen Partizipationsformen und Organisationsstrukturen gegenüber (Maier-Rabler/Hartwig 2007: 298). Dies betont auch Manfred Zentner in seinem Kommentar zur Jugendstrategie, in dem er den Jugendlichen zwar Desinteresse abspricht, die Gründe in der Distanz zur Politik sowohl im Informationsdefizit als auch aufgrund der Enttäuschung in Bezug auf Politik sieht (Zentner 2013: 32). Vor allem das gängige Bild von PolitikerInnen wird als besonders negativ bewertet. Jugendliche interessieren sich zwar für Politik, können jedoch politischen Institutionen in keinen Zusammenhang mit ihren

persönlichen Bedürfnissen und Interessen bringen. Erklärungen dafür sind unter anderem, dass die Jugendlichen der Meinung sind, eine Erreichung ihrer eigenen Ziele hänge nur von ihnen selber ab (ebd.).

Politische Parteien werden zwar als Partizipationsmöglichkeiten wahrgenommen, ein Engagement kommt aber aufgrund des geringen Ansehens und der notwendigen freizeithlichen Bindung wenig in Frage. Geringes Ansehen deshalb, da diese Institutionen stark formalisierte und hierarchische Strukturen aufweisen, denen Jugendliche skeptisch gegenüber stehen. Diese werden als „erwachsene“ Strukturen wahrgenommen, innerhalb derer Jugendlichen keine realen Möglichkeiten zur Artikulation eigener Ansichten zukommen. In diesem Rahmen wird Politik, wie Ingrid Burdewick am Beispiel eines Jugendparlaments und Therese O’Toole et al. anhand einer regionalen Studie in Birmingham zeigen, als etwas Fremdes wahrgenommen. Politik ist ein Theater mit erwachsenen SchauspielerInnen, in dem jugendliche Vorstellungen keine Anerkennung als gleichwertige Bedürfnisse gegenüber jener der Erwachsenen erfahren (Burdewick 2003: 282; O’Toole et al. 2003: 359 z.n. Rosenberger/Walter/Fuchs 2008: 94). In diesem Sinne stehen die Jugendlichen allgemeinen individualisierten Formen des politischen Handelns positiver gegenüber, als politischen Handlungen die im Rahmen starrer Organisationen stattfinden (Zentner 2003 z.n. Rosenberger/Walter/Fuchs 2008: 94).

Abseits institutionalisierter Partizipationsmöglichkeiten werden von Jugendlichen in vorderster Front Vereine genannt. Dies auch deshalb, weil diese Institutionen in ihrem unmittelbaren sozialen Nahebereich ausgerichtet sind und über gute Infrastruktur verfügen (Heinzlmaier/Ikrath 2012: 84). Engagement im Bereich sozialer Hilfeleistung für ältere Menschen ist für Jugendliche auch ein Thema (ebd.; Zentner 2003: 226).

Die „Jugend-Wertestudie 2011“ (Heinzlmaier/Ikrath 2012) zeigt auf, dass sich ein starker Zusammenhang zwischen Interesse und politischer Beteiligung erkennen lässt. Es ist wahrscheinlicher, dass man selbst aktiv wird, wenn man sich für Politik interessiert. Diejenigen, die sich als interessiert bezeichnen, sind der Ansicht, dass man etwas verändern kann. Ist man eher uninteressiert, so hält man das politische Geschehen für sehr komplex. Man sieht sich somit auch nicht als Teil des Systems. Außerdem geht aus der Studie hervor, dass sich Männer mehr für Politik interessieren als Frauen. Bei den Frauen interessieren sich elf Prozent sehr für Politik und bei den Männern 22 Prozent. In Hinblick auf das Alter der Befragten lässt sich erkennen, dass 13 Prozent der 14- bis 19-Jährigen, 16 Prozent der 20- bis 24-Jährigen und 21 Prozent der 25- bis 29-Jährigen sich sehr für Politik interessieren (ebd.: 55).

Literaturanalyse

Interessant ist auch, dass männliche Jugendliche deutlich aktiver auf dem politischen Sektor sind. Laut dem „Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 'Innovative Demokratie'“ sind deutlich mehr männliche als weibliche Jugendliche Mitglied einer politischen Partei (fünf Prozent vs. drei Prozent), leisten mehr freiwillige Arbeit oder sind eher Mitglied eines Berufsverbandes (drei Prozent vs. ein Prozent). Darüber hinaus haben mehr junge Männer Kontakt zu PolitikerInnen als junge Frauen (14 Prozent vs. neun Prozent) (Picker/Westphal 2005: 22-27 z.n. Rosenberger/Walter/Fuchs 2008: 94). Ebenso verhält es sich bei politischem Protestverhalten, dass (teilweise) auch mit Überschreiten von Gesetzen an die Grenze der Legalität tritt (Verkehrsblockaden, politische Gewalt etc.). Diese Überproportionalität der männlichen Jugendlichen betrifft aber auch die Bereiche, die mit sportlichen und ehrenamtlich-technischen Engagement verbunden sind (Feuerwehr, Sportvereine etc.) (Gille /Queisser 2002 z.n. Rosenberger/Walter/Fuchs 2008: 94f).

Laut Ingrid Burdewick bedeutet eine geringere Anzahl von politisch aktiven weiblichen Jugendlichen nicht eine Apathie bzw. Politikverdrossenheit. Bei genauerem Betrachten zeigt sich eine Abkehr von politischen Institutionen und Eliten, jedoch nicht von politischen Handlungsformen und Inhalten (Burdewick 2003 z.n. Rosenberger/Walter/Fuchs 2008: 95). So können sich Mädchen zwar eher kein Engagement in einer Partei vorstellen, in alternativen Partizipationsformen wie sie etwa mit neuen sozialen Bewegungen assoziiert werden (Unterschriftensammlung, Spendenaktion) sind sie aber durchaus gewillt teilzunehmen und machen das auch (Burdewick 2003, Gaiser/de Rijke 2007 z.n. Rosenberger/Walter/Fuchs 2008: 95). So gaben in der Jugendwertestudie 2001 deutlich mehr Mädchen als Burschen an, sich an einer Spendenaktion (mehr als 10 Prozent mehr als die Männer) oder eine Unterschriftensammlung (+ 12 Prozent) beteiligt zu haben. Außerdem sind junge Frauen mehr im so genannten helfenden Ehrenamt (Schule, Kirchen, Frauenorganisationen, Tierrechte) aktiv (Gille/Queisser 2002, Picker/Westphal 2005 z.n. Rosenberger/Walter/Fuchs 2008: 95).

Im Gegensatz dazu kommt der „4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich“ (BMSG 2003) zum Ergebnis, dass sich bei dem Interesse an Politik kaum geschlechterspezifische Unterschiede feststellen lassen. Generell zeigten die männlichen Befragten mehr Interesse als die weiblichen. Hierbei ist anzumerken, dass dieses Ergebnis nicht auf das Geschlecht, sondern auf das Alter der Befragten Personen zurückzuführen ist. Mit steigendem Alter steigt auch das Interesse für Politik. Im Bereich der gesellschaftlichen Partizipation zeigte sich aber schon, dass es tendenziell geschlechterspezifische Unterschiede gibt. So sind 37 Prozent der Burschen in Vereinen vertreten, bei den Mädchen sind es hingegen nur 27 Prozent. Das berufliche Umfeld wird von den meisten Jugendlichen als Handlungsfeld wahrgenommen.

Die geringsten Partizipationsmöglichkeiten sehen sie in Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und politischen Parteien (Zentner 2003: 209).

2.3.2 Auswertungsergebnisse, die die individuelle Lebenssituation der Jugendlichen betreffen

Politische Themen, die unmittelbar auf die Lebenswelt der Jugendlichen Bezug nehmen bzw. der persönlichen Lebensrealität der Jugendlichen nahe sind (wie z.B. Familie, Freunde und Bildung) erfreuen sich regen Interesses. In der Begründung spricht Marlene Lentner (2013) hierbei über Unsicherheit und Leistungsdruck, die bei vielen omnipräsent sind. Vor allem Überforderungen, ausgelöst durch das Schulsystem, belasten viele Jugendliche (Zentner 2013: 24). Früh werden diese vor die Entscheidung gestellt eine Ausbildung zu beginnen oder doch eine weiterführende Schule zu besuchen. Die negativ gesehene Entwicklungen am Arbeitsmarkt und damit einhergehend die finanzielle Situation tragen zur Verunsicherung und Überforderung bei (Marketagent 2013: online; Lentner 2013: o.S.; Maier-Rabler/Neumayer 2008: 35, 42-44). Geschlechterspezifisch gesehen, wollen weibliche Jugendliche Familie/Partnerschaft und Beruf als vereinbar wissen. Mädchen haben auch eher eine geringere Mobilitätsbereitschaft als Burschen und wollen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld auch eine Beschäftigung finden. Burschen hingegen legen Wert auf gute Bezahlung und Arbeitsplatzsicherheit. Generell kann aber gesagt werden, dass sich jene Themen die für Jugendliche besonders wichtig sind, jeweils von der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation ableiten lassen (Lentner 2013: o.S.).

In Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten wünschen sich Jugendliche auf Bundesebene mehr Mitsprache durch Volksbefragungen und -abstimmungen. Besonders wichtig für sie ist jedoch auch die Einbindung in den politischen Diskurs in ihrer unmittelbaren Nähe, d.h. auf lokaler Ebene (Heinzlmaier/Ikrath 2012: 61; BMWFJ 2013a: 29).

Generell ist anzumerken, dass die Jugend allgemein heute eine mehr denn je angepasste Generation ist, die nach Sicherheit strebt (u.a. Heinzlmaier/Ikrath 2012: 82). Eine Rebellion gegen Erwachsene und das System an sich ist nicht mehr erkennbar. So hält sich auch politische Partizipation in Grenzen. Dies auch deshalb, da sich die Eltern in ihrem erzieherischen Tun verändert haben und ein eher jugendlich, freundschaftlicher Stil Eingang in die Erziehung gehalten hat. Somit haben die Jugendlichen keine Möglichkeit mehr anzuecken. Viele Jugendliche wachsen auch in einem Umfeld pluralistischer Lebens- und Familienformen auf. Patch-Work Familien und alleinerziehende Elternteile prägen die Entwicklung der Jugendlichen. Durch das bewusste Erleben dieser Entwicklungen mit allen negativen und positiven Faktoren ergibt sich für Jugendliche ein großes Streben und

Literaturanalyse

Sehnsucht nach Stabilität und „Rückkehr zu traditionellen Werten“ im Bereich der Familie (Lentner 2013: o.S.).

Als Hauptinformationsquelle Jugendlicher in Bezug auf politische Themen werden die Medien genannt. Freundschaften spielen hier eine eher untergeordnete Rolle. Das Fernsehen wird als eher objektives Medium eingeschätzt. Wohingegen die Tageszeitungen eher kritisch gesehen werden. Das Internet wird meist herangezogen, um einzelne Informationen abzurufen. Auch welche Art von Medien benutzt werden ist abhängig von Alter und Bildung der Jugendlichen. Printmedien sowie das Radio werden eher von denjenigen verwendet, die höher gebildet sind oder zu den älteren Befragten zählen. Soziale Netzwerke verwenden 29 Prozent der 14- bis 19-Jährigen und 19 Prozent der 25- bis 29-Jährigen (Heinzlmaier/Ikrath 2012: 58f).

Die Einbindung der Web 2.0-Technologien in den politischen Prozess ist eine weitere zentrale Forderung der Jugendlichen. Durch diese neuen Medien wurden in den letzten Jahren kleine Öffentlichkeiten (communities) geschaffen, wo sich Jugendliche mittlerweile durch ePetitionen, Shitstorms und digitale Bürgerbeteiligungen gesellschaftlich einbringen können. Zwar sind diese Formen von Beteiligungen nicht explizit politisch, doch werden damit partizipative Praktiken wie Texte posten, eigene Videos animieren, etc. eingeübt (Maier-Rabler/Huber/Schmid 2012: 17).

Demgegenüber führt Beate Großegger aus, dass im Bereich des Einsatzes neuer Medien immer wieder auf die Verwendung dieser für politische Partizipation und Informationsvermittlung abgestellt wird. Tatsächlich aber haben sich diese Medien entgegen den ursprünglichen Erwartungen als jugendorientiertes Politik-Marketing-Tool nicht wirklich durchgesetzt. Grund dafür sehen die Jugendlichen darin, dass dies nur ein billiger Werbegag ist, und reine Propaganda darstellt um sich an jugendliche WählerInnen „anzubiedern“. Dies wird von einem Großteil der Jugendlichen abgelehnt (Großegger 2011: 13).

2.3.3 Auswertungsergebnisse zu Themen, die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene für Jugendliche von Interesse sind

Jugendliche wünschen sich von der Politik eine glaubhafte Strategie, wie sie ihre Ziele am besten umsetzen und erreichen können. Dabei sind aber PolitikerInnen gefordert, Vertrauen zu schaffen, Jugendliche in politische Diskussionen mit einzubinden und jene Werte vorzuleben, die Jugendliche nicht nur von anderen, sondern auch von sich selber verlangen (Lentner 2013: o.S.). Diskussionen rund um das österreichische Pensionssystem und ihre vermeintliche bzw. kolportierte Unfinanzierbarkeit sind unter Jugendlichen eher mit einem

negativen Gefühl behaftet, da damit eine große Verunsicherung und dem Empfinden von individueller Hilflosigkeit einhergehen (Heinzlmaier/Ikrath 2012: 76).

Der respektvolle Umgang miteinander in der Gesellschaft spielt für die Jugendlichen eine große Rolle. Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen ist eine zentrale Forderung genauso wie Integration von MigrantInnen (Marketagent 2013: online; Filzmaier/Klepp 2008).

Wie eingangs erwähnt haben scheinbar für Jugendliche per se die traditionellen Formen der Politik und des Parteiensystem ausgedient. In der Literatur findet sich eine Reihe von Alternativen und Empfehlungen: Die Politik wird sich bemühen müssen, Plattformen für Partizipation und Kollaboration zu schaffen. Ebenso muss eine neue, flachere Hierarchie zwischen Regierenden und Regierte und der öffentlichen Verwaltung geschaffen werden. Informationen und Botschaften müssen jugendgerecht und zeitsparend aufbereitet werden. Gerade für Jugendliche ist der Zeitraum, in den für sie wichtige Entscheidungen getroffen werden, überaus wichtig. Jugendliche müssen auf diesem Wege klare Informationen über Prozesse und Entscheidungsstrukturen der Politik besitzen um Vertrauen in das System zu haben (Maier-Rabler/Huber/Schmid 2012: 19).

Dies schlussfolgert auch der Jugendstrategie Bericht 2012 des BMWFJ in dem der Wunsch nach einer zentralen Anlaufstelle, die als Plattform für jugendspezifische Themen dient, geäußert wird. Über diese könnten Jugendliche direkt und vor allem unkompliziert ihre Anliegen einbringen (BMWFJ 2013a: 28). Zudem stellt ein wichtiger Bedingungsfaktor für Partizipation die Motivation und Gratifikation dar. Im Besonderen für Jugendliche ist es wichtig Reaktionen auf ihre partizipativen Aktivitäten zu erfahren. Beispiele wie Standardantworten, unbeantwortete E-Mails, Desinteresse von PolitikerInnen und Institutionen auf Anfragen von Jugendlichen tragen zum Desinteresse und Politikverdross bei eben diesen bei (Maier-Rabler/Hartwig 2007: 278).

Vor allem im Bereich des schulischen Systems wünschen sich Jugendliche Veränderungen. Im derzeitigen System fühlen sich viele überfordert und haben das Gefühl nicht mitgestalten zu können (Großegger 2008a: 7). Hierzu müssen nachhaltige Maßnahmen in der politischen Bildung gesetzt werden, die auch das Miteinander-Vernetzen und das Untereinander-Teilen von digitalen Inhalten zum Ziel haben. Diese Vermittlung von digitaler Teilhabe fördert auch das Interesse an Politik (Maier-Rabler/Hartwig 2007: 277).

Jugendliche haben sehr wohl das Bedürfnis ihre Meinung kundzutun und zu partizipieren. Sie haben aber andere Wünsche und Bedürfnisse als beispielsweise Erwachsene. Möglichkeiten, die eigene Meinung einzubringen erleben gerade ein Hoch. Nicht-traditionelle Formen des Engagements boomen, wie z.B. in der Schule oder im Beruf und in der

Literaturanalyse

Nachbarschaft (a-traditionelles Engagement). Dabei steht Individualismus im Vordergrund, dieser ist dennoch nicht gleichzusetzen mit Egoismus. Die Jugend sieht ihre Partizipationsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen. In der Studie „Einbeziehung Jugendlicher ins öffentliche Leben“ hat sich das a-traditionelle Engagement gegenüber dem herkömmlichen deutlich abgegrenzt. Partizipationsmöglichkeiten in den politischen Parteien sehen nur knapp über nur knapp über 20 Prozent der 25- bis 30-jährigen Männer Partizipationsmöglichkeiten in den politischen Parteien, im Vergleich dazu sehen fast 60 Prozent derselben Zielgruppe Partizipationsmöglichkeiten im beruflichen Bereich. Gestaltungsmöglichkeiten sind wichtig, äußern sich aber anders (Zentner 2003a: 2). Die Jugend interessiert sich vor allem für Themen in denen es um Freizeitgestaltung bzw. jugendlich relevante Themen geht. Die Jugend bewertet dies, im Wortlaut von Zentner, folgendermaßen:

- 'Weltverbesserer' sind out!
- Gesellschaftskritik ist uninteressant!
- Politisches Engagement ist ein Minderheiten-Programm!
- Handling des persönlichen Alltags ist das, was zählt! (Zentner 2003a: 22)

Der „4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich“ (BMSG 2003) widmet ein Kapitel dem Punkt Jugendliche und Politik. In dieser Studie werden in Österreich zum ersten Mal die Einstellungen von 14- bis 30-Jährigen erhoben. Die Studie gliedert ihre Untersuchung in das politische Engagement der Mädchen und der Jungen und zieht am Ende einen Vergleich (Zentner 2003: 209).

Politische Partizipation wird stets mit dem Parteiensystem in Verbindung gebracht. Dennoch sind in diesem Begriff der politischen Partizipation noch andere Aspekte enthalten. Wie gesellschaftliches Engagement und faktische Partizipation. Die Wertestudie 1990-2000 hat gezeigt, dass sich die Jugend sehr wohl für gesellschaftspolitische Themen interessiert und auch einbringt. Meistens jedoch abseits von politischen Institutionen. Vergleiche über die letzten zehn Jahre haben deutlich gemacht, dass das politische Interesse der Jugendlichen auf einer sehr niedrigen Ebene stagniert. Die 14. Shell Jugendstudie hat deutlich gemacht, dass die Jugendlichen an einer Bandbreite von gesellschaftlichem Engagement teilnehmen, jedoch das gesellschaftliche Engagement, nicht mit dem politischen gleichzusetzen ist. Die Jugendlichen beurteilen ihr Interesse an Politik, an Maßstäben, die sie an ihrem persönlichen Interessen und Leben messen, die in ihrem sozialen Lebensumfeld anerkannt werden. Diese dürfen aber nicht mit denen der Erwachsenen gleichgesetzt werden (Zentner 2003: 209f.).

2.4 Umfeldanalyse

Im Rahmen unserer Forschungsfrage „Welche Wünsche und Bedürfnisse haben StudentInnen an die Politik?“ ist es sinnvoll die Medienkomponente zu integrieren, da die Medien ein wichtiges Informationsportal darstellen, die im Alltag einen großen Einfluss auf die Menschen haben. Manche sprechen in diesem Zusammenhang ironischer Weise auch von einer vierten Gesetzgebungskomponente. Die Jugend- und Erwachsenengeneration von heute ist seit Kindesalter an mit den vielfachen, breiten medialen Angeboten aufgewachsen. Sie filtern die Medien nach den Informationen, die ihnen wichtig sind und welche sie mit Interesse verfolgen. Hierbei finden das Radio ebenso das TV, die Zeitung usw. einen Platz bei den verschiedenen Zielgruppen. Auch das Internet ist ein sehr wichtiges Medium. Es wird nicht nur zur Informationsbeschaffung verwendet, sondern das Internet dient auch als Unterhaltungsmedium (Großegger 2003: 77).

2.4.1 Politische Bildung durch die Medien

Media-Analyse: Jugendlicher Medienkonsum in Bezug auf Politik

Die Arten der Medien sind vielfältig. Für die breite Masse der Menschen sind die Medien so selbstverständlich, wie die Waschmaschine oder der Kühlschrank. Sie untergliedern sich in die klassischen Massenmedien (TV, Radio etc.) und in die sogenannten Sparten bzw. Nischenmedien. Darunter versteht man die gezielte Ansprache von bestimmten Personenkreisen. Diese Art der Medien bildet eine kommunikative Infrastruktur für lifestyle orientierte Kulturgemeinschaften und den boomenden „Communities-of-interest“. Als letzten Punkt vervollständigt das Internet diese Reihung (Großegger 2003: 77).

Dem Internet kommt eine zentrale Bedeutung an der Schnittstelle von öffentlicher, also gesellschaftlicher Kommunikation und privater, also Individualkommunikation zu. Es stellt ein globales Informationsverbundsystem dar, in dem niemand im besitzrechtlichen Sinne als Medieneigentümer fungiert (Müller-Doohm z.n. Großegger 2003: 78).

Die Medien spielen eine wichtige Rolle in der Vermittlung von Politik und in der politischen Bildung. Der Verein Arbeitsgemeinschaft Media Analysen beschäftigt sich mit der Erhebung und Analyse der Mediennutzung der ÖsterreicherInnen und hat in seiner aktuellen Studie (Juli 2012 bis Juli 2013) 14.709 Personen ab 14 Jahren in Österreich befragt. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse dieser Studie im Hinblick auf die Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene und den Bereich Politik dargestellt (Media-Analyse 2013a: online).

Literaturanalyse

In der Studie gaben 61,4 Prozent der 14- bis 19-Jährigen an, Tageszeitungen zu lesen (Nettoreichweite⁸ aller in der Mediaanalyse erhobenen österreichischen Tageszeitungen). Rund ein Viertel der Jugendlichen sind LeserInnen der Kronen Zeitung. Bei den 20- bis 29-Jährigen waren es 64,8 Prozent, die Tageszeitungen lesen. Auch hier erreichte die Kronen Zeitung mit 29,3 Prozent den höchsten Anteil an LeserInnen (Media-Analyse 2013: online).

Rund drei Viertel der 14- bis 19-Jährigen gaben an, Radio zu hören. Mit 45,4 Prozent wurde der öffentlich rechtliche Radiosender Ö3 zum beliebtesten Sender gewählt. Bei den 20- bis 29-Jährigen sieht es ganz ähnlich aus. Rund 74 Prozent hören Radio. Auch hier war Ö3 auf Platz eins zu finden (Media-Analyse 2013a: online).

98,7 Prozent der 14- bis 19-Jährigen nutzten das Internet mindestens einmal pro Monat. Rund drei Viertel an allen Tagen der Woche. 35,1 Prozent verwendeten es um aktuelle News/Nachrichten zu erfahren. Unter den 20- bis 29-Jährigen gaben 96,1 Prozent an, im letzten Monat das Internet benutzt zu haben. Darunter waren es 52,8 Prozent die sich auf diese Weise über Nachrichten informierten (Media-Analyse 2013b: online).

Die Ergebnisse der Medienanalyse zeigen, dass Jugendliche das Medium Tageszeitung konsumieren und sich nicht nur neuer Medien bedienen. Auch das öffentliche-rechtliche Radio, das mit Ö3 eine hohe Reichweite hat, wird regelmäßig konsumiert. Von vielen Parteien werden Magazine oder Informationsmaterial bereitgestellt, um Jugendliche von ihren Tätigkeiten zu informieren. Auch soziale Netzwerke wie Facebook werden von den Parteien und den PolitikerInnen genutzt, um die Jugendlichen zu erreichen.

Der öffentliche rechtliche Rundfunk (ORF)

Gemäß Artikel 4 ORF Gesetz hat der ORF einen Bildungsauftrag und muss über das politische Geschehen in Österreich informieren. Der ORF bietet zahlreiche Sendungen zu tagespolitischen Themen, sowie Diskussionen. Diese wären: Am Schauplatz, Im Zentrum, Hohes Haus, ZIB und viele mehr. Jugendliche als Zielgruppe kommen in vielen dieser Sendungen leider kaum bis gar nicht vor. Laut Auskunft des ORF bietet die Nachrichtensendung ZIB Magazin speziell für Jugendliche aufbereitete Themen. Ebenso würden die anderen politischen Sendungen wie Im Zentrum oder Thema sehr wohl

⁸ Nettoreichweite ist der Prozentsatz der Zielgruppe, der nach einem Mediaplan zumindest einmal erreicht wird und damit zumindest eine Kontaktchance hat. Die Reichweite einer Zeitung ist die direkt erhobene Reichweite einer Zeitung im Erscheinungsintervall Juni 2012 – Juli 2012 dh. jene Person, die angab, im definierten Erscheinungsintervall einen Kontakt mit dem Printmedium gehabt zu haben („in der Hand gehabt, um darin zu lesen oder auch nur zu blättern“)

jugendrelevante Themen behandeln. Konkrete Beispiele oder Hinweise auf jugendspezifische Themen in Sendungen wurden nicht genannt. Der ORF gibt an, dass im Jahr 2012 insgesamt 3.712 Stunden Informationen ausgestrahlt worden sind (ORF 2013: o.S.)

Jugend-Wertestudie: Ergebnisse in Bezug auf Medien und Politik

Die Jugendwertstudie beschäftigt sich mit den Einstellungen und Werten von Jugendlichen. In dieser Studie werden weite Bereiche und Themen des Alltages erhoben, dazu gehören auch die Medien. In der Jugendwertstudie zeigt sich, dass die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ihr Wissen über Politik vor allem aus den Medien beziehen. Die Schule wird kaum als Informationsquelle genannt, auch im Freundeskreis wird wenig über Politik gesprochen. Die Ergebnisse der Jugendstudie sprechen eine deutliche Sprache. Die klassischen Medien wie das TV mit 70 Prozent und Zeitungen und Magazine mit 60 Prozent belegen in dieser Studie die beiden ersten Plätze. Auf Rang drei befindet sich das Radio, gefolgt vom Internet, Plakaten, Social Media etc.

Es zeigt sich, dass die klassischen Medien und das Internet, die wichtigsten Informationsquellen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen bilden. Das Fernsehen wird von den Jugendlichen als ein neutrales, sowie objektives Medium bewertet. Tageszeitungen hingegen wird oft eine parteiische Berichterstattung vorgeworfen. Das Internet wird oft verwendet, um vorhandene Informationen zu hinterfragen und auf Richtigkeit zu überprüfen. Welche Art von Medium letztendlich genützt wird, hängt stark von Alter und Bildungshintergrund ab. Printmedien werden vor allem von älteren Befragten und jenen mit höheren Bildungsabschlüssen genützt. Sieben von zehn Studierende nennen Printmedien als wichtige Informationsmedien zum Thema Politik. Bei den Lehrlingen ist es lediglich die Hälfte. Auch das Radio wird von jungen Erwachsenen deutlich häufiger genutzt als von Jugendlichen. 47 Prozent der Studierenden und 54 Prozent der Berufstätigen geben eine Nutzung des Radios an. Wobei nur 37 Prozent der SchülerInnen und 40 Prozent der Lehrlinge Radio hören. Die Nutzung von Social Media ist stark vom Alter abhängig. Im Bereich Politik spielen Social Media eine kleine Rolle. Nur 19 Prozent der 25- bis 29-Jährigen informieren sich hier über Politik, bei den 14- bis 19-Jährigen sind es 29 Prozent (Heinzlmaier/Ikrath 2012: 18, 58f).

Interessant erscheint bei der Jugend-Wertestudie und der Medienanalyse, dass das Internet als Informationsquelle für Politik verwendet wird. In der Studie wurde nicht erhoben, ob die neuen Möglichkeiten die Web 2.0 bietet, und die den Jugendlichen auch eine Plattform für Diskussionen ermöglichen würden, im Bereich Politik Anwendung finden. Außerdem stellt

Literaturanalyse

sich die Frage, welche Möglichkeiten es für Jugendliche und junge Erwachsene geben könnte, sich in politischen Organisationen zu engagieren.

2.4.2 Parteilnahe Partizipationsmöglichkeiten in Österreich

Viele der Jugendlichen wünschen sicher mehr Mitbestimmung sowie Einbindung was Politik betrifft. Demnach bieten viele der Parteien den Jugendlichen mittels Jugendorganisationen die Möglichkeit, sich aktiv zu engagieren und somit Teil des politischen Diskurses zu werden. Dazu ein kurzer Überblick über die politischen Jugend Organisationen in Österreich.

Generation Zukunft Österreich - GZÖ

Die Jugendorganisation des Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) will Antworten auf aktuelle Themen wie z.B. leistbares Wohnen für junge Menschen geben. Des Weiteren geht man auf die Themen Schule und Bildung ein. Es wird auch auf Fragestellungen bezüglich Hochschulen und Jugendschutz eingegangen (Generation Zukunft Österreich 2013: online).

Grünalternative Jugend - GAJ

Die grünalternative Jugend bietet eine Plattform für Jugendliche, die sich für gesellschaftspolitische Themen interessieren. Sie ist keine Partei- Vorfeldorganisation, sondern eine unabhängige Vereinigung. Die Prinzipien der Organisation basieren auf ökologischen, gewaltfreien, antirassistischen, antisexistischen, solidarischen und basisdemokratischen Grundüberlegungen (Grünalternative Jugend OÖ 2013: online).

Junge Volkspartei - JVP

Die Junge Volkspartei (JVP) ist eine Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Aufgabe der JVP ist es, die Interessen von jungen Menschen unter 35 Jahren in der Volkspartei intern und nach außen hin zu vertreten. Hauptthemen sind Arbeit und Lehre, Bildung, Familie, Mobilität und Wohnen. Österreichweit gibt es mehr als 100 000 Mitglieder (Junge Volkspartei Österreich 2013: online).

Österreichische Bundesjugendvertretung - BJV

Die Österreichische Bundesjugendvertretung (BJV) ist eine gesetzlich verankerte Interessenvertretung. Sie vertritt 52 Jugendorganisationen. Die Bundesjugendvertretung nimmt sich zur Aufgabe die Wünsche der Menschen unter 30 Jahren an Politik, Medien und Öffentlichkeit weiterzugeben (Österreichische Kinder- und Jugendvertretung 2013: online).

Ring freiheitlicher Jugend - RFJ

Der Ring freiheitlicher Jugend (RFJ) ist eine politische Jugendbewegung der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ). Die Mitglieder sind zwischen 14 und 30 Jahren. Die zentralen

Hauptthemen sind Bekenntnis zu Österreich, Stopp der Überfremdung, Bildung und Familie (Ring freiheitlicher Jugend 2013: online).

Sozialistische Jugend - SJ

Die größte linke Jugendorganisation in Österreich ist die SJ – die Sozialistische Jugend. Sie ist die Jugendpartei der Sozialdemokratischen Partei Österreich (SPÖ). SchülerInnen, junge ArbeiterInnen und StudentInnen sind in der Sozialistischen Jugend aktiv. Sie planen politische Kampagnen und Aktionen, sowie Veranstaltungen, Seminare und Freizeitveranstaltungen. Ihre Grundwerte basieren auf Solidarität, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit (Sozialistische Jugend Oberösterreich 2013: online).

Die meisten österreichischen Parteien, so das Resümee dieser Recherche, bieten den Jugendlichen eine Möglichkeit sich (partei-) politisch aktiv zu engagieren. Die Jugendorganisationen zeichnen sich dadurch aus, dass sie viele Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen organisieren, um die jungen Menschen zu erreichen. Bei vielen Organisationen gibt es auch eigene Abspaltungen, die sich nur an bestimmte Gruppen richten wie z.B. für ArbeiterInnen, StudentInnen oder SchülerInnen und sich speziell für deren Anliegen einsetzen. Ziel der Jugendvertretungen ist es, mit ihnen in Kontakt zu treten, die Wünsche und Anliegen der Jugendlichen aufzunehmen und an die Parteien weiterzugeben. Fast alle Parteien haben regional Jugendvertretungen und versuchen so den Jugendlichen ihre politischen Anschauungen näher zu bringen. Dazu werden meist Veranstaltungen geplant und Workshops organisiert, so dass sich Jugendliche aktiv beteiligen können.

3 ExpertInneninterviews

3.1 Methode und Vorgehensweise

3.1.1 Interviews

In einem ersten Schritt wurde ein Leitfaden mit offenen Fragen, welche sich an den fünf Forschungsdimensionen orientieren, erstellt. Die Dimensionen sind in die Bereiche Wahrnehmung der Politik, worin wir das grobe Begriffsverständnis erhoben, die prioritären Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene sowie auf der allgemeinen gesellschaftlichen Ebene, erfüllte und nicht erfüllte Erwartungen an die Politik und explizite Wünsche und Veränderungen der Politik, gegliedert. Anschließend wurden potentielle ExpertInnen für ein face-to-face Interview recherchiert. Dabei fokussierten wir uns vor allem auf AkteurInnen aus unterschiedlichen Berufsgruppen mit Erfahrung im Bereich Jugend und Politik. Ausschlaggebend für unsere ExpertInnen-Auswahl war somit der erweiterte Expertenbegriff, welcher jene Personen als ExpertIn beschreibt, die ein besonderes Wissen zu unserer Thematik aufweist (Gläser/Laudel 2010: 117f).

Mittels Interviewanfragen per E-Mail wurden die ausgewählten ExpertInnen kontaktiert, wobei wir den Leitfaden als grobe Richtlinie in Bezug auf den Ablauf des Interviews beifügten und über die ungefähr eingeplante Dauer, welche wir mit 45 Minuten festsetzten, informierten. Im weiteren E-Mail-Kontakt vereinbarten wir dann die Termine und Orte der Interviews. Durch die unterschiedlichen Erfahrungen der InterviewpartnerInnen konnten wir verschiedenste Standpunkte und vielfältiges Wissen zu unserem Thema erheben.

Die Interviews konnten schlussendlich mit vier ForscherInnen und WissenschaftlerInnen aus dem Bereich Politik, Jugendpolitik und Jugendkulturforschung, sowie einer emeritierten Professorin und zugleich ehemaligen Politikerin und einem Praktiker mit besonderem Wissen über Politik und Jugendpolitik geführt werden. Als InterviewpartnerInnen wurden folgende Personen gewonnen:

- Markus Burgstaller B.A., Parlamentarischer Mitarbeiter, M.A. Student der Politikwissenschaft in Wien.
- Mag.^a Gertraud Diendorfer-Ratzenböck, Geschäftsführerin des Demokratiezentrum Wien und Projektauftraggeberin.
- Em. Univ. Prof. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Irene Dyk-Ploss, 1979 - 1996 Abgeordnete zum OÖ Landtag und emeritierte Professorin am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der JKU.

- Mag. Dr. Franz Fallend, Senior Scientist am Fachbereich Politikwissenschaft und Soziologie der Universität Salzburg.
- Mag.^a Dr.ⁱⁿ Beate Großegger, wissenschaftliche Leiterin und stellvertretende Vorsitzende des Instituts für Jugendkulturforschung und seit 2002 externe Lehrende am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaften der Universität Wien.
- Mag.^a Marlene Lentner, seit 2008 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung der Universität Linz.

Die Interviews wurden auf Wunsch der ExpertInnen mit Franz Fallend in Salzburg, mit Irene Dyk-Ploss und Marlene Lentner in Linz, mit Gertraud Diendorfer und Beate Großegger in Wien und mit Markus Burgstaller in Ferschnitz, Niederösterreich durchgeführt. Bei jedem Interview waren zwei Interviewerinnen anwesend, wobei jeweils eine aktiv interviewte und die andere auf Zwischenfragen und inhaltliche Ergänzungen achtete. Als Interviewdauer waren 45 Minuten geplant, wobei schlussendlich das kürzeste Interview 29 Minuten und das längste 55 Minuten in Anspruch nahm.

3.1.2 Die Transkription

Jede Interviewerin transkribierte ihr Interview innerhalb einer Woche nachdem es aufgezeichnet wurde. Dabei haben wir uns so nah wie möglich am Gesprochenen orientiert, wobei wir nicht-relevante Passagen weggelassen haben. In einer Transkription wird das Gesprochene schriftlich festgehalten und anschließenden Analysen unterzogen. In Bezug auf unseren Forschungsfokus entschieden wir uns für eine einfache Transkription (Dresing/Pehl 2013: 17). Bei dieser Art der Transkription liegt die Priorität auf dem Gesprächsinhalt. Wichtig ist dabei, dass wörtlich, nicht zusammenfassend oder lautsprachlich transkribiert wird, was bedeutet, dass Dialektausdrücke möglichst wortgenau ins Hochdeutsche übertragen werden. Besonders betonte Worte und Silben werden der Nachvollziehbarkeit halber in Großbuchstaben gefasst. Aus demselben Grund werden emotionale nonverbale Signale in Klammern dargestellt (ebd.: 22ff). Sämtliche Transkripte wurden von jeder einzelnen Interviewerin geprüft und anschließend für die Auswertung der einzelnen Dimensionen zur Verfügung gestellt.

3.1.3 Textanalyse mittels Auswertungsraster

Nach Fertigstellung der Transkripte wurde mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Lamnek (2010: 366-369) begonnen. Nach der Transkription wurde jedes Interview einzeln analysiert, anschließend eine generalisierende Betrachtung vorgenommen und schließlich wurden die Ergebnisse nochmals mit dem ursprünglichen Transkriptionstext kontrolliert. Durch sinngemäße Zusammenfassungen wurde der Text aller Interviews auf ein kleineres Netzwerk an Bedeutungseinheiten reduziert. Nicht relevante oder mehrfach genannte

ExpertInneninterviews

Aussagen wurden weggelassen, einander ähnliche Positionen wurden zu größeren übergeordneten Positionen zusammengefasst. Zentrale Aussagen, die nicht zusammenfassbar oder selektierbar waren, wurden teilweise wörtlich übernommen. Um eine möglichst sinnvolle Strukturierung zu erhalten, wurde diese anhand inhaltlicher Kriterien erstellt. Da die ExpertInneninterviews mithilfe eines Leitfadens offener Fragen durchgeführt wurden, wurden die darin verwendeten Dimensionen auch in den Auswertungsraster übernommen. Bei der Ausfüllung des Rasters wurde auf präzise inhaltliche Trennung der Dimensionen geachtet, wobei die Grenzen oft fließend ineinander übergangen. Damit wurde es möglich, in der generalisierenden Analyse Gemeinsamkeiten, Unterschiede, Abweichungen und Widersprüche in den einzelnen Interviews herauszufiltern und einander gegenüber zu stellen.

3.1.4 Berichterstellung

Die Berichterstellung erfolgte nach der Textanalyse mit Hilfe des Auswertungsrasters. Im Folgenden werden die Ergebnisse aus den Interviews deskriptiv dargestellt. Der Bericht orientiert sich an den fünf Dimensionen des Leitfadens und des Auswertungsrasters, somit können die Ergebnisse strukturiert präsentiert werden. Es wurde versucht die einzelnen Aussagen der verschiedenen ExpertInnen bestmöglich zusammenzufassen und neutral oder vergleichend in Beziehung zu setzen. Anhand der angegebenen Referenz ist ersichtlich, welcher interviewten Person die jeweiligen Inhalte der Aussagen zuzuschreiben sind.

3.2 Ergebnisse

3.2.1 Wahrnehmung der Politik

Die Ergebnisse der Erhebung in der Dimension „Wahrnehmung der Politik“ wurde in vier Variablen unterteilt: Der allgemeine Eindruck der befragten ExpertInnen zu dieser Dimension, das Verständnis des Begriffs, die Einschätzung des Interesses der Jugendlichen an der Politik und wie Jugendliche ihre Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen.

Mit Hilfe von zwei Politikbegriffen wurde versucht, die Wahrnehmung der Jugendlichen zu konkretisieren. Es gibt in der Politikwissenschaft zum einen den engen Politikbegriff, welcher politische AkteurInnen, Parteien, sowie Institutionen vereinigt, und zum anderen den weiten, mit dem beispielsweise die Mitgliedschaft in Vereinen gemeint ist (Burgstaller, Experteninterview vom 06.07.2013: 2). Lentner und Burgstaller zufolge wird von Jugendlichen verstärkt der enge Politikbegriff wahrgenommen, wonach gesellschaftspolitische Themen nicht unbedingt mit Politik assoziiert werden (Burgstaller, Experteninterview vom 06.07.2013: 2; Lentner, Expertinneninterview vom 16.07.2013: 1). Des Weiteren wurde festgestellt, dass aufgrund des schlechten Images der politischen

AkteurInnen, der Politikbegriff im engeren Sinn ein eher negativ konnotierter ist (Dyk-Ploss, Expertinneninterview vom 04.06.2013: 2). Großegger verdeutlichte, dass Jugendliche vermehrt das Gefühl haben nicht richtig von den PolitikerInnen vertreten und verstanden zu werden. Es ist anzunehmen, dass dieser Umstand auf ein fehlendes Agenda-Setting seitens der politischen AkteurInnen, welches für Jugendliche relevante Themen behandelt und anspricht, zurück zu führen ist. Des Weiteren werden Bereiche, die ausschließlich Jugendliche betreffen mangelhaft operationalisiert. Beim Verständnis des Begriffs Politik äußerte sich Großegger dahingehend, dass im Unterschied zu Erwachsenen, Jugendliche sehr lebensortbezogen leben und nicht, wie Erwachsene, in großen Systemkategorien denken. Durch diese unterschiedliche Perspektive kommt es oft zu Missverständnissen. Jede Generation wächst in einem anderen sozialen Kontext auf und dementsprechend verändert sich auch die politische Sozialisation. Dadurch verändert sich auch laut Großegger das persönliche Verständnis von Politik und nicht zuletzt werden die Erwartungen durch den aktuellen gesellschaftspolitischen Zeitgeist geprägt (Großegger, Expertinneninterview vom 30.08.2013: 1f). Daraus lässt sich im Einklang mit der Aussage von Fallend schließen, dass unter den Jugendlichen keine Politikverdrossenheit im weiteren Sinne, sondern vielmehr eine Parteiverdrossenheit vorherrschen könnte (Fallend, Experteninterview vom 09.10.2013: 3).

Bei der Einschätzung des politischen Interesses äußerten Beate Großegger und Markus Burgstaller, dass dieses vom Bildungsniveau, von den Eltern und dem jeweiligen Umfeld der Jugendlichen abhängt. So divergieren auch zum Beispiel die politischen und traditionellen Motive der Vereine am Land und in der Stadt (Burgstaller, Experteninterview vom 06.07.2013: 3; Großegger, Expertinneninterview vom 30.08.2013: 1). Ebenso war Lentner der Meinung, dass die Jugendlichen eine sehr heterogene Gruppe sind und es demnach schwierig ist, deren Interesse zu pauschalisieren (Lentner, Expertinneninterview vom 16.07.2013: 2). Im Gegensatz dazu sagt Großegger, dass es innerhalb der Gruppe natürlich unterschiedliche Politikbegriffe gibt, allerdings stellt sie fest, dass trotz dieser Unterschiedlichkeit wahrscheinlich noch mehr Gemeinsamkeit im Politikverständnis der Jugendlichen zu finden ist, als beim Politikbegriff Erwachsener. Von den Jugendlichen wird der Politikbegriff homogener verstanden als bei den Erwachsenen (Großegger, Expertinneninterview vom 30.08.2013: 1). Dennoch sei es auffällig, dass sich ein großer Teil der Jugendlichen und auch der Erwachsenen einen „starken Mann“, der Entscheidungen trifft und dadurch etwas verändert, an der Spitze wünschen würde. Die Definition von „starker Mann“ ist allerdings laut Diendorfer nicht mit einem Diktator gleichzusetzen und laut Fallend ein Versuch den Begriff Diktator zu vermeiden (Diendorfer, Expertinneninterview vom 02.09.2013: 16f; Fallend, Experteninterview vom 09.10.2013: 1f).

ExpertInneninterviews

In der Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigten die ExpertInnen unterschiedliche Erklärungsansätze. Zum Beispiel nutzen Jugendliche mittlerweile weniger herkömmliche Kanäle und Medien, um sich zu artikulieren (Fallend, Experteninterview vom 09.10.2013: 4). So sind Diskussionsrunden mit PolitikerInnen via Facebook oder Skype als Kommunikationsmedium bei Jugendlichen stärker präsent als die politische Berichterstattung in traditionellen Medien (Burgstaller, Experteninterview vom 06.07.2013: 8). Des Weiteren sei zu beobachten, „dass die meisten Parteien nicht unbedingt Signale an die Jugendlichen aussenden, dass sie tatsächlich erwünscht sind. Sie sind dann erwünscht, wenn sie ihr Wahlrecht haben und zur Urne schreiten sollen“ (Fallend, Experteninterview vom 09.10.2013: 4).

3.2.2 Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik

Im folgenden Abschnitt wurden die empirischen Ergebnisse anhand der Dimension „Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik“ ausgewertet. In den Interviews wurden die ExpertInnen um ihre Meinung gefragt, welche zielgruppenspezifischen Themen von der Politik behandelt werden sollten und was sich junge Erwachsene in Bezug auf ihre eigenen Lebenswelten und ihre Partizipationsmöglichkeiten wünschen.

Großegger (Expertinneninterview vom 30.08.2013: 13) wies explizit darauf hin, dass die jungen Menschen keine direkten Wünsche an die Politik haben, und dass außerdem zu wenige auf den Alltag der Jugendlichen bezogene Themen auf politischer Ebene diskutiert werden. Mit dieser Aussage erläuterte Großegger, dass sich junge Erwachsene als nicht wahrgenommen empfinden und demnach das Gefühl haben, dass ihre Bedürfnisse nicht wahrgenommen werden. Folglich können auch keine konkreten Wünsche formuliert werden. Deshalb kommt sie zum Schluss, dass sich eine negative Spirale entwickelt hat, die die Abwendung der Untersuchungsgruppe von der Politik noch mehr fördert.

Auf die Frage „entfernen sich junge Erwachsene von der Politik?“, gaben die ExpertInnen verschiedene beziehungsweise keine Antworten. Lentner, Fallend und Diendorfer weichen von Großeggers Meinung deutlich ab, indem sie sehr wohl klare Vorstellungen zu Wünschen der jungen Erwachsenen an die Politik formulieren. Lentner (Expertinneninterview vom 16.07.2013: 6) gab Arbeit und Bildung als die zentral gewünschten Themen an. Fallend (Experteninterview vom 09.10.2013: 3) vertrat die Meinung, dass Ausbildung, Jugendarbeitslosigkeit, Armut, Gleichberechtigung und Rassismus Bereiche sind, die junge Erwachsene sehr interessieren würden. Anders, als Fallend und Lentner, legte sich Diendorfer (Expertinneninterview vom 02.09.2013: 4) bezüglich Themen und Wünsche nicht

konkret fest. Ihrer Meinung nach sind temporäre Themenbereiche wichtiger, als beispielsweise „Verwaltungsreform“ oder „Sparpaket“. Die Implikation von diesen temporären Bereichen die junge Erwachsene interessieren, könnte auch das Engagement in der Politik und für die Politik wecken.

Es lässt sich festhalten, dass die Mehrheit der befragten ExpertInnen eine konkrete Vorstellung zu den Wünschen der jungen Erwachsenen an die Politik hat. Diendorfer äußerte eine tendenziell neutrale Sichtweise und unterscheidet sich von der Großeggers, welche der Meinung ist, dass junge Erwachsene keine Wünsche an die Politik haben. Großegger weicht mit dieser Meinung deutlich von der der anderen ExpertInnen ab. Die vorliegenden Ergebnisse lassen aber schlussendlich die Vermutung zu, dass Jugendliche generell an politischen Themen interessiert sind, wobei es in der Politik aber an den richtigen Themen mangelt.

Bisher wurden die Wünsche bezüglich der allgemeinen Themen, die von der Politik behandelt werden sollten, beachtet. Es stellt sich nun die Frage: Greift die Politik Themen auf, die den unmittelbaren Lebensbereich der jungen Erwachsenen betreffen? Burgstaller (Experteninterview vom 06.07.2013: 4f) hielt fest, dass die zentralen Themen für junge Erwachsene Sicherheit und Zufriedenheit sind. Außerdem stellt er „junges Wohnen“ als das elementarste Thema der Zielgruppe dar. Die erste Wohnung, so der Wunsch vieler, muss rentabel für junge Erwachsene sein. Sie wollen selbstständig und mobil werden und nicht auf die elterliche Hilfe angewiesen sein. Auch das Thema Pension ist relevant. Die von vielen Medien transportierte Verunsicherung führt zu einer Ungewissheit. Junge Erwachsene fragen sich, ob sie eine Pension erhalten oder nicht, ob eine private Altersvorsorge notwendig ist oder nicht (ebd.: 2).

In den Interviews waren sich Lentner, Großegger und Dyk-Ploss bei den Wünschen für die eigene Lebenswelt der jungen Erwachsenen einig. Ihnen zufolge treffen die prägnantesten Wünsche das Bildungswesen, die Arbeitsplätze und die Existenzsicherheit. Es sei anzunehmen, dass Integration in die Gesellschaft in Form eines guten Arbeitsplatzes, einem „Job der Spaß macht“ und ein gewisser Wohlstand zu den wichtigsten Wünschen der jungen Erwachsenen zählen (Lentner, Expertinneninterview vom 16.07.2013: 2).

Zusammenfassend wurde betont, dass das Thema Arbeitsplatz beziehungsweise Arbeitsplatzsicherheit ein sehr wichtiges Thema für junge Erwachsene ist. Auch Existenzsicherheit könnte hier als Überbegriff verwendet werden, der Arbeitsplätze und Bildungswesen genauso miteinschließt wie „junges Wohnen“. Die Aussagen der ExpertInnen bezogen sich auf die Vorstellung, dass sich junge Erwachsene eine Unterstützung beim

ExpertInneninterviews

Erwachsenwerden wünschen. Die Politik soll ihnen in beruflichen und privaten Fragen eine Stütze sein.

In weiterer Folge wurde eruiert, ob ein derartiges Fundament auch die Partizipation der jungen Erwachsenen positiv beeinflussen könnte. Fallend (Experteninterview vom 09.10.2013: 3) ist der Meinung, dass die jungen Erwachsenen sich selber mehr in der Politik engagieren wollen. Im Gegenzug dazu soll die Politik weniger über sie im Top-Down-Ansatz bestimmen. Damit ist nun keineswegs ein postpubertierender Widerstand gemeint, sondern vielmehr die Chance, dass durch die Mitarbeit der jungen Erwachsenen im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess nicht mehr über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, sondern gemeinsam eine Lösung, und wenn nötig ein Kompromiss gefunden werden kann.

Lentners Sichtweise (Expertinneninterview vom 16.07.2013: 7) war ähnlich, wobei sie aber ganz klar die Position vertritt, dass zuerst das fehlende Wissen über und von Politik aufgearbeitet werden muss. Diesbezüglich äußerte sich Diendorfer (Expertinneninterview vom 02.09.2013: 7), indem sie erklärte, dass die erste politische Sozialisation über die Eltern erfolgt. „Die Aufgabe der politischen Bildung, und das ist letztendlich die politische Sozialisation, sollte sehr stark in die Richtung gehen, dass Grundwissen vermittelt wird und nicht nur ein Grundwissen sondern ein genereller positiver Zugang zur Politik“ (ebd.). Die jungen Erwachsenen sollten im Familienverband politisiert werden, sowie politische Bildung in Schulen erhalten, jedoch geschieht dies häufig nur in begrenztem Ausmaß und unzureichend. Eltern, die sich nicht für Politik interessieren, können auch kein Interesse weitergeben. In Schulen wird politische Bildung lediglich in Kombination mit Geschichte oder Recht angeboten. Derzeit haben die LehrerInnen in Österreich keine adäquate Ausbildung, um politische Bildung pädagogisch wertvoll zu unterrichten (ebd.: 8). Lentner und Diendorfer waren sich hier, im Bezug auf die defizitäre politische Bildung einig. Um das Problem der mangelnden Ausbildung zu Umgehen, machte Dyk-Ploss einen Verbesserungsvorschlag: Die jungen Erwachsenen müssen konkret in die Politik miteinbezogen werden, wenn es sich um Themen handelt, die sie betreffen (Dyk-Ploss, Expertinneninterview vom 04.06.2013: 9). Diendorfer stimmte mit der Aussage überein und erklärte, dass eben diese Themen stärker inhaltlich und sachlicher diskutiert werden könnten. Passend dazu könnten durchaus auch Formate gewählt werden, wo beispielsweise jüngere Personen mitdiskutieren könnten (Diendorfer, Expertinneninterview vom 02.09.2013: 5). Aktuell übertragene Fernsehdebatten finden tatsächlich meist nur zwischen PolitikerInnen und Erwachsenen der älteren Generationen statt. Lentner (Expertinneninterview vom 16.07.2013: 7) hatte neben ihren Ansichten über die mangelnde politische Bildung auch einen alternativen Vorschlag, um die Partizipation der jungen Erwachsenen zu verbessern: Eine bessere Einbindung der direkten

politischen Teilnahme und Alternativen in der Organisation von politischen Wahlen wie zum Beispiel die Einführung des E-Voting. Junge Erwachsene wünschen sich ihrer Meinung nach generell mehr Elemente der direkten Demokratie. Fallend (Experteninterview vom 09.10.2013: 3) ist der Ansicht, dass Jugendliche einfach nur das Gefühl brauchen, etwas bewegen zu können, selbst wenn es im kleinen lokalen Bereich stattfindet.

Die ExpertInnen forderten, so ein Resümee, dass primär die politische Bildung bei den jungen Erwachsenen verbessert werden sollte. Denn sobald ein positiver Zugang zur Politik ermöglicht wird, können soziale Barrieren überwunden werden, und sie dann eher partizipieren und (selbst) einE AkteurIn der Politik werden. Die ExpertInnen waren sich einig über die Integration der jungen Erwachsenen in die Politik: Sobald die jungen Erwachsenen integriert werden, wird Partizipation stattfinden. Letztendlich nicht nur, weil das Gefühl der Ohnmacht, nichts ausrichten zu können schwindet, sondern auch das positive Gefühl der Zugehörigkeit, ein Teil der Politik sein zu können, wächst. Den ExpertInnen zufolge haben die jungen Erwachsenen sehr wohl Wünsche an die Politik, allgemein genauso wie in Bezug auf ihre eigene Lebenswelt. Auch Wünsche zur Partizipation beziehungsweise Stärkung der Partizipation sind vorhanden. Die politische Bildung sollte reformiert und verbessert werden, damit allen jungen Erwachsenen ein positiver Zugang zu Politik ermöglicht wird.

3.2.3 Prioritäre Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik

Der dritte Teil der Auswertung befasst sich mit den prioritären Bedürfnissen der jungen Erwachsenen auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik. Untergliedert wurde diese Forschungsdimension in die Fragen nach den Wünschen zu Änderungen der Regelungen, des Aufbaus und Prozesse im Staat und die Frage, welche gesellschaftliche Themen von der Politik behandelt werden sollen.

Die befragten ExpertInnen waren sich einig, dass Jugendliche sich zum Thema Regelungen, den Aufbau des Staates, sowie die im Staat stattfindenden Prozesse wenig bis keine Gedanken machen. Lentner (Experteninterview vom 16.07.2013: 5) zeigte auf, dass die Prioritätensetzung der Jugendlichen hinsichtlich der Themenschwerpunkte (wie z.B. Arbeitsplatzsuche, erste Schritte in Richtung Unabhängigkeit...) von jener der Erwachsenen abweicht. In dieser Phase finden sie noch keinen Platz für gesellschaftspolitisch relevante Themen, zu welchen oft auch die notwendigen Informationen fehlen. Eine treffende Beschreibung zu diesem Phänomen formulierte Dyk-Ploss: „Sehr junge Jugendliche, die gerade eben das Wahlrecht erhalten haben sind überdurchschnittlich stark daran interessiert, das gibt sich aber nach den ersten ein bis zwei Wahlgängen“ (Dyk-Ploss, Experteninterview vom 04.06.2013: 5.). Darauf folgt, so Dyk-Ploss, eine Zwischenphase,

ExpertInneninterviews

die aus schulischen und beruflichen Abschlussprozessen, sowie partnerschaftlichen Bindungs- und familiären Konstituierungsprozessen resultiert. In dieser Phase partizipieren und interessieren sich junge Erwachsene weniger aktiv am politischen Geschehen. Wenn sich die genannten Lebensbereiche stabilisiert haben, steigt auch das politische Interesse wieder (ebd.:).

Zur Frage, welche gesellschaftlichen Themen von der Politik behandelt werden sollen, meinte Lentner (Expertinneninterview vom 16.07.2013: 4), dass Jugendliche selten konkret sagen können, welche Änderungen sie sich auf der gesellschaftspolitischen Ebene wünschen, weil diese Wünsche so abstrakt sind. Es fehle auch das Wissen, dass am System etwas verändert werden kann, sowie das Vertrauen in die Politik, dass diese imstande ist, diese komplexen Zusammenhänge zu lösen und konkret etwas zu bewirken.

3.2.4 Explizite Wünsche und Veränderungen an die Politik

Die vierte Dimension behandelt vorwiegend die Wünsche der jungen Erwachsenen. Einerseits an die politischen AkteurInnen und andererseits an die Sozialisierungs- und Bildungseinrichtungen. Wir haben uns in dieser Dimension außerdem auf den Einfluss der Medien und den eigentlichen Prozess im Staat konzentriert.

Im Bezug auf die Wünsche an politische AkteurInnen hatte der Großteil unserer ExpertInnen eine genaue Vorstellung, welche Wünsche junge Erwachsene diesbezüglich haben. Es wurde angemerkt, dass junge PolitikerInnen für diese Zielgruppe ganz besonders wertvoll sind, da die Hemmschwelle in der Diskussion oder bei persönlichen Gesprächen nicht so groß ist. Hinsichtlich den Wünschen werden zwei Begriffe erwähnt: mehr Ernsthaftigkeit und Verlässlichkeit. Verlässlichkeit insofern, weil die zahlreiche Skandale den Eindruck erwecken, dass in der Justiz das Vertrauen mehr und mehr schwindet, dies sei aber nicht der Fall. „In Österreich ist die Justiz einwandfrei, nur aufgrund der Medienerstattung könnte man den Eindruck dadurch bekommen“ (Burgstaller, Experteninterview vom 06.07.2013: 12). Bezüglich Ernsthaftigkeit wird das politische Niveau durch viele Medienkampagnen herabgesetzt und die Politik an sich nicht mehr ernstgenommen. „Der Wunsch ist schon da, dass derjenige der Führungsrollen übernimmt (Landeshauptmann, Bürgermeister, etc.) auch diese Führungsrolle verkörpert“ (ebd.:). Außerdem wurde erwähnt, dass junge Erwachsene den Wunsch nach mehr Direktheit und Klarheit haben (Lentner, Expertinneninterview vom 16.07.2013: 8).

Weiters waren die ExpertInnen der Ansicht, dass die Kommunikation mit den jungen Erwachsenen gestärkt werden soll und dass sie als Zielgruppe mehr wahrgenommen werden müssen, sei es bei Wahlen oder durch die Einbeziehung in Themen die sie betreffen.

Außerdem sei es wichtig ihnen zu zeigen wie und wo sie mitwirken und mitreden können“ (Diendorfer, Expertinneninterview vom 02.09.2013: 11). Authentizität und Ehrlichkeit werden ebenfalls als wichtige Wünsche der jungen Erwachsenen an die politischen AkteurInnen angesehen. Es geht vorwiegend darum, leeren Versprechungen zu vermeiden und eine gewisse Bereitschaft zu haben, Entscheidungen zu treffen (Fallend, Experteninterview 09.10.2013: 4). Großeggers Meinung weicht von den Aussagen der anderen ExpertInnen ab, da ihrer Ansicht nach junge Erwachsene aufgehört haben, sich etwas zu wünschen. Sie fühlen sich nicht gut vertreten, haben kein wirkliches Vorbild in der Politik und sie denken nicht in institutionellen „Politikkategorien“ (Großegger, Expertinneninterview vom 30.08.2013: 13).

Hinsichtlich Bildungs- und Sozialeinrichtungen wünschen sich junge Erwachsene, dass politische Bildung an sich verbessert wird und sie bemängeln die derzeitige Bildung als nicht funktionsfähig. Das bereits erwähnte Problem läge bei Personen, die Politische Bildung lehren. Sie sind in der Regel selber pädagogisch unzureichend ausgebildet, um das Interesse bei den jungen Erwachsenen zu wecken. „Wer nicht selber für ein Thema brennt, kann das Feuer nicht bei anderen entzünden“ (Dyk-Ploss, Expertinneninterview vom 04.06.2013: 6). Außerdem sollten SchülerInnen mehr das Gefühl vermittelt bekommen, dass sie mit politischer Bildung auch im privaten Umfeld etwas bewegen können. Die Integration von Kommunalpolitik und Landespolitik gehören viel mehr in die politische Bildung integriert (ebd.). Ein Vorschlag wäre, AkteurInnen, die eine gewisse pädagogische Ausbildung haben und täglich in diesem Bereich (beispielsweise Verwaltung, Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit) tätig sind, in Bildungseinrichtungen einzuladen. Es sei prinzipiell nicht wichtig, politische Bildung vom Unterrichtsfach Recht und Geschichte zu trennen, sondern dass das Fach in Richtung Demokratiebildung tendiert, welches unter anderem Medienkompetenz, Verfassungsrecht und vor allem politische Prozesse im Staat behandelt (Burgstaller, Experteninterview vom 06.07.2013: 11f). Kritisch wurde angemerkt, dass ein eigenes Politikfach kein Allheilmittel sein könne. Grundsätzlich sollten Jugendliche mehr Informationen über Politik bekommen. Auch die Eltern seien aufgerufen sich stärker für politische Themen zu interessieren, da die Politikohnmacht oft auch von Eltern weitergegeben wird (Lentner, Expertinneninterview vom 16.07.2013: 7).

Anhand von Good-Practice-Beispielen wurde aufgezeigt, wie politische Bildung funktionieren kann. Jugendparlamente oder Schulparlamente seien ein ideales Instrument um SchülerInnen Politik näher zu bringen. Auch Exkursionen nach Brüssel, etc. sollten den jungen Menschen schon früh und oft ermöglicht werden. Bildungspolitisch gesehen, sei das ein guter Weg, weil man dadurch mehr Erfahrung aufbauen könne und letztendlich auch

ExpertInneninterviews

mehr Informationen zu dem Thema hätte – auch auf kommunaler Ebene (Diendorfer, ExpertInneninterview vom 02.09.2013: 13).

Weiters wurden die bestehenden Unterrichtsmaterialien kritisch betrachtet. Aufgrund relativ langer Begutachtungsphasen veralten die Bücher sehr schnell. Das Hauptproblem liegt in der Standardisierung der Universitäten und Schulen. SchülerInnen, sowie StudentInnen werden immer vergleichbarer; Interesse, Neugier und Bereitschaft werden „standardisiert“ – und so wird jungen Menschen die Möglichkeit genommen, das System der Politik kritisch zu hinterfragen.

(...) ich glaube, dass man die Ziele der politischen Bildung hinterfragen müsste. Wenn wir jetzt wieder an den Punkt kommen, dass Jugendliche ganz generell unter Politik was anderes verstehen als Erwachsene, wäre es doch eigentlich angesagt wenn man zielgruppengerecht politische Bildung macht, dass man von den eigenen Vorstellungen von Politik weggeht und zumindest mal da anfängt wo die Jugendlichen zu denken beginnen. (Großegger, ExpertInneninterview vom 30.08.2013: 11)

Bezüglich der Wünsche an die politischen Inhalte, Beteiligungsprozesse und Regeln lässt sich keine gemeinsame Tendenz der ExpertInnen feststellen. Während Burgstaller die Meinung vertritt, dass sich Jugendliche generell mehr Partizipationsmöglichkeiten und stärkere Mitspracherechte unter anderem beispielsweise in Form von Volksbegehren wünschen, setzt Fallend hier an einem anderen Punkt an: Seiner Meinung nach erhoffen sich Jugendliche vor allem eine bessere politische Bildung um sich stärker an politischen Prozessen beteiligen zu können. In diesem Zusammenhang wird zum wiederholten Male erwähnt, dass die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals stark hinterherhinkt und folglich eine professionalisierte Lehrausbildung einen sehr positiven Einfluss auf das Interesse und die Partizipation von jungen Erwachsenen hätte (Burgstaller, Experteninterview vom 06.07.2013: 8; Fallend, Experteninterview vom 09.10.2013: 7). In diesem Kontext wurde außerdem darauf eingegangen, dass Politik auf Kommunalebene wesentlich glaubhafter sei, als auf Bundes- oder Landesebene. Demnach sollten bereits auf Kommunalebene Partizipationsmöglichkeiten verstärkt generiert werden, um das Politikinteresse von jungen Erwachsenen zu erhöhen (Großegger, ExpertInneninterview vom 30.08.2013: 16f).

Die letzte Variable der gewünschten Veränderungen an die Politik richtet sich an die Medien. Eine der Ansichten war, dass wie schon erwähnt, über die Medien zu viele Informationen an die Jugendlichen gelangen. Sie werden förmlich mit negativen politischen Meldungen bombardiert, was folglich zu Angst und Unzufriedenheit führen kann. In diesem

Zusammenhang wurde erwähnt, dass Medien statt Angst und Ungewissheit zu schüren, eher kritisch über politischen Themen reflektieren sollen. Demnach wird weniger Manipulation der Medien und dafür im Gegenzug mehr informative Fakten und Klarheit gefordert (Lentner, ExpertInneninterview vom 16.07.2013: 2). Kritisiert werden aber nicht nur die Medien, sondern auch die Jugendlichen an sich. Es wurde die Ansicht vertreten, dass Jugendliche auch eine gewisse Holschuld haben und sich demnach aktiv informieren sollen. In diesem Kontext wären öffentliche Veranstaltungen, die von ExpertInnen oder JournalistInnen moderiert werden, sinnvoll. So könnten parteipolitische Interessen ausgeklammert werden und gleichzeitig allgemeine Informationen zur Verfügung gestellt werden (Fallend, Experteninterview vom 09.10.2013: 5). Zudem wünschen sich Jugendliche vermehrt Sachthemen, doch hier bezweifeln die ExpertInnen allerdings, dass sie diese Wünsche direkt äußern würden. Der Punkt ist aber, dass die Kommunikation zwischen Politik und Jugend nicht funktioniert (Lentner, ExpertInneninterview vom 16.07.2013: 7).

Leider finden die Sachbezogenheit der Jugend-Themen und eine die Jugendlichen erreichende Kommunikation mit der Politik nicht statt. Hier schließt sich der Kreis wieder, da das die Gründe sind, warum Jugendliche sich nichts mehr von PolitikerInnen wünschen (Großegger, ExpertInneninterview vom 30.08.2013: 13f).

3.2.5 Erfüllte und nicht erfüllte Erwartungen

In der Erhebung der „erfüllten und nicht erfüllten Erwartungen an die Politik“ wurde angemerkt, dass junge Erwachsene sich kaum mehr etwas wünschen bzw. kaum mehr Erwartungen an die Politik und die PolitikerInnen haben. Als Begründung für diese Haltung wurde angeführt, dass in der aktuellen Mediengesellschaft die Berichterstattung vor allem von Negativem dominiert wird. Das heißt auch, dass die Gesellschaft tagtäglich durch die Fülle der vielen verschiedenen Medienanbieter mit politischen Informationen „überhäuft“ wird, allerdings vor allem mit Dingen, die nicht funktionieren oder besonders negativ auffallen – „bad news are good news“ - (schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten). Es erweckt den Eindruck, dass Jugendliche fast Angst bekommen vor denen, die Politik machen, weil man ja nie wissen könne, was die da (oben) als Nächstes tun würden (Großegger, ExpertInneninterview vom 30.08.2013: 13f).

Die ExpertInnen beschrieben, dass eine Art generelle und globale Hilflosigkeit im Entstehen sei. Jeden Tag geschieht eine andere Unannehmlichkeit oder wird von einer Katastrophe wie beispielsweise der Wirtschaftskrise berichtet. Viele junge Erwachsene haben einfach das Gefühl, nichts bewirken oder gar ändern zu können – darum diese niedrige Erwartungshaltung an Politik und PolitikerInnen (Lentner, ExpertInneninterview vom 16.07.2013: 7).

ExpertInneninterviews

Junge Erwachsene fühlen sich kaum auf politischer Ebene vertreten. Wobei es keine Rolle spielt, von welcher politischen Gruppierung man spricht. Sie würden sich von PolitikerInnen mehr und konkretere Outputs erwarten. Darunter versteht man, dass die Jugendlichen von den PolitikerInnen Beweise über ihr Handeln und die Ergebnisse dieses Handelns erwarten, so wie sie selbst auch etwas leisten müssen. Jeder muss seinen Teil beitragen, seien es die Lehrlinge, die ihre Arbeit zu verrichten haben oder seien es die SchülerInnen oder StudentInnen, die ihre Prüfungen zu absolvieren haben. Dasselbe wird von den PolitikerInnen erwartet, dass sie die alltagsrelevanten Anliegen und Probleme der Jugendlichen aufgreifen und in einer den Jugendlichen verständlichen Sprache kommunizieren (Großegger, Expertinneninterview vom 30.08.2013: 13).

In einem anderen Expertinneninterview kam deutlich hervor, dass all diese negativen Gesichtspunkte, wie der Verlust des Interesses und des Vertrauens durch gezielte Maßnahmen erheblich entschärft werden könnten. Politik muss als etwas Positives dargestellt werden. Politik darf man nicht nur als Streitereien zwischen einzelnen Parteien und daraus resultierenden Hemmnissen für den Fortschritt sehen. Demokratie muss man vor allem in ihrem Grundsystem verstehen und hier muss man ganz klar ansetzen, denn erst dann können sich junge Erwachsene artikulieren, können ihre Wünsche formulieren und ihre Erwartungen an die Politik darstellen (Diendorfer, Expertinneninterview vom 02.09.2013: 15f).

Hinsichtlich der Erwartungen an das Bildungssystem wurde bereits mehrfach erwähnt, dass die politische Bildung unzureichend sei. Trotzdem aber funktioniert die Politik auf kommunaler Ebene, so die Wahrnehmung, für Jugendliche eigentlich ganz gut. In diesem Bereich können zumindest einige Erwartungen und Bedürfnisse abgedeckt werden. Sehr negativ fällt allerdings auf, dass Jugendliche mit Nationalrats- oder Landtagsabgeordneten kaum in Kontakt kommen. Viele wissen nichts über ihre alltägliche Arbeit. Zudem wird kritisiert, dass sich PolitikerInnen - mit wenigen Ausnahmen - nicht die Zeit nehmen und sich nicht bemühen, jugendliche Themen aufzugreifen und auch zu kommunizieren. PolitikerInnen setzen sich zu wenig mit Jugendlichen auseinander und demnach entsprechen sie auch nicht deren Erwartungen (Dyk-Ploss, Expertinneninterview vom 04.06.2013: 8ff).

Konträr zu den Aussagen wurde aber festgestellt, dass Jugendliche generell zufriedener sind als Erwachsene. Diese sehr optimistische Ansicht wird damit begründet, dass Jugendliche im Gegensatz zu den Erwachsenen, die schon viel länger in der herrschenden politischen Realität sozialisiert seien, viel mehr Erwartungen und Hoffnungen hätten. Über 30-Jährige seien da schon etwas kritischer, weil sehr wenig passiert und wenn etwas geschehe, dann

sehr langsam, da der Wahlmodus nur sehr wenig verändern könne und dadurch ein sehr stabiles politisches System vorherrsche. Zusammenfassend kann man sagen, dass junge ÖsterreicherInnen trotz allem doch recht zufrieden mit dem politischen System sind, sodass man laut Burgstaller sehr optimistisch in die Zukunft blicken könne (Burgstaller, Experteninterview vom 06.07.2013: 13).

3.3 Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die ExpertInnen den Terminus „Politik“ grundsätzlich in einen engeren und weiteren Begriff gliedern. Damit verdeutlichen sie das divergierende Verständnis der Jugendlichen und Erwachsenen. Von jungen Erwachsenen wird der engere Politikbegriff verstärkt wahrgenommen, welcher politische AkteurInnen, Parteien, sowie Institutionen beinhaltet. Des Weiteren wurde festgestellt, dass dieser Politikbegriff ein eher negativ konnotierter ist. Einerseits infolge des schlechten Images der PolitikerInnen und andererseits aufgrund fehlender Agenda-Settings in Bezug auf Jugendthemen. Prinzipiell ist es schwierig das politische Interesse oder die sogenannte Politikverdrossenheit von jungen Erwachsenen zu verallgemeinern, da sie eine sehr heterogene Gruppe sind. Diejenigen, die partizipieren möchten, nutzen bevorzugt Diskussionsrunden via Facebook oder Skype anstelle traditioneller Medien, wie das Fernsehen. Junge Erwachsene präferieren vor allem die Themen Arbeit, Bildung, Pension, Armut, Gleichberechtigung und Rassismus. In diesem Zusammenhang ist unbedingt zu erwähnen, dass die Sachbezogenheit der bevorzugten Themen und eine, die jungen Erwachsenen erreichende Kommunikation, nur spärlich bis nicht vorhanden ist. PolitikerInnen setzen sich zu wenig mit ihnen auseinander und demnach entsprechen sie auch nicht deren Erwartungen. Daraus resultierend entsteht ein Gefühl der Ohnmacht. Nichts bewirken oder gar ändern zu können löst eine negative Spirale aus, welche die Erwartungshaltung an politische AkteurInnen immer weiter verringert. Der Verlust des Interesses und des Vertrauens könnte aber erheblich entschärft werden, indem die Politik positiv dargestellt wird. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass junge Erwachsene im Vergleich zu Erwachsenen mit der Politik generell zufriedener sind. Dieses Potential sollte genutzt werden. Der Einsatz junger PolitikerInnen wäre sehr sinnvoll, da die Hemmschwelle in Diskussionen und Gesprächen erheblich sinken kann. Junge Erwachsene wünschen sich mehr Direktheit, Klarheit, Authentizität und Ehrlichkeit von den AkteurInnen, keine leeren Versprechungen. Damit junge Erwachsene Politik als etwas Positives erfahren können, bedarf es eines Grundverständnisses, dass an den österreichischen Schulen derzeit nur unzureichend vermittelt wird. Die Unterrichtsmaterialien sind veraltet und wie bereits erwähnt besteht ein unterschiedliches Verständnis von Politik. Politische Bildung sollte zielgruppengerecht unterrichtet werden. Eine derartige Verbesserung ermöglicht einen

ExpertInneninterviews

positiven Zugang zur Politik und soziale Barrieren könnten überwunden werden. Den jungen Erwachsenen soll es ermöglicht werden, Jugendparlamente und Schulparlamente zu erleben. An Exkursionen in das österreichische Parlament, oder europäische Parlament, teilnehmen zu können sind Good-Practice-Beispiele, die den TeilnehmerInnen Politik und dessen Abläufe gezielter vermitteln. Abgesehen davon ist aber auch eine gewisse Holschuld der jungen Erwachsenen in Betracht zu ziehen. Sich selbst aktiv zu informieren ist ein großer Teil der politischen Partizipation. Ein Lösungsansatz diesbezüglich ist die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen, bei denen allgemeine Informationen zur Verfügung gestellt werden und parteipolitische Interessen ausgeklammert werden. Im Großen und Ganzen kann gesagt werden, dass sich die befragten ExpertInnen nicht in allen Punkten einig sind, beziehungsweise unterschiedliche Ansätze zu den realisierten Dimensionen verfolgen, jedoch nicht in völlig verschiedene Richtungen abdriften.

4 Fokusgruppeninterviews

4.1 Methode und Vorgehensweise

Im Rahmen unserer Studie wurden zur Beantwortung der Forschungsfrage zusätzlich zur Literaturrecherche und der Befragung von ExpertInnen, StudentInnen der Johannes Kepler Universität Linz (JKU) in Form von Fokusgruppeninterviews nach ihren Wünschen und Erwartungen an die Politik befragt.

Nach Dürrenberger und Blehringer ist eine Fokusgruppe „eine moderierte und auf einen bestimmten Inhalt hin fokussierte Gruppendiskussion“ (Dürrenberger/Blehringer 1999: 12). In dieser Gruppe, in unserem Fall zusammengesetzt von StudentInnen der JKU, werden bestimmte vorgegebene Themenbereiche diskutiert.

Fokusgruppen haben sich in der empirischen Sozialforschung etabliert, wenn es um die Analyse von Meinungen spezifischer Zielgruppen zu konkreten Stimuli geht [und] (...) kommen häufig zum Einsatz, wenn es darauf ankommt, eine Forschungsfrage zielgruppengerecht, praxisnah, anschaulich und ressourcenschonend zu untersuchen. (Schulz/Mack/Renn 2012: 7)

Fokusgruppen sind demnach von ModeratorInnen geleitete Gruppendiskussionen, die eingesetzt werden um Themenbereiche qualitativ und ohne großen finanziellen Aufwand erforschen zu können.

Im Vorfeld der Fokusgruppeninterviews erstellten wir einen Leitfaden als Stimuli und Rahmen für die Diskussion, der auch zugleich die Forschungsdimensionen abdecken sollte. Zudem wurde ein Kurzfragebogen erstellt, der dazu beitragen sollte, allgemeine Daten, sowie das politische Interesse der InterviewteilnehmerInnen zu erheben. Für den Leitfaden wurden offene Fragen, für den Kurzfragebogen geschlossene und halb offene Fragestellungen gewählt. Im nächsten Schritt ging es darum, die zeitlichen und örtlichen Möglichkeiten zu bestimmen. Es mussten wichtige Fragen geklärt werden, beispielsweise wo, wann und wie viele Interviews durchgeführt werden sollten.

Anschließend war es nötig TeilnehmerInnen zu akquirieren und zu den Interviews einzuladen. Die Kontaktaufnahme erfolgte im Schneeballprinzip via Social Media (Facebook) und mithilfe persönlicher Kontakte. Die Suche nach freiwilligen InterviewteilnehmerInnen stellte sich jedoch als schwierig heraus. Vor allem wurde uns schnell klar, dass männliche Teilnehmer bei der Themenstellung eher bereit waren an einem Interview teilzunehmen als weibliche Teilnehmerinnen.

Fokusgruppeninterviews

Der allgemeine Ablauf eines Fokusgruppeninterviews bestand aus einer kurzen Vorstellung und Einleitung über das Thema, dem Ausfüllen des Kurzfragebogens und dem Interview selbst. Anschließend wurden die Interviews von den Moderatoren transkribiert und inhaltsanalytisch nach Lamnek (2010: 366-369) ausgewertet.

Zu Beginn der Fokusgruppeninterviews wurden die TeilnehmerInnen gebeten, den Kurzfragebogen auszufüllen. Hier wurden soziodemografische Daten u.a. Studienrichtung, Berufstätigkeit neben dem Studium sowie mit einer ordinal-skalierten Fragebatterie das politische Verständnis und Interesse erhoben.

Die quantitative Auswertung des Kurzfragebogens zeigt folgende Ergebnisse: Insgesamt wurden 23 Studierende der Johannes Kepler Universität Linz befragt, wovon sieben Teilnehmerinnen weiblich und 16 Teilnehmer männlich waren. 18 studieren an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, fünf an der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät und keine der TeilnehmerInnen an der Rechtswissenschaftlichen. 18 der 23 Befragten waren römisch-katholisch, fünf ohne Bekenntnis. Was die höchste abgeschlossene Ausbildung betrifft, haben 22 Personen die Matura und eine Person einen Lehrabschluss. Zehn Personen sind neben dem Studium nicht berufstätig, elf arbeiten weniger als 20 Stunden und zwei mehr als 20 Stunden in der Woche. Das Durchschnittsalter der befragten Studierenden beläuft sich auf 23 Jahre, wobei die jüngste Teilnehmerin 20 Jahre und der älteste Teilnehmer 25 Jahre alt waren. Die durchschnittliche Studiendauer der Studierenden beläuft sich auf fünf Semester. Die kürzeste beträgt zwei Semester, die längste Studiendauer wurde mit zehn Semester angegeben. Alle Befragten sind österreichische StaatsbürgerInnen und haben schon mindestens einmal gewählt.

Die zusätzlichen Kurzfragen zum Politikverständnis wurden mithilfe einer ordinal-skalierten Fragebatterie erhoben. Dabei standen bei jeder Frage fünf Antwortmöglichkeiten zur Auswahl: „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme gar nicht zu“ und „weiß nicht“. Zur besseren Veranschaulichung der in Tabelle 2 dargestellten Ergebnisse wurden die Kategorien „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ zu „Positiv“-Aussagen (+; bejahend) und die Kategorien „stimme eher nicht zu“ und „stimme gar nicht zu“ zu „Negativ“-Aussagen (-; verneinend) zusammengefasst. Um ein klares Bild der Resultate zu erhalten, wurden die „weiß nicht“-Aussagen bei der Darstellung nicht angegeben, daher ergeben sich in manchen Fällen nicht 100 Prozent.

Statements	+	-
Ich interessiere mich für Politik.	61 %	39 %
Ich informiere mich regelmäßig über Politik.	52 %	48 %
Ich gehe regelmäßig wählen.	78 %	22 %
Ich bin mit der genossenen Politischen Bildung zufrieden.	43 %	57 %
Ich finde, dass die PolitikerInnen gute Arbeit leisten.*	43 %	52 %
Ich bin mit der österreichischen Bundespolitik zufrieden.*	43 %	52 %
Jugendthemen werden ausreichend von der Politik behandelt.*	17 %	65 %
Ich weiß genug über Politik Bescheid.*	74 %	13 %
Jugendliche interessieren sich für Politik und politische Themen.*	22 %	70 %
Direkte demokratische Elemente wie z.B. Volksabstimmungen oder Volksbefragungen erhöhen das politische Interesse der Jugendlichen.*	74 %	22 %
Wie beurteilst du die politischen Bildungsangebote für die Jugend in Österreich? [diese Frage wurde mit Schulnoten von 1 „Sehr Gut“ bis 5 „Nicht Genügend“ beantwortet. Die Noten „Sehr Gut“ und „Gut“ wurden hier zu „+“ (Positiv) zusammengefasst und die Noten „Befriedigend“, „Genügend“ und „Nicht Genügend“ zu „-“ (Negativ) zusammengefügt]	9 %	91 %

* Rest auf 100 % = keine Angabe („weiß nicht“-Angaben)

Tabelle 2: zusätzliche Kurzfragen zum Politikverständnis

Die Auswertung der Kurzfragen zum Politikverständnis zeigt, dass sich die Befragten in den Fokusgruppen mehrheitlich für Politik interessieren, wählen gehen, von sich selbst der

Fokusgruppeninterviews

Meinung sind, dass sie genug über Politik Bescheid wissen, und die Studierenden davon überzeugt sind, dass das Einsetzen von direkten demokratischen Elementen das politische Interesse erhöht. Ersichtlich ist aber auch, dass der Großteil mit der bisher genossenen politischen Bildung nicht zufrieden ist, dass Jugendthemen nicht ausreichend von der Politik behandelt werden, und dass sich Jugendliche daher nicht für Politik und politische Themen interessieren und die Befragten zudem das politische Bildungsangebot für die Jugend in Österreich als nicht ausreichend befinden. Diese Ergebnisse könnten auch dadurch beeinflusst worden sein, dass die ProbandInnen als besonders politisch interessiert einzustufen sind, da sie sich freiwillig für das Interview meldeten.

Der Interviewleitfaden beinhaltet die fünf Forschungsdimensionen des Gesamtprojektes. Dabei wurden Themen, wie ein allgemeines Verständnis von Politik (1. Dimension: Wahrnehmung der Politik – Ist-Erhebung), Wünsche an politische AkteurInnen bezogen auf die eigene Lebenswelt (2. Dimension: Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik – Soll-Erhebung) und die gesamtgesellschaftliche Sichtweise (3. Dimension: Prioritäre Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik – Soll- Erhebung) abgefragt, sowie etwaige Diskrepanzen (5. Dimension: Diskrepanz oder Übereinstimmung – Ist-Soll-Vergleich) erhoben. In weiterer Folge wurden Verbesserungsvorschläge für die Erhöhung der politischen Partizipation von jungen Erwachsenen (4. Dimension: Gewünschte Veränderungen in der Politik – explizit die Wünsche – Soll-Erhebung) diskutiert.

Es wurden insgesamt fünf Fokusgruppeninterviews durchgeführt, wobei vier Interviews zufällige Gruppen und ein Interview eine natürliche Gruppe repräsentiert. Die Fokusgruppen wurden in den Interviews immer abwechselnd von Mitgliedern unseres Projektteams moderiert. Zwei unserer Interviews wurden in Räumlichkeiten an der Johannes Kepler Universität durchgeführt. Die restlichen drei Interviews wurden im WIST Heim, einem StudentInnenwohnheim der JKU in unmittelbarer Nähe zur Universität, durchgeführt.

Fokusgruppe	Interviewdatum	Teilnehmerinnen	Teilnehmer	JüngsteR TN	ÄltesteR TN	Interviewort	Interviewdauer	vertretene Studienrichtungen
1	13.06.2013	1	4	23	25	JKU	57 Minuten	Kunststofftechnik, WiWi, Soziologie, SozWi
2*	15.10.2013	0	3	21	25	JKU	45 Minuten	WiWi
3	16.10.2013	2	3	20	25	WIST Heim	34 Minuten	WIN, Soziologie, Mechatronik, WiWi, Informatik
4	17.10.2013	2	3	20	25	WIST Heim	40 Minuten	WiPäd, SozWi
5	18.10.2013	2	3	20	25	WIST Heim	36 Minuten	SozWi, Soziologie

*natürliche Gruppe

Tabelle 3: Übersicht der Fokusgruppeninterviews

Das längste Interview dauerte 57 Minuten, das kürzeste 34 Minuten. Die Interviews dauerten durchschnittlich 42 Minuten und wurden anschließend vom Projektteam ausgewertet. Dabei wurde die qualitative Auswertung nach Lamnek angewendet. Diese sieht im Wesentlichen vier Phasen vor: Transkription, Einzelanalyse, generalisierende Analyse und Kontrollphase. Bei der Transkription wird das aufgenommene Material abgetippt und mithilfe der Aufnahmen nochmals Korrektur gelesen um Widersprüche und Unstimmigkeiten zu beseitigen. Danach erfolgt die Einzelanalyse, bei der auch unwichtige Stellen entfernt und zentrale Passagen hervorgehoben werden, um am Ende einen gekürzten und prägnanten Text zu bekommen, der die aussagekräftigsten Stellen enthält. Bei der generalisierenden Analyse versucht man die einzelnen Interviews thematisch und strukturell miteinander zu verknüpfen um Gemeinsamkeiten und Differenzen herauszuarbeiten. Die Kontrollphase soll sicherstellen, dass bei der Reduktion und Interpretation des Textes keine Fehler gemacht wurden (Lamnek

Fokusgruppeninterviews

2010: 367- 369). Die Kernaussagen wurden in einem von uns erstellten Codeplan, einen Auswertungsraster, eingetragen und ausgewertet. Die detaillierten Ergebnisse aus der Fokusgruppenbefragung werden nun in der Folge unserer fünf Dimensionen dargestellt.

4.2 Ergebnisse

4.2.1 *Wahrnehmung der Politik*

Zu Beginn der Interviews wurden die Studierenden zu ihrem allgemeinen Eindruck bezüglich Politik befragt. Dabei zeigte sich, dass die Reputation von Politik im Allgemeinen und von PolitikerInnen im Speziellen beeinträchtigt ist. Vor allem betonten die StudentInnen, ihnen fehle das nötige Vertrauen in die Politik. Als Beispiele wurden unter anderem genannt, dass PolitikerInnen und Parteien nur in Legislaturperioden denken würden (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 7) und dabei den Fokus auf die Zukunft aus dem Auge verlieren (ebd.: 6). Die fehlende Weitsicht spiegle sich vor allem in Bezug auf das Sozialsystem wider. Hier würde ein zu kurzfristiges Denken unserer PolitikerInnen dazu führen, dass das Sozialsystem nicht nachhaltig reformiert, sondern ausschließlich für die aktuelle Legislaturperiode „fit“ gemacht würde (ebd.). Eine Interviewpartnerin vermutete, dass die Wahlergebnisse und insbesondere die niedrige Wahlbeteiligung die politische Unzufriedenheit in Österreich reflektiere und als „Denkzettel“ für die Arbeit der großen Parteien zu interpretieren sei (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 5).

Die veränderte Parteienlandschaft brachte ambivalente Meinungen hervor. Positiv hervorgehoben wurde das verbreiterte Parteienspektrum, das mehr Wahlmöglichkeiten biete (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 4). Jedoch bestand unter den Gesprächspartnern eine Verdrossenheit bezüglich der Wahloptionen (ebd.; Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 2). Ein Proband meinte, er wähle eine Partei nicht mehr aufgrund der geleisteten Arbeit, sondern er entscheide sich beim Wahlgang eher für jene Partei, die für ihn das vermeintlich geringere Übel darstelle (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 11). Ein allgemeiner Eindruck von der Politik, der sich seit der letzten Wahl manifestiert zu haben scheint, ist die vernachlässigte Behandlung der Jugendlichen (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 3). Wie ein Interviewteilnehmer betonte, glaube er „die Großparteien haben sich auf ihrem Polster ausgeruht“ (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 3) und es nicht geschafft, Jugendliche als potentielle WählerInnengruppe anzusprechen.

Ein zusammenfassender Eindruck von der momentanen politischen Situation zeigt ein tendenziell negatives Bild. Politik wurde in den Interviews oft mit Korruption, Unehrllichkeit, fehlendem moralischen Verhalten, Streitigkeiten und „Freunderlwirtschaft“ assoziiert

(Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 9f; Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 4; Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 9).

In weiterer Folge wollten wir von unseren InterviewpartnerInnen wissen, was sie unter Politik verstehen. Häufig assoziierten sie mit Politik Begriffe wie politische Parteien (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 4; Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 4; Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 4), Macht (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 2; Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 5), Partizipation der BürgerInnen und Demokratie (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 2). Parteien, so eine Einschätzung der befragten Personen, verfügen über politische Macht in Form der Gesetzgebung im Nationalrat (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 4) und der Ermöglichung von sozialer Stabilität (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 3). Gemeint war hier, dass die Parteien eine zentrale Gestaltungsmacht innehaben, die sie dazu nutzen sollen um für soziale Stabilität in der Gesellschaft zu sorgen. Die Partizipation der BürgerInnen und das Demokratieverständnis bezogen sich auf eine aktive Mitgestaltungsmöglichkeit z.B. der Teilnahme an Diskussionen, Befragungen und Interviews (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 2). Darunter wurde ebenso die moralische Verpflichtung verstanden, das Wahlrecht in Anspruch zu nehmen (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 4). Mit dem Politikbegriff wurde ebenfalls Regionalpolitik, vor allem die Tätigkeit des Bürgermeisters oder ortsansässiger Jugendgruppen verstanden (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 5).

Das politische Interesse der interviewten Personen ist als sehr unterschiedlich zu beurteilen. Einige InterviewteilnehmerInnen äußerten wenig politisches Interesse, andere wiederum zeigten sich politisch sehr interessiert. Hier ist eine interessante Diskrepanz auffällig, nämlich, dass die Befragten in den Kurzfragebögen ihr politisches Interesse mit 61 Prozent Zustimmung stärker betonten, als dies in den Interviews der Fall war.

In den Interviews wurde die Befürchtung angesprochen, dass sich viele potentielle WählerInnen nicht mit politischen Inhalten auseinandersetzen würden und das politische Interesse generell zu gering sei (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 14). Es sei auch anzunehmen, dass je geringer die politische Bildung einer Person ist, umso geringer auch das politische Interesse ist (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 11). Ein Teilnehmer meinte, ein Lösungsansatz, um das gesellschaftliche Desinteresse an der Politik zu verringern, würde in der verständlicheren Vermittlung von politischen Themen bzw. Inhalten zu finden sein (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 4).

In der Analyse der Interviews zeigte sich, dass verschiedene Partizipationsmöglichkeiten, wie das Miteinbeziehen der Wahlberechtigten durch Volksabstimmungen, positiv

Fokusgruppeninterviews

wahrgenommen werden. Im Allgemeinen wurde von den InterviewpartnerInnen die in Österreich vorherrschende Demokratieform geschätzt und als wichtig eingestuft (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 2; Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 4). Von den InterviewteilnehmerInnen wurde mehrmals das Wahlalter diskutiert. Hier wurde von den befragten Studierenden auch häufig in Frage gestellt, ob die politische Bildung sowie das Interesse an Politik mit 16 Jahren ausreichen würde um wählen zu dürfen (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 18; Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 17; Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 12f). Der Sachverhalt um jugendpolitische Themen in Verbindung mit dem Wahlalter wurde kontrovers diskutiert. Einerseits wurde in den Interviews der Wunsch nach der stärkeren Wahrnehmung der Jugend in der Politik und die Förderung einer jugendpolitischen Thematik gefordert, andererseits wurde das Wahlalter von einem Großteil der InterviewteilnehmerInnen ohnehin als zu niedrig eingestuft (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 17; Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 13).

4.2.2 Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik

Dieser Abschnitt ist in drei Themenbereiche gegliedert: gewünschte Themen, die von der Politik behandelt werden sollten, Wünsche an die Politik in Bezug auf die eigene Lebenswelt und Wünsche in Bezug auf die politische Partizipation. Dabei wurden vermehrt die Themen Transparenz, Freiheit, Sicherheit, politische Bildung und der Sozialstaat angesprochen. Außerdem wurden eine Erhöhung des Wahlalters und der Wunsch nach mehr direkter Demokratie diskutiert.

Häufig wurde in den Interviews der Wunsch nach mehr Transparenz geäußert, wobei es hier unter den InterviewteilnehmerInnen verschiedene Begriffsauffassungen gab. Ein Teilnehmer setzte Transparenz mit Kontrolle und Veröffentlichungen von Daten gleich und forderte, dass PolitikerInnen ihr Gehalt öffentlich preisgeben und ihre politischen Aufgabenbereiche klarer und präziser skizzieren sollten (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 6f.). In anderen Fokusgruppeninterviews wurde Transparenz fälschlicherweise mit nicht eingehaltenen Wahlversprechen assoziiert und damit mit dem Themenbereich „Ehrlichkeit“ verwechselt (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 6; Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 6). Transparenz wurde oftmals im Zusammenhang mit Korruption und „Freunderlwirtschaft“ erwähnt, womit der Wunsch geäußert wurde, Politik solle sich vermehrt der Korruptionsbekämpfung widmen (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 7; Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 9; Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 6).

Im Folgenden wurde auch der Wunsch nach Sicherheit und Freiheit geäußert. Unter Sicherheit wurde von unseren InterviewteilnehmerInnen der Schutz des Individuums vor

äußerlichen Gewalteinwirkungen verstanden. Der Wunsch an die PolitikerInnen war, dass sie vehementer gegen Kriminalität und organisierte kriminellen Banden aus dem Ausland vorgehen sollten (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 8). Politik solle demnach Schutz vor kriminellen Machenschaften bieten. Beim Thema Freiheit wurde insbesondere die NSA-Spionageaffäre aufgegriffen. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch laut, dass die Politik die Aufgabe habe, die Privatsphäre der BürgerInnen und somit die Grundrechte der eigenen Bevölkerung zu beschützen und zu verteidigen (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 4).

Der Wunsch nach mehr politischer Bildung war in allen Fokusgruppen vorhanden. Besonders das gering erscheinende Angebot an politischer Bildung wurde kritisiert. Dabei bildeten sich zwei Gruppen heraus. Einerseits TeilnehmerInnen, die betonten ausreichend politische Bildung genossen zu haben: „Für mich ist die politische Bildung ausreichend, da ich eine Schule besuchte, wo politische Bildung einen hohen Stellenwert hatte (...)“ (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 12). Andererseits bemerkte die Mehrheit der ProbandInnen, dass die politische Bildung ausbaufähig (ebd.) bzw. sogar unzureichend wäre: „Politische Bildung finde ich noch zu wenig (...)“ (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 12). Der Grundkonsens in den Interviews war, dass der Wunsch nach mehr politischer Bildung generell vorhanden ist, diesem aber aufgrund des veralteten Lehrplans nicht nachgegangen werden könne. Daher kam der Wunsch auf, dass der Lehrplan aktueller gestaltet werden sollte, um dem Bedürfnis nach mehr politischer Bildung in den Schulen Rechnung zu tragen (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 19; Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 7ff.).

Ein weiteres Thema war der Sozialstaat. Grundsätzlich konstatierten unsere GesprächsteilnehmerInnen, dass sich der österreichische Sozialstaat auf einem weltweit sehr hohen Standard befindet. Jedoch existiere, laut unseren InterviewteilnehmerInnen, die Angst, dass sich dieser in Zukunft nicht mehr auf diesem hohen Niveau halten könne und in Folge Sozialleistungen sukzessive abgebaut würden (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 14). Dabei wurden zwei Beispiele, die vermeintliche Zwei-Klassen-Medizin und das Pensionssystem genannt. Die Zwei-Klassen-Medizin, darunter verstanden unsere InterviewteilnehmerInnen eine in Qualität unterschiedliche medizinische Versorgung abhängig von gesetzlicher oder privater Krankenversicherung, wurde kritisch hinterfragt und von den meisten TeilnehmerInnen entschieden abgelehnt. Es wird angenommen, dass hinter dieser Ablehnung die Befürchtung steckt, dass die medizinischen Ausgaben und Behandlungen in näherer Zukunft nicht mehr leistbar sein werden (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 8). Der Wunsch bzw. der Auftrag an die Politik sei daher in allen medizinischen Bereichen für soziale Fairness zu sorgen (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 7). Ein

Fokusgruppeninterviews

zusätzlich angesprochener Bereich des Sozialstaats waren die Pensionen. Hier wurde vor allem die Funktionsweise des Pensionssystems in Hinblick auf die demographischen Probleme und seine Glaubwürdigkeit hinterfragt (ebd.: 8). Ein Wunsch an die Politik ist ein funktionierendes Pensionssystem, also die Sicherstellung der Pensionen im Alter (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 5). Insgesamt kann man zusammenfassen, dass der Sozialstaat als positiv wahrgenommen wird, mit dem Wunsch die Sozialleistungen nach Möglichkeit weiter auszubauen.

Bei den Wünschen an die Politik in Bezug auf die eigene Lebenswelt wurden in erster Linie Studiengebühren genannt. Der Grundkonsens, der alle TeilnehmerInnen vereint, ist die Ansicht, dass Studiengebühren ökonomische Hürden schaffen, welche den Zugang zu einer Universität erschweren (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 9). Der Wunsch an die Politik wäre eine klare Positionierung zu den Studiengebühren und das Beenden von politischen Machtspielen über eine Wiedereinführung (ebd.: 8). Geht man nach der Meinung unserer InterviewpartnerInnen sollte Österreich auf Studiengebühren generell verzichten, um den freien Hochschulzugang für alle Schichten weiterhin ermöglichen zu können (ebd.: 8f). Im Zuge der Debatte um die Studiengebühren wurde oftmals die Familienbeihilfe erwähnt, sowie der Wunsch das Bezugsalter von Kindern bzw. Jugendlichen, die sich noch in Ausbildung befinden, zu erhöhen (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 8).

Ebenso kam ein individueller Wunsch der „Politiknähe“ zur Sprache. Gemeint ist damit, dass sich PolitikerInnen nicht nur vor Wahlen in der Öffentlichkeit sehen lassen sollten, sondern auch während der regulären Amtsperiode öfter die Nähe zu jenen BürgerInnen suchen sollen, die ihnen ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Als Beispiel wurden etwa regelmäßige Vorträge von PolitikerInnen auf Universitäten oder in Schulen genannt (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 9).

Bei den Wünschen in Bezug auf die Partizipation wurde oftmals das aktuelle Wahlalter angesprochen. Der allgemeine Wunsch tendiert dahin, das Wahlalter wieder auf 18 Jahre zu erhöhen (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 20; Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 17), da man mit 16 Jahren noch zu wenig politischen Erfahrungsschatz besitzt, um eine fundierte Wahlentscheidung zu treffen (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 20). Ein weiteres Bedürfnis in Bezug auf Partizipation ist das vermehrte Anwenden von direktdemokratischen Elementen. Die befragten Studierenden vertraten die Meinung, dass die allgemeine politische Partizipation durch den vermehrten Einsatz von Formen der direkten Demokratie, wie zum Beispiel Volksabstimmungen, erhöht werden könne. Dies könnte zu einem Umdenken in der Bevölkerung führen, da dadurch alle BürgerInnen die Möglichkeit erhalten würden, persönliche Meinung bei politischen Fragestellungen zu

vertreten (ebd.: 2). Als Beispiel gab eine Teilnehmerin an, „dass „der Tagesablauf und die Agenda fürs Parlament über ein Internet Voting entschieden werden“ (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 9) könnte. Daraus lässt sich der allgemeine Wunsch nach mehr direkter Demokratie ableiten.

4.2.3 Prioritäre Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik

Die prioritären Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Bezug auf die Politik beschränkten sich auf gesellschaftliche Themen, die behandelt werden sollten. Das erste wichtige Thema, das in den Interviews angesprochen wurde, war erneut das der Bildung. Hier wurde abermals ein allgemeiner Fokus auf die Studiengebühren gelegt. Ähnlich wie in den Meinungen auf der persönlichen Ebene, war die Ansicht vorherrschend, dass keine Studiengebühren eingehoben werden sollen. Jedem Mitglied der Gesellschaft müsse der freie Zugang zu einer Hochschule zustehen, Bildung dürfe nicht selektiv wirken (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 9).

Das zweite große Anliegen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene waren die, ebenso auf individueller Ebene bereits diskutierten, Sozialleistungen in Form des Gesundheits- und Pensionssystems. Beim Gesundheitssystem müssten soziale Fairness und Solidarität die oberste Maxime sein, um allen BürgerInnen eine gerechte gesundheitliche Versorgung bieten zu können (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 7). Bei den Pensionen keimte die Befürchtung auf, dass das Pensionssystem in Zukunft nur mehr schwer finanzierbar sein würde, da ein Ungleichgewicht zwischen einzahlenden BürgerInnen und PensionsempfängerInnen herrsche. In diesem Kontext wurde bemerkt, dass auf eine PensionseinzahlerIn sechs PensionsempfängerInnen kämen (ebd.). Die Konsequenz daraus sei, dass junge Erwachsene befürchten im Alter keine oder nur mehr eine sehr geringe Pension zu erhalten, also in die „Pensionsfalle“ zu tappen, mit der ein Leben nur schwer zu finanzieren sei.

Eine heikle und intensiv diskutierte Angelegenheit stellte das Thema Wirtschaftskrise dar. So wurde kritisiert, dass das Thema zwar immer in den Medien vorkomme, jedoch die Hintergründe und die Ursachen ihrer Meinung nach nicht ausreichend und verständlich erklärt werden (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 8). Die Studierenden wünschten sich in diesem Zusammenhang mehr professionell ausgearbeitete Konzepte für die Überwindung der Krise, sowie eine bessere Vermittlung der erarbeiteten Inhalte. In diesem Kontext wurde zudem die Arbeitsplatzsicherheit erörtert. Die Angst von jungen Erwachsenen ihren Arbeitsplatz zu verlieren ist angesichts der Horrorszenarien aus Spanien oder Griechenland allgegenwärtig (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 5).

Fokusgruppeninterviews

Als wichtiges Thema auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wurde die Debatte über die Gleichberechtigung der Frau empfunden. Wie eine InterviewteilnehmerIn bemerkte: „Ich finde, es soll das Thema Gleichberechtigung noch mehr behandelt werden, da es noch immer so ist, dass Frauen trotz gleicher Ausbildung weniger verdienen als Männer“ (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 8). Angesprochen wurde hierbei der „Gender-Gap“, also die Einkommensunterschiede zwischen Mann und Frau und die offensichtliche Ungerechtigkeit, dass Männer und Frauen bei gleicher Qualifikation für dieselbe Arbeit nach wie vor unterschiedlich viel verdienen. Im Zuge dieses Themas wurde ebenso die geforderte Gleichstellung von Menschen mit Behinderung aufgegriffen, und gleichzeitig bemängelt, dass diesen auf politischer Ebene zu wenig Beachtung zu Teil wird (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 5). Die ProbandInnen wünschten sich hier eine bessere Vertretung für Menschen mit Beeinträchtigungen auf politischer Ebene.

4.2.4 Gewünschte Veränderungen in der Politik – explizit die Wünsche

Die InterviewteilnehmerInnen wurden nach ihren Wünschen gefragt, was sich in der Politik ändern sollte. In diesem Abschnitt werden die gewünschten Veränderungen, die die Fokusgruppen an die politischen AkteurInnen, an die Sozialisierungs- bzw. Bildungsinstitutionen, an die politischen Inhalte, Prozesse und Regeln bzw. an die Medien richteten deskriptiv dargestellt. Die InterviewpartnerInnen haben hohe Ansprüche an das moralische Verhalten der PolitikerInnen. Gewünschte Charakteristika, die politische AkteurInnen mitbringen sollten, sind demnach Verantwortungsbewusstsein, Ehrlichkeit (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 10) und Authentizität (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 9). Hier wurden folgende Aussagen getätigt: PolitikerInnen sollten die von den WählerInnen übertragene Verantwortung gewissenhaft behandeln. Dabei sollten sie ehrlich sein und nichts verschweigen. Ebenso sollten sie während ihrer politischen Tätigkeit authentisch sein, sich also nicht verstellen.

In weiterer Folge wünschten sich die InterviewpartnerInnen, dass die PolitikerInnen starke (ebd.) und vertrauenswürdige (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 10) Persönlichkeiten sein sollten, die die Courage haben Meinungen konträr der Parteilinie zu vertreten (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 12). In diesem Zusammenhang wurde vermutet, dass die Entscheidungen durch „die starke Orientierung am Parteiprogramm“ beeinflusst werden (ebd.: 11f). Hier ist anzumerken, dass die InterviewteilnehmerInnen wohl den im Nationalrat selbstauferlegten „Klubzwang“ meinten, der ihrer Meinung nach aufgegeben werden sollte. Der Ruf nach einer „starken und vertrauenswürdigen Persönlichkeit“ bedeutet, dass sich die ProbandInnen PolitikerInnen mit autoritären Zügen und Durchsetzungsvermögen wünschen. PolitikerInnen sollten ihre Meinung glaubhaft argumentieren und diese auch vertreten können, sowie im Stande sein, diese umzusetzen.

Zudem wurde die selbstreflexive Kritikfähigkeit der PolitikerInnen angesprochen und gemeint sie sollten zudem den Mut haben begangene Fehler zugeben zu können (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 10) und bei strafrechtlich relevanten Delikten von ihrer Amtstätigkeit zurücktreten (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 9).

Mehrmals wurde in den Interviews eingefordert, dass sich PolitikerInnen „bürgernäher“ präsentieren sollen (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 8f; Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 9), wie dies auch schon in den Wünschen in Bezug auf die eigene Lebenswelt erörtert worden ist. Hier war gemeint, dass die PolitikerInnen versuchen sollten den BürgerInnen einen persönlichen Zugang zu ermöglichen und sie z.B. während ihrer Amtszeit öfters aufsuchen. Diese Bürgernähe, so ein Wunsch, sollte nicht nur auf die Wahlkampfzeit beziehen, oder auf Wahlkampfveranstaltungen stattfinden (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 9). Als konkretes Beispiel wurden PolitikerInnenbesuche an den Universitäten genannt (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 8). Ebenso wurde von den InterviewpartnerInnen die fehlende politische Nähe zu den Jugendlichen bemängelt (ebd.: 10) und angemerkt, dass sich PolitikerInnen mehr mit den jungen Erwachsenen auseinandersetzen sollten. Es müssten dabei mehr, für diese Zielgruppe interessante, Themen behandelt werden. Dazu wurden etwa Vergünstigungen für StudentInnen genannt (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 11f).

In weiterer Folge wurden die Art und Weise der (Re-)Präsentation und die rhetorischen bzw. fachlichen Fähigkeiten von PolitikerInnen angesprochen. Eine Aufforderung an die PolitikerInnen war, dass auf eine Frage auch eine konkrete Antwort gegeben und nicht einfach „abgeschweift“ wird (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 13). Insbesondere wurde von den InterviewpartnerInnen eine bessere politische Alltagskultur gefordert. Besonders der Umgang zwischen den Parteien sollte von mehr Zusammenarbeit und weniger Streit geprägt sein, sodass eine gemeinsame konstruktive Arbeitsweise möglich ist (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 9). Die über die Medien transportierten Konflikte zwischen den Parteien wurden hier kritisiert. Allerdings verstanden die InterviewteilnehmerInnen in diesem Kontext ein zentrales Element der Politik nicht, nämlich, dass der Ausgleich der Interessen auch zu Konflikten führen kann. Junge StudentInnen sehen sich nicht ausreichend in den politischen Institutionen repräsentiert. So wird kritisiert, dass zu viele ältere PolitikerInnen im Parlament sitzen und man die Dynamik der parlamentarischen Arbeit durch mehr jüngere VertreterInnen erhöhen könnte (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 13; Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 10). Dies wäre nach Ansicht unserer InterviewteilnehmerInnen ein möglicher Ansatz um die politische Kultur im Parlament zu verbessern.

Fokusgruppeninterviews

Generell wurde gefordert, dass es an der Zeit wäre, wieder mehr "Politik" für den Staat und nicht für die Partei (Fokusgruppeninterview 2, 15.10.2013: 12) zu machen und diese mit einer möglichst transparenten Arbeitsweise umzusetzen (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 10). Gemeint ist damit, dass man bei der Umsetzung von wichtigen Ideen für das Land die partikulären Parteieninteressen im Hintergrund halten sollte. Entscheidungen sollen nicht hinter geschlossenen Türen gefällt werden, sie sollen transparent sein und wahrheitsgetreu präsentiert werden. Eine solche Arbeitsweise wurde als Lösungsalternative für Korruption, „Parteifreunderwirtschaft“ und fehlendes Verständnis für Politik angesprochen. Zudem wurde der Wunsch geäußert, PolitikerInnen mögen längerfristig denken und nicht nur in Legislaturperioden (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 10). Es müsse eine klare Vision definiert werden, wie sie die politische Situation in ihrer Amtszeit verändern wollen (ebd.: 11). Für jede Legislaturperiode wird von der Koalition ein Regierungsprogramm erstellt, aber es scheint als ob das Regierungsprogramm nicht in den Köpfen der Menschen ist. Das könnte wohl auch daran liegen, dass es in den Medien kaum präsent ist und viele darin enthaltenen Versprechungen und Vorhaben dann auch im politischen Alltag diskutiert werden und Umsetzung finden.

In der Diskussion wurde der Wunsch geäußert, in der Politik sollte „Freunderwirtschaft“ verboten werden. Ein Interviewteilnehmer brachte das Beispiel, dass sich PolitikerInnen aus der Jobbeschaffung (konkretes Vergeben von Stellen) komplett raushalten sollten (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 10). Im Zuge dessen wurde abermals das Thema Transparenz und das moralische, sowie gesetzeskonforme Verhalten der PolitikerInnen angesprochen. Als weitere gewünschte Veränderung im Rahmen des Politikbetriebes wurde eine bessere Aufklärung und Verhinderung von Korruptionsfällen genannt (ebd.: 9). Hier wurden unter anderem die zahlreichen Nebenverdienstmöglichkeiten der PolitikerInnen angesprochen und die wahrgenommene Verflechtung der PolitikerInnen mit der Wirtschaft angeführt. Kritisiert wurde, dass PolitikerInnen neben der Politik, in Aufsichtsräten oder Interessengruppen tätig sind, da dies zu Korruption führen könne (ebd.). Als expliziter Wunsch an die politischen AkteurInnen wurde dabei ein Beschäftigungsverbot abseits der Politik genannt, die FokusgruppenteilnehmerInnen glauben damit können Interessenskonflikte vermieden werden (ebd.: 11f). Außerdem soll mit dieser Maßnahme Korruption vorgebeugt werden. EinE PolitikerIn sollte sich vollständig der Politik verschreiben und nicht in Nebengeschäfte verwickelt sein.

Im Bereich der Sozialisierungs- und Bildungsinstitutionen wurde der Wunsch nach einer umfassenderen und ausgeweiteten politischen Bildung laut. Im Konkreten wurde gefordert, dass Inhalte wie die Parteigeschichte, das Parteiprogramm sowie Werte, Ansichten und die Ideologie dahinter analysiert und erörtert werden sollten (Fokusgruppeninterview 2,

15.10.2013: 18). Dies könnte beispielsweise durch in Politischer Bildung besonders ausgebildeter Personen („Politikbeauftragte“) an Schulen oder in öffentlichen Beratungsstellen bzw. Bildungseinrichtungen für Erwachsene geschehen (ebd.: 19).

Als wichtige Themen, die von der Politik unbedingt zu behandeln wären, wurden die Gleichberechtigung der Frau, Schaffung von Arbeitsplätzen (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 10), Sicherheit und Freiheit sowie der Datenschutz (Fokusgruppeninterview 3, 16.10.2013: 8) genannt. Die interviewten StudentInnen verlangten diesbezüglich von der Politik vermehrten Einsatz für die Gleichstellung der Frau, neue Arbeitsplätze, Schutz von Seiten der Exekutive und Schutz vor der Weitergabe persönlicher Daten an Dritte. Hinsichtlich der Verbesserung von politischen Beteiligungsprozessen (Partizipation) wurden ambivalente Meinungen geäußert. Es zeigte sich kein einheitliches Bild: Einerseits sollte es mehr direkte demokratische Elemente geben, um selbst mehr mitbestimmen zu können (Fokusgruppeninterview 5, 18.10.2013: 12), andererseits seien die vorhandenen demokratischen Elemente ausreichend, da man ja eine Partei wähle, damit man persönlich nicht bei jeder Entscheidung selbst abstimmen müsse (ebd.).

Als gewünschte Veränderung im Rahmen der politischen Inhalte, Prozesse und Regeln bzw. an die Medien wurde häufig eine für die WählerInnen verständlichere Kommunikation des politischen Geschehens gefordert (Fokusgruppeninterview 4, 17.10.2013: 10). Daher kam der Wunsch auf, die mediale Berichterstattung sollte ausführlichere und verständlicher aufbereitete Nachrichten präsentieren, also mehr über politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse veröffentlichen (Fokusgruppeninterview 1, 13.06.2013: 7). Hier wird deutlich, dass sich die InterviewpartnerInnen mehr politische Informationen wünschen, um eine bessere Nachvollziehbarkeit zu sichern. Das Interesse am politischen Tagesgeschehen sei, so ein Resümee aus den Interviews, sicher sehr groß. Dazu braucht es aber vorab auch politische Kompetenzen, konkret politische Bildung, um das politische System und die politischen Prozesse besser verstehen und ihnen somit folgen zu können (ebd.).

4.2.5 Zusammenfassung

Ziel der Fokusgruppeninterviews war es die Frage zu klären, welche Wünsche und Erwartungen StudentInnen an die Politik haben. Eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse der Interviews zeigt, dass ein bedeutendes Thema für die TeilnehmerInnen der Wunsch nach mehr Politiknähe war, also dass sich PolitikerInnen vermehrt in der Öffentlichkeit (Schulen, Universitäten) präsentieren. Ein weiterer Wunsch war, dass PolitikerInnen nach höheren Moralvorstellungen handeln sollten. Dieser Wunsch ist sichtbar durch die vielen genannten Schlagwörter wie zum Beispiel Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und Vertrauen. Weitere zentrale Themen waren der Wunsch

Fokusgruppeninterviews

nach mehr direkter Demokratie, nach dem Ausbau des Sozialstaates und nach mehr politischer Bildung.

Bei der Analyse der Interviews kann man den Schluss ziehen, dass österreichische StudentInnen sehr wohl an Politik interessiert sind, auch wenn mit dem Begriff Politik hauptsächlich Negatives konnotiert wird. Ein möglicher Grund dafür ist die Beeinflussung der Medien, da diese oftmals nur negative Schlagzeilen publizieren. Die Interviews zeigen, dass Politik ein emotionales Thema ist, bei dem alle FokusgruppenteilnehmerInnen hohe moralische Ansprüche an die politischen AkteurInnen stellen.

Vorschläge respektive Lösungsansätze um das politische Interesse von Jugendlichen bzw. StudentInnen zu erhöhen wären u.a. mehr BürgerInnennähe von Seiten der PolitikerInnen, mehr Transparenz in der parlamentarischen Arbeit, das Erarbeiten eines rechtlich verankerten Verhaltenskodex für die politischen AkteurInnen um den hohen Moralvorstellungen gerecht zu werden, sowie eine gründliche Revision des Lehrplans um mehr Elemente politischer Bildung zu implementieren.

5 Zusammenfassung und Fazit

Die nachstehende Zusammenfassung soll die im Bericht dargelegten Ergebnisse aus der Literatur mit den Ergebnissen aus ExpertInnenbefragungen und Fokusgruppen-Diskussionen gegenüberstellen. Im Besonderen sind die Wünsche und Einstellung der Jugendlichen relevant um dann abschließend weiterführende Handlungsoptionen für Veränderungen aufzeigen zu können.

5.1 Ergebnisse Dimension 1-4

Die nachstehende Tabelle (Tabelle 4) zeigt die Gegenüberstellung der wichtigsten Ergebnisse zur ersten Dimension, die die Wahrnehmung der Politik von Jugendlichen beschreibt. Sowohl die Literaturanalyse als auch die Ergebnisse der Fokusgruppen- und ExpertInneninterviews zeigen, dass vor allem der engere Politikbegriff bei den Jugendlichen wahrgenommen wird und somit mehr eine Parteiverdrossenheit als eine Politikverdrossenheit herrscht.

Literaturauswertung	ExpertInneninterviews	Fokusgruppeninterviews
drei Bereiche des Politikbegriffs: Institutionen, demokratisches System und Engagement	engerer und weiterer Politikbegriff	Politik= Parteien, Macht, Partizipation & Demokratie, Wahlrecht & Regionalpolitik
Demokratie = Teilnahme an Wahlen	nicht Politikverdrossenheit, sondern Parteiverdrossenheit	Vertrauen in Politik fehlt
Desinteresse aufgrund von Enttäuschung und Informationsdefizit	werden nicht verstanden/vertreten von PolitikerInnen	Vernachlässigung von Jugendthemen
Politik ≠ Erreichung persönlichen Ziele	„Starker Mann“ wird gewünscht ≠ Diktator	PolitikerInnen & Parteien denken in Legislaturperioden
Interesse abhängig von Alter & Bildungsgrad	stärkere Präsenz der neuen Medien (Facebook, Skype)	eher negatives Bild von Politik und PolitikerInnen

Tabelle 4: Ergebnisse 1. Dimension: Wahrnehmung der Politik

Zusammenfassung und Fazit

Die folgenden Ergebnisse zur zweiten und dritten Dimension, die die Wünsche auf der individuellen und gesellschaftlichen Ebene darstellen, zeigen, dass es seitens der Jugendlichen noch Wünsche und Erwartungen an die Politik gibt.

Literaturlauswertung	ExpertInneninterviews	Fokusgruppeninterviews
politische Themen der unmittelbaren Lebenswelt sind wichtig	Interesse ja, aber Mangel an wichtigen Themen	Politiknähe
großer Leistungsdruck und Unsicherheit	Bildungswesen, Arbeit, Existenzsicherheit aber auch Wohnen und Pensionen	Transparenz
mehr Mitsprache & Einbindung auf lokaler Ebene	Professionalisierung der politischen Bildung	mehr politische Bildung (an Schulen)
mehr Volksbefragungen und -abstimmungen	positiver Zugang zu Politik durch politische Bildung	Ausbau der Sozialleistungen
Hauptinformationsquelle der Jugendlichen sind Medien	Integration in Politik führt zu Partizipation	keine Studiengebühren

Tabelle 5: Ergebnisse 2. Dimension: Prioritäre Bedürfnisse auf der individuellen persönlichen Ebene in Richtung Politik

Tabelle 5 macht deutlich, dass bei allen drei Erhebungskategorien Beschäftigung mit Jugendthemen, die Miteinbeziehung von Jugendlichen und der Ausbau der politischen Bildung, die wesentlichen Kernthemen und Wünsche sind, die Jugendliche auf der persönlichen Ebene an die Politik haben.

Die vorliegenden Ergebnisse der 3. Dimension (Tabelle 6) zeigen, dass wie schon beschrieben, der engere Politikbegriff für Jugendliche relevant ist. So verschwimmt die gesellschaftliche Ebene bei den Wünschen mit denen der persönlichen Ebene. Es werden bevorzugt Wünsche geäußert die das engere Lebensumfeld betreffen.

Literaturauswertung	ExpertInneninterviews	Fokusgruppeninterviews
glaubhafte Strategien zur Zielumsetzung	keine bzw. wenige Gedanken über Aufbau des Staates	wollen Jugendthemen in Politik wieder finden
vorleben von Werten, die sie von sich selbst erwarten	andere Themenschwerpunkte als Erwachsene	verantwortungsbewusstere, ehrlichere PolitikerInnen
Gleichberechtigung und Integration	bei Erhalt des Wahlrechtes, starkes Interesse → sinkt im Verlauf – erst wenn Stabilität im Leben, steigt Interesse an Politik wieder	Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen im tagespolitischen Geschehen
jugendgerechtes Aufbereiten von Informationen		soziales und gerechtes Zusammenleben
Plattform für jugendspezifische Themen	keine konkreten Änderungswünsche	BürgerInnen, nicht Wirtschaft soll im Vordergrund stehen
nachhaltige Maßnahmen in der politischen Bildung	Wissen und Vertrauen in die Politik fehlt	

Tabelle 6: Ergebnisse 3. Dimension: Prioritäre Bedürfnisse auf der allgemeinen, gesellschaftlichen Ebene in Richtung Politik

Die expliziten Wünsche der Jugendlichen wurden im Zuge der ExpertInnen- und Fokusgruppeninterviews erhoben. Die Ergebnisse (Tabelle 7) zeigen, dass Jugendliche sehr klar Wünsche formulieren und diese konkret an die Politik richten.

ExpertInneninterviews	Fokusgruppeninterviews
Ernsthaftigkeit und Verlässlichkeit, mehr Direktheit & Klarheit, Authentizität & Ehrlichkeit	Verantwortungsbewusstsein & Ehrlichkeit, Authentizität & Glaubwürdigkeit, rhetorische und fachliche Fähigkeiten = starke Persönlichkeit
jüngere PolitikerInnen zur Verbesserung der Kommunikation	Bürgernähe (nicht nur vor Wahlen)
politische Bildung fördern, damit Interesse steigt und Wünsche artikuliert werden können	Gleichberechtigung, Arbeitsplätze, Sicherheit, Freiheit gegen „Freunderlwirtschaft“ & Korruption
Schul- und Jugendparlament, um Politik spannend und sinnvoll zu lehren	Beschäftigungsverbot für PolitikerInnen in Wirtschaft
kritische informative Berichterstattung der Medien fehlt, aber Angst & Unzufriedenheit durch negative Berichterstattung	ausführlichere, verständlichere und besser aufbereitete mediale Berichterstattung über politische Ereignisse

Tabelle 7: Ergebnisse 4. Dimension: Gewünschte Veränderungen in der Politik – explizit die Wünsche

5.2 Ergebnisse Dimension 5: Soll-Ist-Vergleich

Anhand der vorliegenden Ergebnisse lassen sich im Wesentlichen drei zentrale Wünsche hervorheben (Kapitel 5.2.1-5.2.3), die sowohl bei der Literatur als auch bei den Fokusgruppen- und ExpertInneninterviews dominant sind.

5.2.1 Wünsche an die Person „PolitikerIn“

Die befragten ExpertInnen sind sich dahingehend einig, dass ein Umdenken bei den verantwortlichen PolitikerInnen stattfinden muss. Jugendliche müssen und wollen, wie auch

in der Literatur angeführt wird, ernst genommen werden. Markus Burgstaller und Franz Fallend sind sich mit Marlene Lentner einig, dass PolitikerInnen in den Vorstellungen der Jugendlichen mehr Authentizität, Ernsthaftigkeit und Ehrlichkeit an den Tag legen müssen als bisher. Dies deckt sich auch mit den Befragungen der Fokusgruppen, wobei die Befragten noch Verantwortungsbewusstsein von den PolitikerInnen einfordern. Zusätzlich werden verstärkt Eigenschaften wie Durchsetzungsvermögen und Führungsverantwortung als wichtige Merkmale genannt, welche Jugendliche von PolitikerInnen erwarten. Der Ruf nach der starken Frau bzw. dem starken Mann mit Ecken und Kanten wird immer lauter. Sowohl Bernhard Heinzlmaier und Philipp Ikrath als auch Peter Filzmaier und Cornelia Klepp bestätigen dies in ihren Forschungen. Heinzlmaier und Ikrath (2011: 115) ergänzen ihre Aussage noch mit dem Hinweis, dass zwar PolitikerInnen geschätzt werden, die klar und deutlich ohne Rücksicht auf persönliche Verluste ihre Meinung äußern, PolitikerInnen die stilllose und populistische Aussagen tätigen werden aber von den Jugendlichen abgelehnt. In den Fokusgruppen wurde zudem gefordert, dass PolitikerInnen zu ihren Fehlern stehen und auch Konsequenzen aus ihrem politischen Handeln ziehen sollen. Dies ist auch deshalb nachvollziehbar, da, wie Lentner bereits ausführte, Jugendliche jene Maßstäbe die für sie in Beruf und Schule gelten auch auf PolitikerInnen anwenden und von diesen einfordern.

Widersprüchlich zur Literatur ist die Aussage von Beate Großegger, dass Jugendliche weitgehend aufgehört haben sich etwas von der Politik zu wünschen. Aus den Fokusgruppeninterviews sind durchaus Wünsche der Jugendlichen ableitbar bzw. werden explizit genannt. Vermutet wird, dass diese aber nicht mehr kommuniziert werden, da eine gewisse Ohnmacht bei den Jugendlichen da ist Veränderungen herbeizuführen. Werden Wünsche wie in den Fokusgruppenbefragungen dann doch kommuniziert, sind diese äußerst fundiert und lassen auf eine starke Informiertheit der Jugendlichen schließen. So wurde beispielsweise die öffentlich geführte Diskussion über zusätzliche Politikergehälter von den Jugendlichen aktiv wahrgenommen. Ein derartiger Wunsch wie, ein Beschäftigungsverbot für PolitikerInnen einzuführen würde sonst nicht geäußert werden. PolitikerInnen sollen neben ihrer politischen Tätigkeit keiner anderen Beschäftigung nachgehen um Interessenskonflikte zu vermeiden.

5.2.2 Einbeziehung von Jugendlichen und Partizipation

Nach vorliegenden Erkenntnissen steht den Jugendlichen eine Vielzahl von Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung die von der Politik bereitgestellt werden. Demgegenüber stehen jedoch wie Lentner bereits ausführte der hohe Leistungsdruck und in erster Linie die Verfolgung der eigenen Ziel zur Befriedigung der Defizitmotive im Vordergrund. Ob hier überhaupt für die Masse der Jugendlichen noch Platz bleibt zur gesellschaftlichen Partizipation oder dies nur einem kleinen Teil vorbehalten bleibt, ist

Zusammenfassung und Fazit

fraglich. Unsere These wird auch durch die Befragten in den Fokusgruppen gestützt, die die vorhandenen demokratischen Elemente als ausreichend ansehen. Ein Teil der befragten StudentInnen wollen gar nicht selbst entscheiden, sondern sehen sich hier lieber als AuftraggeberInnen an die PolitikerInnen, Entscheidungen für sie zu treffen. Dabei ist es aber den befragten StudentInnen wichtig, dass man sich immer weiter vom parteipolitischen Denken entfernt. Dies zeigt auch der Wunsch, dass PolitikerInnen bei bestimmten Themen parteipolitische Taktiken außen vor lassen sollen, und dass sie Entscheidungen auch gegen die Parteilinie durchzusetzen sollen.

Gertraud Diendorfer zielt in Analogie zu Ursula Maier-Rabler und Christina Hartwig auf die Motivation und Gratifikation ab. Das alleinige Ansprechen und Zugehen auf Jugendliche wird als Aktivator als nicht ausreichend gesehen. Das aktive Miteinbeziehen der Jugendlichen in den politischen Diskurs ist unbedingt notwendig.

Interessant zu sehen ist, dass sich die befragten ExpertInnen einig sind, dass sich die Politik ändern muss. Bei der Einholung von Informationen und weiterführende politische Partizipation sehen die Jugendlichen laut den ExpertInnen eine Bringschuld der Politik und nicht so sehr als eine Holschuld der Jugendlichen. Aus den Fokusgruppeninterviews wird dies auch deutlich erkennbar, da die Befragten sich von den PolitikerInnen wünschen volksnäher zu sein und auf sie zuzugehen. Die Politik muss sich dahingehend ändern, dass mehr Jugendliche ins Parlament geholt werden. Auch in der Informationsbeschaffung durch die Medien soll auf eine jugendgerechte Art abgestellt werden. Die Nachrichten sollen ausführlich und verständlich, so die Befragten aus der Fokusgruppe, aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden. Keinerlei Aussagen bzw. Wünsche wurden zur Einbindung der neuen Medien in Bezug auf die politische Partizipation von den befragten StudentInnen geäußert. Dies erstaunt deshalb, da erwartet werden kann, dass sich Studierende eher mit diesen Medien beschäftigen und hier Defizite orten.

5.2.3 Politische Bildung

Auch die gewünschte Veränderung in den Bildungsinstitutionen wurde im vorliegenden Bericht dargelegt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die befragten ExpertInnen eine Veränderung in der schulischen Ausbildung wünschen. Vor allem das Unterrichtsfach „Politische Bildung“ soll neu konzipiert und an die heutigen Anforderungen, auch im Bereich der neuen Medien, angepasst werden. Dies sehen auch die befragten TeilnehmerInnen der Fokusgruppeninterviews so. Im Konkreten wird gefordert, dass Inhalte wie die Parteigeschichte und das Parteiprogramm, sowie Werte, Ansichten und die Parteiideologie analysiert und erörtert werden.

Großegger formuliert als Einzige noch die Forderung wieder vermehrt das kritische Reflektieren den Jugendlichen einzulernen. Großegger sieht somit einen Teil der Ursache von Nichtpartizipation von Jugendlichen nicht wie Lentner in der Familie sondern in der Standardisierung des schulischen Systems.

5.3 Fazit

Jugendliche haben – so die Ergebnisse des vorliegenden Berichts – klare Wünsche und Erwartungen an die Politik. Der in der Einleitung erwähnte Aspekt der Politikverdrossenheit bei Jugendlichen können wir mit den Ergebnissen der ExpertInneninterviews und für die gewählte Stichprobe in dem vorliegenden Forschungsbericht nicht bestätigen. Aufgrund der Auswertung der Aussagen und der unterschiedlichen Begriffsdefinitionen konnten wir viel eher eine Parteiverdrossenheit unter den interviewten 23 JKU-BachelorstudentInnen im Alter von 20 bis 25 Jahren feststellen.

Das führt aber nicht, wie vielleicht anzunehmen ist, zu einer umfassenden negativen Haltung gegenüber der Politik. Es gibt durchaus Wünsche und Bedürfnisse an die Politik, die von unserer Stichprobe sowohl auf der individuellen als auch gesamtgesellschaftlichen Ebene formuliert wurden. Im Zentrum stehen Themen, die die Jugendlichen und ihre Lebenswelt selbst betreffen.

Anhand der Literaturanalyse und den durchgeführten Interviews mit BachelorstudentInnen der JKU und verschiedenen ExpertInnen (siehe Kapitel 5.1 und 5.2) richtet sich der Fokus im Wesentlichen auf drei Wünsche die folgende Punkte betreffen:

- Die Person „PolitikerIn“
- Einbeziehung & Partizipation
- Politische Bildung

Daraus leiten wir abschließend folgende Handlungsempfehlungen in Richtung Politik ab:

- PolitikerInnen sollen die von den Jugendlichen mehrmals genannten Eigenschaften Authentizität, Ernsthaftigkeit, Ehrlichkeit, Verantwortungsbewusstsein, Durchsetzungsvermögen und Führungsverantwortung „ehrlich“ vermitteln und bei eigenen Fehlern auch Konsequenzen ziehen.
- Politik muss Jugendliche mit traditionellen und neuen Medien, sowie durch direkten persönlichen Kontakt aktiv in das politische Leben mit einbeziehen.
- Politische Bildung sollte als Unterrichtsfach österreichweit eingeführt und die derzeitige Bildungssituation überdacht werden.

6 Literaturverzeichnis

Albert, Mathias / Hurrelmann, Klaus (2010): 16. Shell Studie – Jugend 2010. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: <http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study/2010.html> (08.04.2013).

Ammerer, Heinrich (2008): Jugend und Politik: Ein schwieriges Verhältnis? In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): *Jugend – Demokratie – Politik*. Innsbruck/ Wien/ Bozen: Studien-Verlag. S. 52-57.

Bibliographisches Institut GmbH (2013): URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Politik> (16.06.2013).

BMSG (2003): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich: Teil A: Jugendradar 2003. Wien. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/jugendbericht/Documents/vierter_jugendbericht_teil_a_langfassung1.pdf (05.01.2014).

BMWFJ (2012): Der neue Jugendmonitor. 9. Welle: Meinungen und Einstellungen Jugendlicher zu Beteiligung. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.BMWFJ.gv.at/Jugend/Forschung/Documents/jugendmonitor_9_oktober_2012.pdf (13.06.2013).

BMWFJ (2013): Jugendforschung. Abrufbar unter: <http://www.BMWFJ.gv.at/JUGEND/FORSCHUNG/Seiten/default.aspx> (16.06.2013).

BMWFJ (2013a): Jugendstrategie, Ziele. Erfolge. Pläne. 2012/2013. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Jugendstrategie/Documents/jugendstrategie_2012_2013.pdf (26.10.2013).

BMWFJ (2013b): E-Partizipation. <http://www.BMWFJ.gv.at/Jugend/Jugendbeteiligung/Seiten/e-Partizipation.aspx> (26.10.2013).

Burgstaller, Markus: Experteninterview vom 06.07.2013. Geführt durch Julia Zehetgruber und Sarah Kobelmüller. Ferschnitz. 46 Minuten.

Demokratiezentrum Wien (Hrsg.) (2008): *Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 'Innovative Demokratie'*. Erstellt im Rahmen der Demokratie-Initiative 'Entscheidend bist Du' der österreichischen Bundesregierung. Wien. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative_demokratie_bericht.pdf (05.01.2014).

derStandard.at (03.09.2013): Jugendliche fühlen sich von Parteien ignoriert. Verfasst von Mayr, Peter [Online Ressource]. Abrufbar unter: <http://derstandard.at/1376535476676/Eine-Regierungspartei-hat-wenig-Revolutzzerhaftes> (09.12.2013).

Die Presse (11.10.2010): Politikverdrossenheit der Jugend: Wählen? Ja, aber... . Verfasst von Schuh, Karin [Online Ressource]. Abrufbar unter:

<http://diepresse.com/home/politik/wienwahl/601050/Politikverdrossenheit-der-Jugend-Waehlen-Ja-aber> (09.12.2013).

Diendorfer, Gertraud: Expertinneninterview vom 02.09.2013. Geführt durch Bettina Oplesch und Marion Schlossgangl. Wien. 55 Minuten.

Dresing, Thorsten / Pehl, Thorsten (2013): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 5. Auflage. Marburg: Eigenverlag.

Dürrenberger, Gregor / Blehringer, Jeannette (1999): Die Fokusgruppe in Theorie und Anwendung. Stuttgart: Akad. für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg.

Dyk-Ploss, Irene: Expertinneninterview vom 04.06.2013. Geführt durch Sara Hochegger und Darja Kneißl. Linz. 29 Minuten.

Fallend, Franz: Experteninterview vom 09.10.2013. Geführt durch Darja Kneißl und Sara Hochegger. Salzburg, 36 Minuten.

Filzmaier, Peter / Klepp, Cornelia (2008): Was Jugendliche wollen – Studienbericht über Einstellungen und Erwartungen zur Politischen Bildung. Aus: Erziehung und Unterricht • März/April 3–4/2008, S. 188-194. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.oebv.at/sixcms/media.php/504/filzmaier_klepp.pdf (08.04.2013).

Fokusgruppeninterview 1 (Pretest) geführt am 13.06.2013. Fünf TeilnehmerInnen. Interviewt von Sebastian Luger und Matthias Huber. Johannes Kepler Universität, Linz. 57 Minuten.

Fokusgruppeninterview 2 geführt am 15.10.2013. Drei Teilnehmer. Interviewt von Sebastian Luger. Johannes Kepler Universität, Linz. 45 Minuten.

Fokusgruppeninterview 3 geführt am 16.10.2013. Fünf TeilnehmerInnen. Interviewt von Johannes Rott und Michael Klanner. WIST Heim, Linz. 34 Minuten.

Fokusgruppeninterview 4 geführt am 17.10.2013. Fünf TeilnehmerInnen. Interviewt von Armin Wolf und Manfred Dornetshumer. WIST Heim, Linz. 40 Minuten.

Fokusgruppeninterview 5 geführt am 18.10.2013. Fünf TeilnehmerInnen. Interviewt von Julia Redl und Ralf Streifert. WIST Heim, Linz. 36 Minuten.

Forum Politische Bildung (Hrsg.) (2008): *Jugend – Demokratie – Politik: Informationen zur Politischen Bildung Bd. 28*. Innsbruck/ Wien/ Bozen: Studien-Verlag. . [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.politischebildung.com/pdfs/28_printversion.pdf (05.01.2014).

Generation Zukunft Österreich (2013): URL: <http://www.gzoe.at> (26.10.2013).

Gläser, Jochen / Laudel, Grit (2010): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse: als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Literaturverzeichnis

Großegger, Beate (2003): Medien und IK-Technologie im jugendlichen Alltag. In: BMSG (Hrsg.) *4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil A: Jugendradar 2003*. Wien. S. 77-120.

Großegger, Beate (2008): Jugendliche und ihr Verhältnis zur Politik: Rahmenbedingungen für innovative politische Bildung und Beteiligungsförderung aus Sicht der Jugendforschung. In: Demokratiezentrum Wien (Hrsg.). *Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 ‚Innovative Demokratie‘*. Wien. S. 13-30.

Großegger, Beate (2008a): Jugendliche aus Sicht der Zielgruppe. Was erwarten sich junge ÖsterreicherInnen von Jugendpolitik auf nationaler und europäischer Ebene? Institut für Jugendkulturforschung – jugendkultur.at. Wien. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.jugendinaktion.at/images/doku/berichtsband_youthweek2008.pdf (05.01.2014).

Großegger, Beate (2011): Passive DemokratInnen. Aktuelle Befunde zu Politikverständnis und Engagementbereitschaft Jugendlicher in den 10er-Jahren. Institut für Jugendkulturforschung (Hrsg.). Wien. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://jugendkultur.at/wp-content/uploads/passive_demokratInnen.pdf (05.01.2014).

Großegger, Beate: Expertinneninterview vom 30.08.2013. Geführt durch Marion Schlossgangl und Bettina Oplesch. Wien. 56 Minuten.

Grünalternative Jugend OÖ (2013): URL: <http://www.gaj-ooe.at> (26.10.2013).

Heinzlmaier, Bernhard (2007): Jugend unter Druck. Das Leben der Jugend in der Leistungsgesellschaft und die Krise der Partizipation im Zeitalter des Posttraditionellen Materialismus. Institut für Jugendkulturforschung (Hrsg.). Wien. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://jugendkultur.at/wp-content/uploads/Leistungsdruck-Report_2007_jugendkultur.at_.pdf (05.01.2014).

Heinzlmaier, Bernhard / Ikrath, Philipp (2012): Bericht zur Jugend-Wertestudie 2011. durchgeführt vom Institut für Jugendkulturforschung. Wien. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://jugendkultur.at/wp-content/uploads/Bericht_Jugendwertestudie_2011.pdf (05.01.2014).

IVS/IFES (2012): Direkte Demokratie in Österreich. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Graz/Wien 2012. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: <http://www.demokratiezentrum.org/index.php?id=2194> (08.04.2013).

Jugendreferat Niederösterreich (2012): NÖ Jugendstudie 2012, Studie des Landes NÖ zum Thema Jugendliche und ihre Wünsche/Bedürfnisse. Teil 2. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: <http://www.jugend-ok.at/?p=1392> (08.04.2013).

Junge Volkspartei Österreich (2013): URL: <http://www.jvp.or.at> (26.10.2013).

Lamnek, Siegfried (2010): Qualitative Sozialforschung: Lehrbuch, 5., überarbeitete Auflage. Weinheim [u.a.]: Beltz.

Lentner, Marlene (2013): Welches Verhältnis hat die Jugend zur Politik? Vortrag Kepler Salon. Linz. 30.04.2013. [Eigene Aufzeichnungen].

Lentner, Marlene: Expertinneninterview vom 16.07.2013. Geführt durch Sarah Kobelmüller und Julia Zehetgruber. Linz. 33 Minuten.

Maier-Rabler, Ursula / Hartwig, Christina (2007): ePartizipation – Jugend aktiv. Das IKT Nutzverhalten von Salzburger Jugendlichen mit besonderer Berücksichtigung von (politisch) partizipativen Formen von Internet und mobiler technischer Kommunikation. Salzburg: ICT&S Center. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: <http://www.icts.sbg.ac.at/content.php?id=1447&mid=1011> (05.01.2014).

Maier-Rabler, Ursula / Huber, Stefan / Schmid, Astrid (2012): Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.). *Medien und Politik, Information zur Politischen Bildung Nr. 35*. Innsbruck/ Wien/ Bozen. S. 17-24. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: <http://www.politischebildung.com/pdfs/35umrshas.pdf> (05.01.2014).

Marketagent (2013): Jugend Trend-Monitor 2013Marketagent.com und DocLX, Wien. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.doclx-holding.com/jugendstudie2013/Jugend_Trend_Monitor_September_2013.pdf (05.01.2014).

Media-Analyse (2013): Tageszeitungen. URL: <http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitungAlterBis39.do?year=12/13&title=Tageszeitungen&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39> (05.01.14).

Media-Analyse 2013a: Radio URL: <http://www.media-analyse.at/studienPublicRadioAlterBis39.do?year=12/13&title=Radio&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39> (05.01.14).

Media-Analyse 2013b: Internet URL: <http://www.media-analyse.at/studienPublicInternetAlterBis39.do?year=12/13&title=Internet&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39> (05.01.14).

Medienlexikon, Begriff: Medium: URL: www.medienlexikon.com (12.12.2013).

OÖNachrichten (28.11.2013): Jugendbündnis fordert Politische Bildung als Schulfach [Online Ressource]. Abrufbar unter: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Jugendbueundnis-fordert-Politische-Bildung-als-Schulfach;art385,1251232> (09.12.2013).

ORF (2013): Kontaktemail mit Informationen vom ORF Kundenservice.

Österreichische Kinder- und Jugendvertretung (2013) URL: <http://www.jugendvertretung.at/> (26.10.2013)

Richter, Rudolf (2011): Soziologischer Jugendbegriff – Was ist Jugend? In: BMWFJ (Hrsg.). *6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Jugend aus Sicht der Wissenschaft (Teil A) Jugendarbeit (Teil B)*. Wien. S. 27-32. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.bmwfj.gv.at/Jugend/Forschung/jugendbericht/Documents/Sechster_Jugendbericht_Teil_A_B.pdf (05.01.2014).

Ring freiheitlicher Jugend (2013): URL: <http://ooe.rfj.at> (26.10.2013).

Literaturverzeichnis

Rosenberger, Sieglinde / Walter, Florian / Fuchs, Patrik (2008): Jugendpartizipation unter dem Blickwinkel von Geschlecht und Migration. In: Demokratiezentrum Wien (Hrsg.). *Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 ‚Innovative Demokratie‘*. Wien. S. 75-122.

Schulz, Marlen /Mack, Birgit /Renn, Ortwin (Hrsg.) (2012): Fokusgruppen in der empirischen Sozialwissenschaft: Von der Konzeption bis zur Auswertung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sozialistische Jugend Oberösterreich (2013): URL: <http://www.sj-ooe.at> (26.10.2013).

Tham, Barbara (2008): Jugendpartizipation in Europa. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.): *Jugend – Demokratie – Politik*. Innsbruck/ Wien/ Bozen: Studien-Verlag. S. 31-39.

Zentner, Manfred (2003): Gesellschaftspolitisches Engagement Jugendlicher. In: BMSG (Hrsg.). *4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich; Teil A: Jugendradar 2003*. Wien. S. 209-228.

Zentner, Manfred (2003a): Die Einbeziehung Jugendlicher ins öffentliche Leben. Studie. Institut für Jugendkulturforschung und Kulturvermittlung. [Elektronische Version]. Abrufbar unter: http://www.fitfuersgeld.at/uploads/media/politik_jugendbericht_03.pdf (12.5.2013)

Zentner, Manfred (2013): Kommentar aus Sicht der (Jugend)forschung. In: BMWFJ (Hrsg.). *Jugendstrategie, Ziele. Erfolge. Pläne. 2012/2013*. Wien. S. 24, 32 URL: http://www.bmfj.gv.at/Jugend/Jugendstrategie/Documents/jugendstrategie_2012_2013.pdf (26.10.2013).

7 Anhang

7.1 Leitfaden zum ExpertInnen-Interview: „Wünsche und Erwartungen von jungen Erwachsenen an die Politik“

(InterviewerInnen: Person X und Y)

Termin und Ort: nach Vereinbarung

Interviewdauer: ca. 45 min

Medien und Studien attestieren der Jugend ein geringes politisches Interesse, manche sprechen gar von Politikverdrossenheit. Wir, Studierende der Johannes Kepler Universität Linz, erheben im Rahmen eines Projektseminars mittels einer qualitativen Studie die Erwartungen und Wünsche von jungen Erwachsenen.

Einleitungsfrage:

1) Welche Wahrnehmung von der Politik, welchen Politikbegriff haben Ihrer Meinung nach Jugendliche und junge Erwachsene?

Hauptfragen:

2) Was sind Ihrer Meinung nach die prioritären Bedürfnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf der *individuellen und persönlichen Ebene*, an die Politik?

3a) Ihrer Meinung nach: Was sind die prioritären Bedürfnisse auf der *allgemeinen bzw. gesellschaftlichen Ebene* an die Politik? Welche gesellschaftlichen Themen sollten von der Politik behandelt werden?

3b) Was wünschen sich Ihrer Meinung nach die jungen Erwachsenen in Bezug auf die Regelungen (Gesetze, etc.), den institutionellen Aufbau (stärkere Jugendvertretungen) und die Prozesse im Staat? Sind die Jugendlichen in politische Prozesse involviert? Was könnten mögliche Änderungswünsche sein?

4) Ihrer Meinung nach: Was wünschen sich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen von den politischen AkteurInnen? (PolitikerInnen, Parteien, Institutionen)

5) Funktioniert die Politische Bildung in Österreich? Wo sehen Sie Verbesserungsmöglichkeiten bei den politischen Sozialisierungs- und Bildungsinstitutionen?

Anhang

Abschlussfragen:

6a) Sie haben nun eine Reihe von Wünschen für die Zielgruppe formuliert. Trifft Ihrer Meinung nach die politische Realität in Österreich die Erwartungen der jungen Erwachsenen?

6b) Wenn Sie könnten, welche Reformen zur Verbesserung der politischen Partizipation von jungen Erwachsenen würden Sie sofort umsetzen?

7.2 Kurzfragebogen

Kurzfragebogen

Bist du Studierender an der JKU?

ja nein

Dein Geschlecht:

weiblich männlich

Dein Alter (in Jahren):

Deine Nationalität:

Dein Religionsbekenntnis:

Dein höchster abgeschlossener Bildungsgrad:

Deine Studienrichtung:

In welchem Semester bist du?

Bist du neben dem Studium regelmäßig berufstätig? Bitte ankreuzen:

Nein 20h/Woche und weniger Mehr als 20h/Woche

Fragen zur Politik:

<p>Hast du schon einmal gewählt? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>
<p>Hast Du schon einmal eine politische Funktion (z.B. in der ÖH, als Schulsprecher, in einer Partei etc.) ausgeübt? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p>Wenn ja, was? _____</p>

1. Bitte lies Dir folgende Statements durch und kreuze jeweils die für Dich passende Bewertung an.					
	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Weiß ich nicht
Ich interessiere mich für Politik.					
Ich informiere mich regelmäßig über Politik.					
Ich gehe regelmäßig wählen.					
Ich bin mit der bis jetzt genossenen politischen Bildung zufrieden.					
Ich finde, dass die PolitikerInnen eine gute Arbeit leisten.					
Ich bin mit der österreichischen Bundespolitik zufrieden.					

Anhang

Jugend-Themen werden in ausreichendem Ausmaß von der Politik behandelt.					
Ich weiß genug über Politik Bescheid.					
Jugendliche interessieren sich für Politik und politische Themen.					
Direkt demokratische Elemente, wie z.B. Volksabstimmungen oder Volksbefragungen erhöhen das politische Interesse der Jugendlichen.					
	Sehr Gut (1)	Gut (2)	Befriedigend (3)	Genügend (4)	Nicht Genügend (5)
Wie beurteilst du die politischen Bildungsangebote für die Jugend in Österreich?					

7.3 Auswertung des Kurzfragebogen

In den Fokusgruppeninterviews wurden 23 Studierende der Johannes Kepler Universität Linz (JKU) befragt. Zur Geschlechterverteilung lässt sich anmerken, dass sieben der befragten Personen weiblich und 16 der befragten Personen männlich waren.

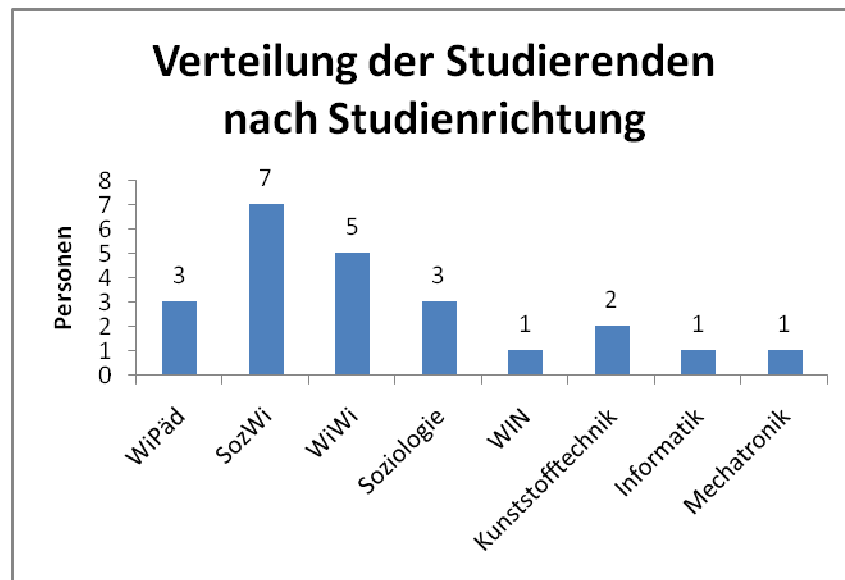


Abbildung 3: Verteilung der Studierenden nach Studienrichtung

18 der 23 befragten Personen studieren an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, dazu zählen die Studienrichtungen Wirtschaftspädagogik (WiPäd), Sozialwirtschaft (SozWi), Wirtschaftswissenschaften (WiWi) und Soziologie. Das ist die größte Gruppe. Lediglich fünf interviewte Personen gehören der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, genauer gesagt den Studiengängen Wirtschaftsinformatik (WIN), Kunststofftechnik, Informatik und Mechatronik, an. Bei den Interviews wurden keine Studierenden der Rechtswissenschaftlichen Fakultät befragt. Die JKU hat bis dato keine Geisteswissenschaftliche noch eine Medizinische Fakultät.

18 von 23 Personen gaben zu Protokoll, dass sie römisch-katholisch und fünf ohne Religionsbekenntnis sind. Die Personen wurden befragt, ob sie bereits in politischen Funktionen aktiv waren. Zwei Befragte übten während ihrer Schulzeit die Funktion des Schulsprechers aus. Wie in Abbildung 4 ersichtlich wird, gaben 22 der Befragten als höchste abgeschlossene Ausbildung „Matura“ an, während ein Befragter einen Lehrabschluss angab.

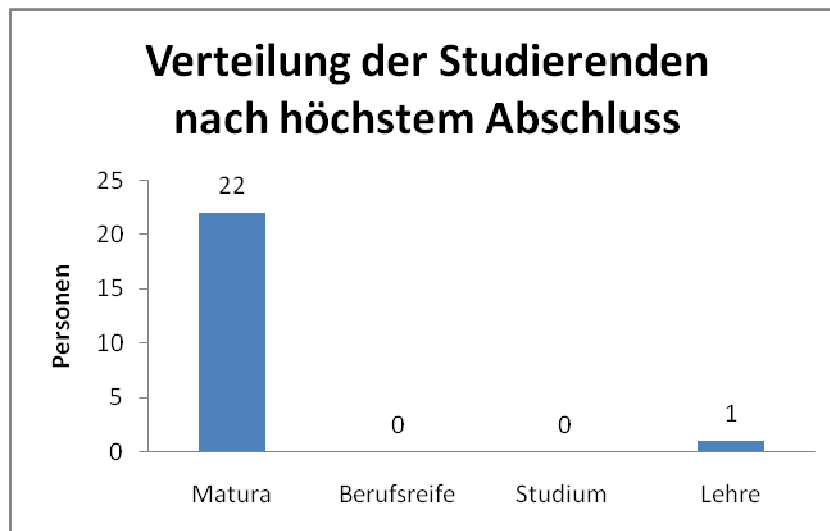


Abbildung 4: Verteilung der Studierenden nach höchstem Abschluss

Zehn der befragten Personen waren zum Zeitraum der Befragung nicht berufstätig. Zwei arbeiteten mehr als 20 Stunden pro Woche und elf Studierende waren weniger als 20 Wochenstunden unselbstständig beschäftigt. Aus Abbildung 5 geht hervor, dass ein Großteil der interviewten ProbandInnen neben dem Studium berufstätig ist.

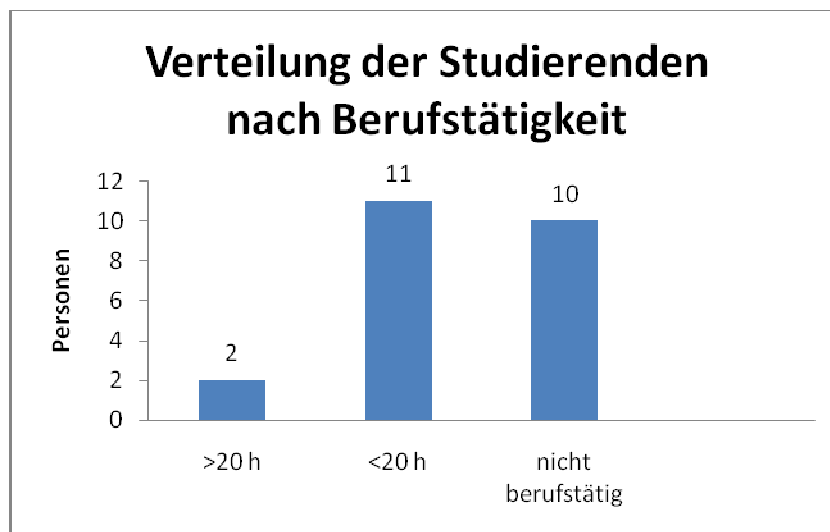


Abbildung 5: Verteilung der Studierenden nach Berufstätigkeit

Zur Altersverteilung ist anzumerken, dass das Durchschnittsalter bei 23 Jahren lag, die Jüngste war zum Erhebungszeitpunkt 20 Jahre und der Älteste 25 Jahre alt. Abbildung 6 verdeutlicht, dass die Verteilung der Studiendauer zwischen einem Minimum von zwei und einem Maximum von zehn Semestern pendelt. Alle Befragten waren österreichische StaatsbürgerInnen und haben schon einmal gewählt.

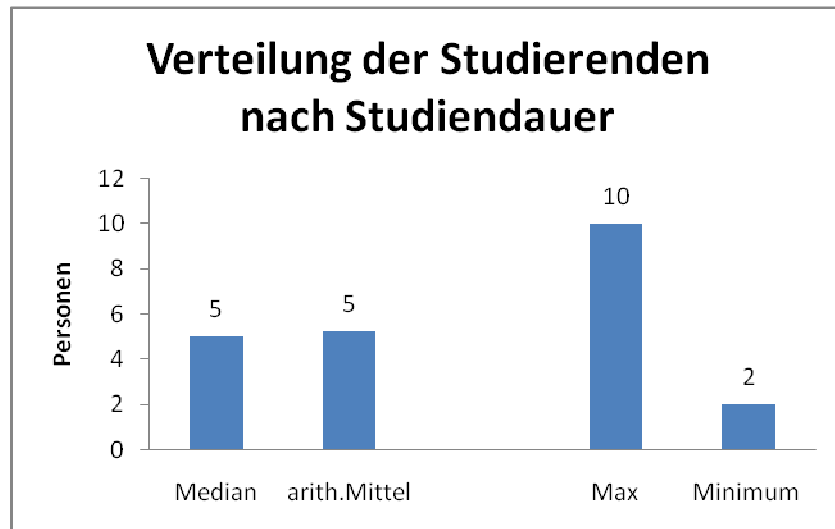


Abbildung 6: Verteilung der Studierenden nach Studiendauer

Auf die Frage „Ich interessiere mich für Politik“ gab der Großteil der Befragten, in Summe 61 Prozent, an, dieser Aussage voll und ganz bzw. eher zu zustimmen. Wie in Abbildung 7 zu erkennen ist, stimmten sechs Personen eher nicht zu und drei Befragte stimmten überhaupt nicht zu.

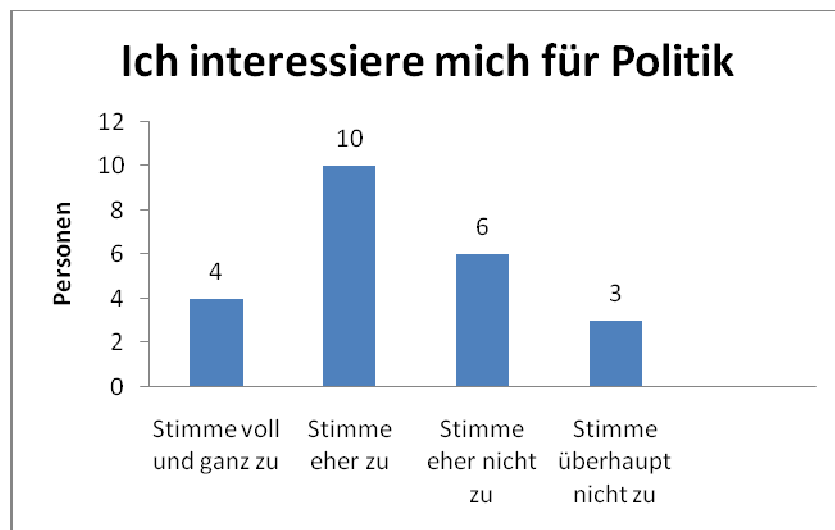


Abbildung 7: Verteilung der Studierenden nach politischem Interesse

Aus Abbildung 8 geht die Informationshäufigkeit über politische Themen der Studierenden hervor. Zwölf Studierende gaben an, sich regelmäßig über Politik zu informieren („stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“), während die restlichen Befragten angaben, eher nicht bzw. überhaupt nicht regelmäßig Informationen zu politischen Themengebieten einzuholen.

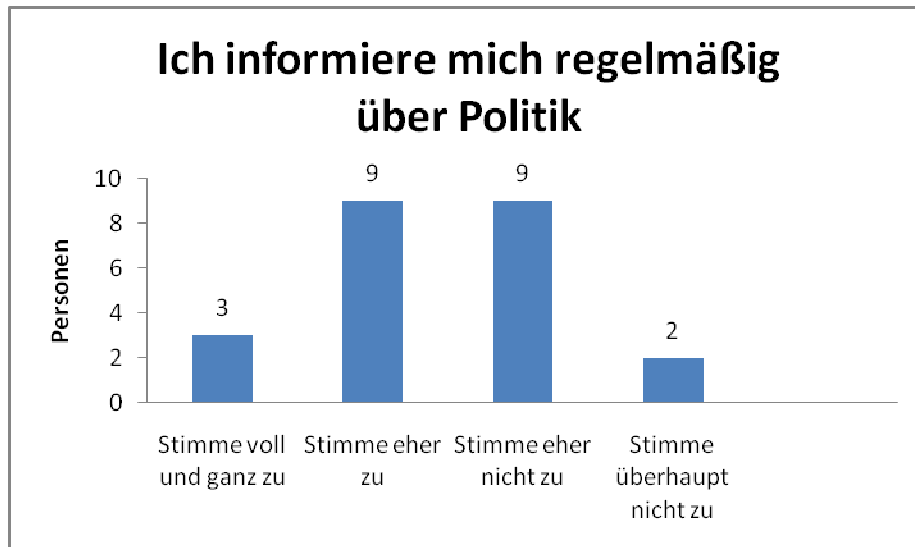


Abbildung 8: Verteilung der Studierenden nach Informationshäufigkeit über Politik

Bei der Frage nach der Zufriedenheit der bis zum Befragungszeitpunkt genossenen politischen Bildung (Abbildung 9) gaben 13 Personen an, damit überhaupt nicht bzw. eher nicht zufrieden zu sein. Unterdessen bestätigten zehn der Befragten, dass ihren Ansprüche voll und ganz bzw. eher Genüge getragen wurde.



Abbildung 9: Verteilung der Studierenden nach der Zufriedenheit der genossenen Politischen Bildung

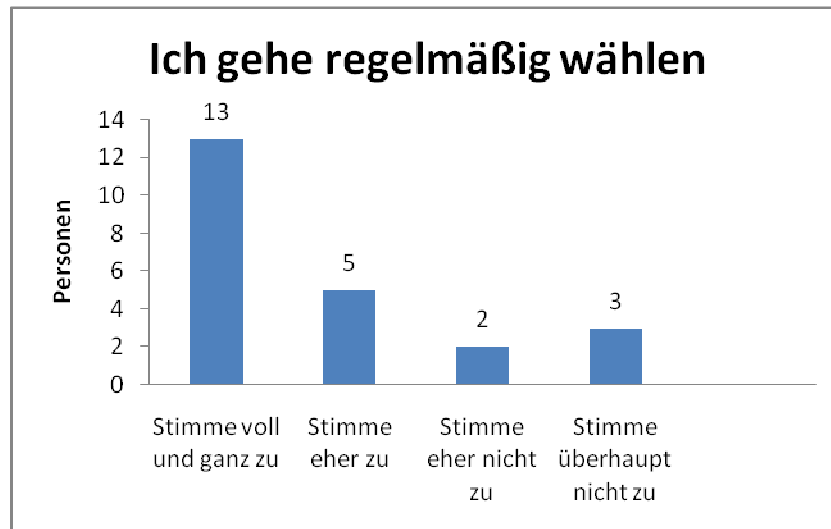


Abbildung 10: Verteilung der Studierenden nach der Häufigkeit des Wahlganges

In Abbildung 10 wird ersichtlich, dass ein Großteil der Befragten regelmäßig die Möglichkeit des Urnengangs wahrnimmt. Bei fünf der 23 Befragten ist die Ausübung des Wahlrechts nicht sicher. Sie kreuzten bei der Aussage „Ich gehe regelmäßig wählen“ „stimme eher nicht“ bzw. „stimme überhaupt nicht zu“ an.

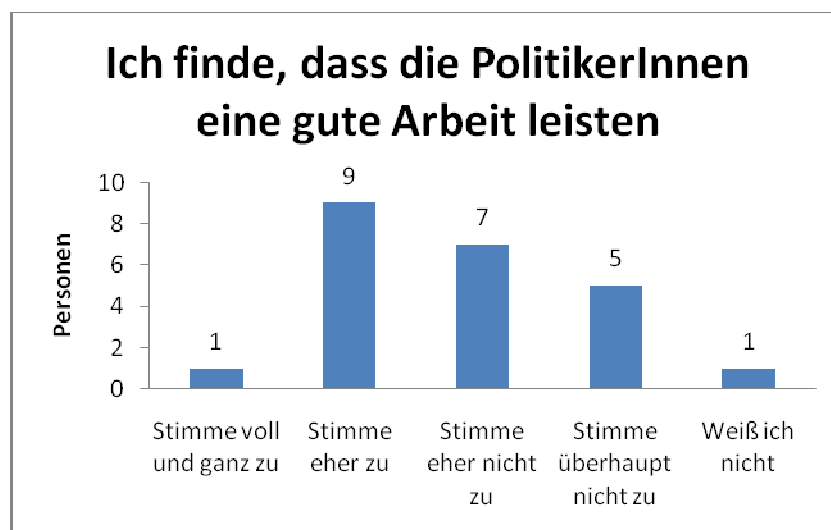


Abbildung 11: Verteilung der Studierenden nach Einschätzung der Qualität der Arbeit von PolitikerInnen

Neun befragte Studierende gaben an, dass sie der Aussage „PolitikerInnen leisten eine gute Arbeit“ eher zustimmen (Abbildung 11). Nur ein Studierender gab an, dass er dieser Aussage voll und ganz zustimmt. Sieben Befragte stimmten eher nicht zu, fünf stimmten überhaupt nicht zu und einer beantwortet dieser Frage mit „weiß nicht“.

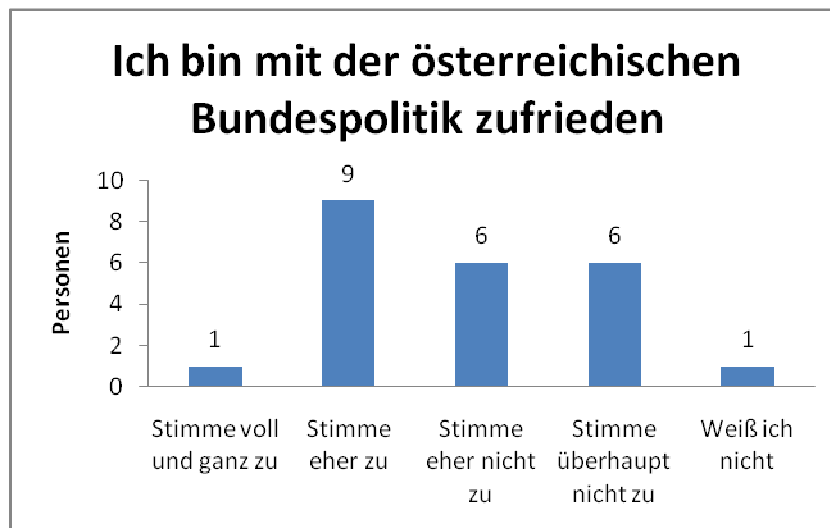


Abbildung 12: Verteilung der Studierenden nach Zufriedenheit mit der Arbeit der österreichischen Bundespolitik

Wie in Abbildung 12 ersichtlich ist, gaben neun befragte Studierende an, dass sie der Aussage „Ich bin mit der österreichischen Bundespolitik zufrieden“ eher zustimmen. Nur ein Studierender gab an, dass er dieser Aussage voll und ganz zustimmt. Sechs Befragte stimmten eher nicht zu, sechs stimmten überhaupt nicht dieser Aussage zu und einer beantwortete dieses Statement mit „weiß nicht“.

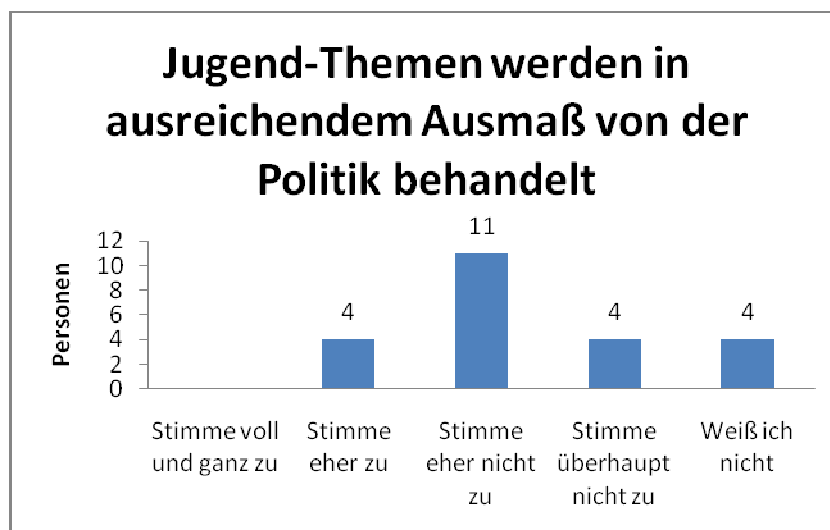


Abbildung 13: Verteilung der Studierenden nach der Einschätzung der Behandlung von Jugendthemen

Wie Abbildung 13 zeigt, teilten nur vier Studierende die Ansicht, dass Jugend-Themen in der Politik in ausreichendem Maß behandelt werden. Der Großteil der Befragten gab hingegen an, dass sie diese Meinung eher nicht bzw. überhaupt nicht teilen.

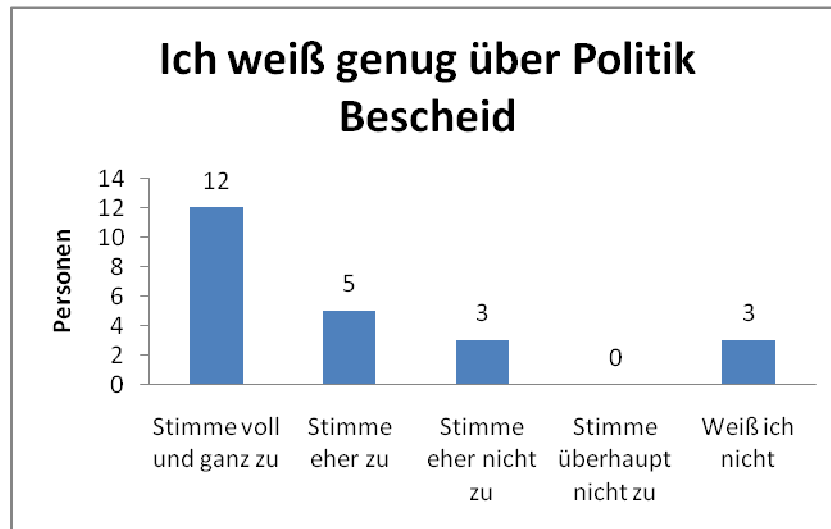


Abbildung 14: Verteilung der Studierenden nach der Einschätzung des Informationsstandes über Politik

Zwölf Befragte stimmten voll und ganz zu und fünf Befragte stimmten eher zu, als sie gefragt wurden, ob sie genug über Politik Bescheid wüssten. Folglich zeigt sich in Abbildung 14, dass der Großteil der Befragten angibt, gut über Politik Bescheid zu wissen.

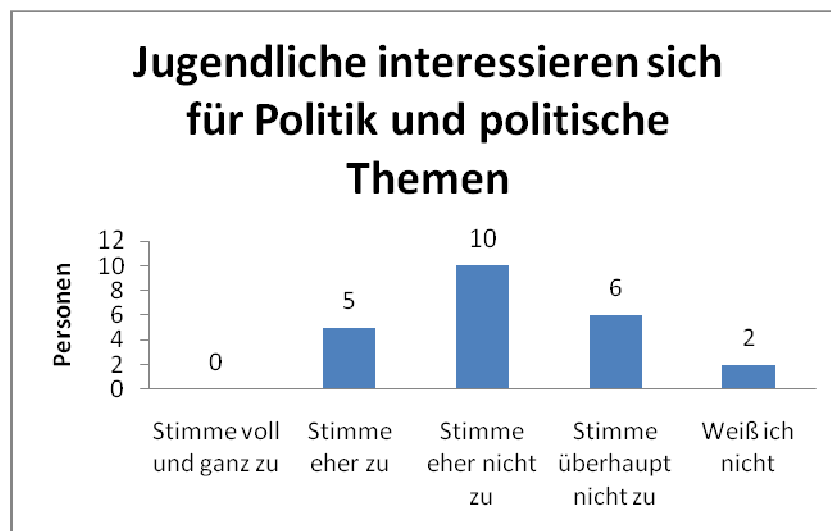


Abbildung 15: Verteilung der Studierenden nach Einschätzung des Interesses von Jugendlichen über Politik

Abbildung 15 verdeutlicht, dass die meisten befragten StudentInnen glauben, dass sich Jugendliche eher nicht bzw. überhaupt nicht für politische Themen interessieren. Lediglich eine Minderheit von fünf Studierenden stimmte der Aussage „Jugendliche interessieren sich für Politik und politische Themen“ eher zu.

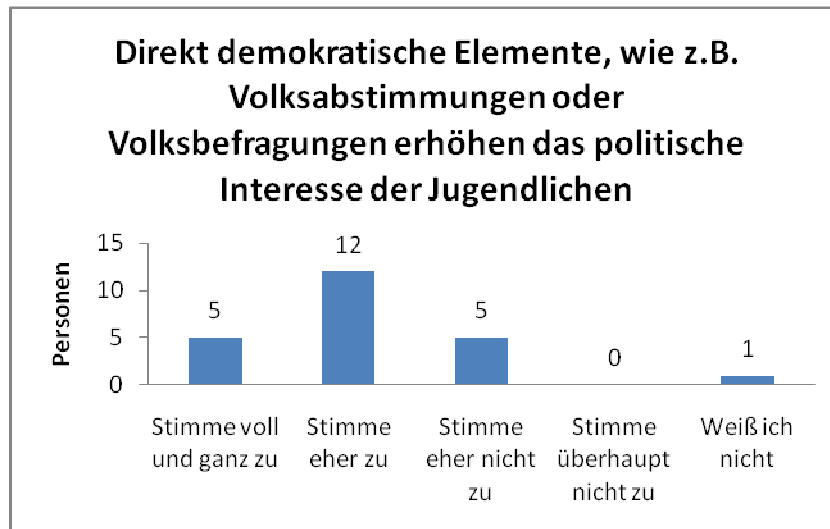


Abbildung 16: Verteilung der Studierenden nach der Einschätzung ob direkte demokratische Elemente das politische Interesse von Jugendlichen erhöhen

Die Mehrheit der Befragten stimmte der These „direkt demokratische Elemente, wie z.B. Volksabstimmungen oder Volksbefragungen erhöhen das politische Interesse der Jugendlichen“ voll und ganz bzw. eher zu. Wie Abbildung 16 veranschaulicht gab keineR der Befragten „stimme überhaupt nicht zu“ zur Antwort.

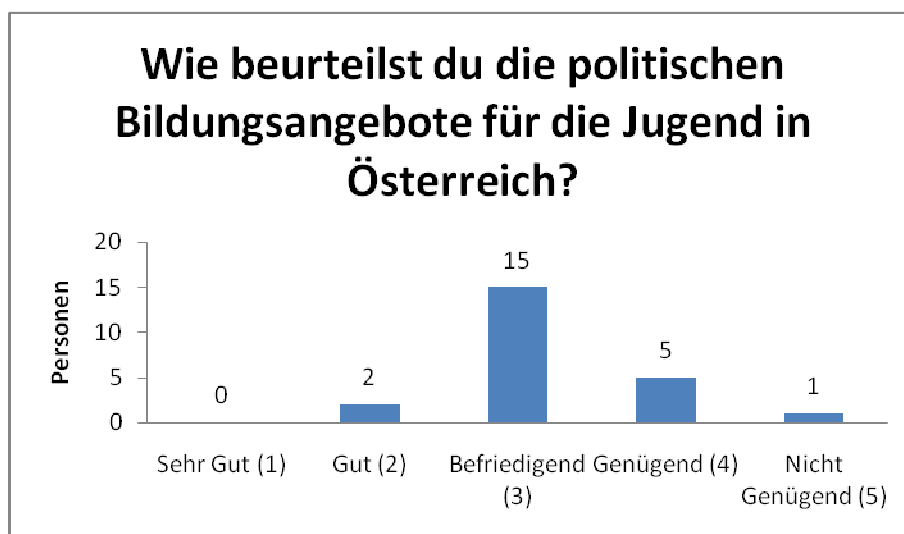


Abbildung 17: Verteilung der Studierenden nach Beurteilung des politischen Bildungsangebotes für die Jugend

In der letzten Frage des Kurzfragebogens wollten wir wissen, wie die FokusgruppenteilnehmerInnen die politischen Bildungsangebote für die Jugend in Österreich beurteilten. Der Großteil der Befragten stuft diese als „Befriedigend“ ein, während fünf Personen diese mit „Genügend“ und eine Person sogar mit „Nicht Genügend“ beurteilen.